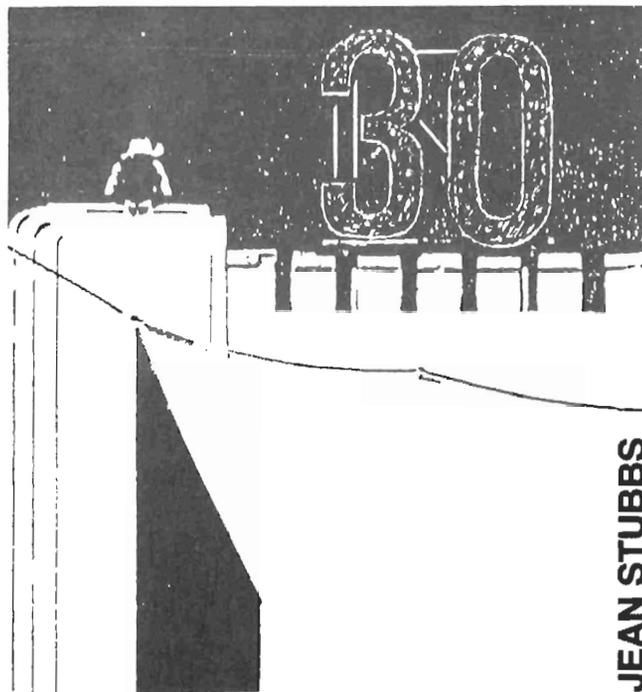


THE TEST OF TIME



JEAN STUBBS

Neuerscheinung!
Latin American
Bureau
DM 14.50
Bezug:
LN Vertrieb
Gneisenastr. 2
1000 Berlin 61

Cuba: The Test of Time describes the mixture of achievement and obstacle that makes up modern Cuba. At a time when Cuba is seeking its own radical alternative to Soviet perestroika and glasnost, the book provides an up-to-date inside look written by a social historian who has lived in Cuba for 20 years.

'Jean Stubbs has written a most informative and fair minded survey of the achievements and problems of a revolution under blockade.' (New Left Review)

LATEINAMERIKA nachrichten

16. JAHRGANG DER

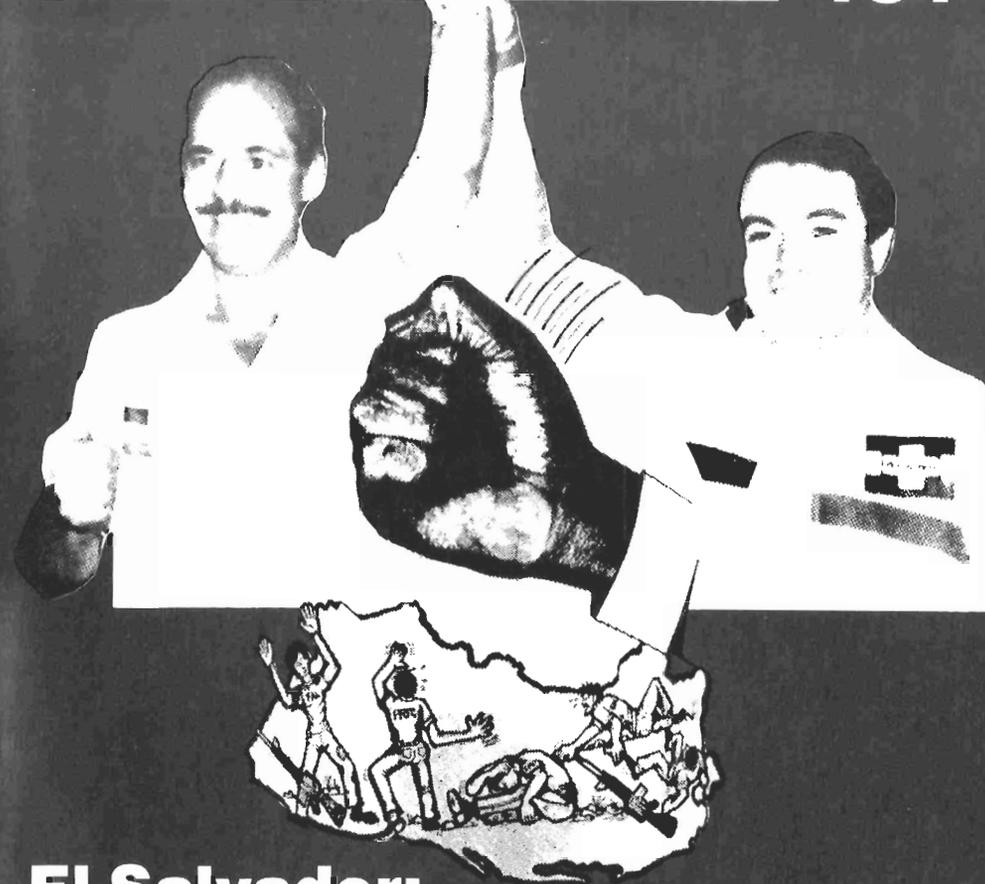
LE-NACHRICHTEN

181

Berlin (West)

Mail

DM 5,-



El Salvador: Nach dem Sieg der Rechten

Aus dem Inhalt:

PERU: Menschenrechte / ARGENTINIEN: La Tablada / Wahlen
BRASIL: Kongreß der Kautschukzapfer / BRD: Rot-Grün
URUGUAY: Bruch der Frente Amplio

Editorial 3

— PERU: Menschenrechtsverletzungen in den Anden 5

— URUGUAY: Der Zerfall der Frente Amplo 16

— EL SALVADOR: Präsidentschaftswahlen 23

— CHILE: Sechs Monate nach dem Plebiszit: Tauziehen 34

— BRASILIEN: Kongreß der Kautschukzapfer 47

 Regierung verkündet »Nossa Natureza« 51

— SOLIDARITÄT: Rot-Grün in Berlin, und wo bleibt der Rest der Welt? 53

— ARGENTINIEN: Rückkehr zur »Doktrin der Nationalen Sicherheit« 59

 Vor der Wahl: Noch führen die Unentschlossenen 68

— ARGENTINIEN / KULTUR: Die Mapuche in Argentinien 73

— ZEITSCHRIFTENSCHAU 79

— EINGEGANGENE BÜCHER / TERMINE 80

EDITORIAL

Die Veränderungen in der UdSSR und Osteuropa, Perestroika und Glasnost, werfen neu die Frage nach der Zukunft des Sozialismus auf: Gelingt es, ein neues Sozialismus-Modell zu entwickeln, Problemlösungskapazität und Attraktivität verbindet, oder bestätigt sich die alte Konvergenztheorie? Das hieße, daß gerade in einer Phase, in der die (Selbst-)Zerstörungskräfte des Kapitalismus immer deutlicher werden, ihm qua Anpassung seine Überlegenheit quittiert wird.

Die Umwälzungen im real existierenden Sozialismus muß auch die Diskussion um den Sozialismus in der "Dritten Welt" neu in Gang setzen. Immer weniger ist es möglich, sich auf ein sozialistisches Staatensystem außerhalb des Weltkapitalismus zu beziehen. Gorbatschows Besuch auf Kuba hat dieses Problem zwar nicht offen aufgeworfen, die Veränderungen der sowjetischen Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik werden aber auch Fragen an das kubanische Modell stellen, auf die noch keine Antworten sichtbar sind.

Die Auseinandersetzungen um die Zukunft Amazoniens, seiner BewohnerInnen und Natur, hat die Diskussion um Entwicklung und Ökologie neu angeregt und zu merkwürdigen Koalitionen geführt: Da stehen jetzt Menschen, denen die "Dritte Welt" immer egal war, die sich jetzt aber wegen "unserer Luft" um Amazonien sorgen, an der Seite von Soli- und Ökogruppen hier, linken Strömungen in Lateinamerika, wie sie Lula und García Márquez repräsentieren, und schließlich - oh Wunder! - der Weltbank, die vorher an der Zerstörung des Regenwaldes aktiv mitwirkte. Auf der anderen Seite verbinden sich nationalistisch verbrämtes Inwertsetzungsdenken eines Sarney und die Verteidigung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung, die europäische Linke als Errungenschaft traditionell verteidigen, die hier aber zur Legitimierung von Herrschaftsinteressen der dortigen Eliten verkommt.

Politische und gesellschaftliche Bewegung, neue Gedanken, neue Koalitionen, Abschied von alten, "ewigen" Wahrheiten, die Suche nach neuen Modellen, nach Wegen zur Bewältigung der drängendsten Probleme und zur humaneren Gestaltung der Zukunft; Veränderungen, die nicht nur für Lateinamerika und andere Regionen wichtig sind, sondern auch für uns hier.

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 180
 Mai 1989
 Jahrgang 16 der CHILE-NACHRICHTEN
 erscheint monatlich
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
 V.i.S.d.P.: Veit Hannemann, Tobias Faßmeyer
 Druck: Hilberts + Pösgel, Berlin-West

Redaktionsschluß: 6. April 1989

Abo-Preis:
 Individuelles Abo DM 55,- / Übersee-Luftpost DM 75,-
 Institutionen-Abo DM 70,- / Übersee-Luftpost DM 90,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweises berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.
 Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103
Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
 LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
 im Mehringhof
 Gneisenaustraße 2
 1000 Berlin 61
 Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Gleichzeitig beschließt die NATO die "Modernisierung" ihrer Kurzstreckenraketen, reagiert auf Abrüstungsvorstöße gar nicht oder von der Arroganz der Macht aus, der diese Macht und ihr Ausbau viel wichtiger ist als wirkliche Entspannung und Friedenssicherung. Als "Vorsicht" wird das dann verkauft, denn bei den Russen weiß man ja nie. "Nicht sensationell", kommentierte Margaret Thatcher die Ankündigung Gorbatschows, daß keine Brennstoffe für Atomwaffen mehr produziert würden. Als ob es darauf ankäme.

Die neue US-Regierung schickt mit Vernon Walters einen Mann als Botschafter in die Bundesrepublik, der mit seiner Geschichte als Putschist (Brasilien, Chile) und Verteidiger blutrünstiger Diktaturen von Franco bis Pinochet die übelste Seite US-amerikanischer Außenpolitik repräsentiert. Es ist unschwer vorstellbar, daß es sein Auftrag ist, ein außenpolitisches Aufweichen der Bundesregierung - von wegen "Gorbimania" und "Genscherismus" - zu verhindern.

Innenpolitisch ist das nicht nötig, denn diese Regierung praktiziert selbst eine Politik der Verhärtung, wo es immer möglich ist, Wählerstimmen gegenüber dem rechtsextremen Lager zu halten bzw. zurückzugewinnen. Die Politik gegenüber Aussiedlern und Asylanten, gegenüber allen ungeliebten Ausländern ist ein Beispiel. Ein anderes die Haltung zum Hungerstreik der RAF-Mitglieder, wo vorher keine - soweit das überhaupt möglich ist - humanen Haftbedingungen geschaffen wurden, und jetzt die Regierung, die sich anmaßt, "der Staat" zu sein, "nicht erpreßbar" sein darf. Hart sein! Der Staat lößt sich von der Gesellschaft, seine als unantastbar definierten Grundsätze sind ein Wert an sich. Appelle gesellschaftlicher Gruppen, Kirchen, Liberaler, Humanisten, Linker werden ignoriert, der Staat betreibt höchsten Geheimdiplomatie. Aber selbst Opportunitätskriterien, wie sie der Verfassungsschutz bei seinem Plädoyer für Kompromisse eingebracht hat, scheinen gegenwärtig kaum Chancen gegen eine Position zu haben, für die Menschenleben unwichtiger sind als die Selbstbestätigung des starken, des harten Staates. Ungeachtet der Ablehnung der Analysen und der Strategien der Hungerstreikenden unterstützen wir ihre Forderung nach Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen, nicht zuletzt, damit sie untereinander und mit der Gesellschaft insgesamt in einen Diskussionsprozeß treten können.

PERU

Menschenrechtsverletzungen in den Anden

Die peruanischen Tageszeitungen können inzwischen dem grau-samsten Kriminalroman das Wasser halten, auf jeder Seite weitere Verschwundene, Tote, Massaker. Peru, 1980 zur "Demokratie" zurückgekehrt, kennt das Recht auf menschenwürdiges Leben nur noch im Verfassungstext. Der staatliche Terror richtet sich gegen die eigene Bevölkerung, in den acht, sich im Ausnahmezustand befindenen Departamentos legitimiert das Militär seinen mörderischen Krieg mit "Aufstandsbekämpfung". Die peruanische Volksgewegung organisiert sich zum Schutz gegen die staatlichen Übergriffe.

Um die internationale Öffentlichkeit aufzuwecken, reisten Zenaida Fernandez und Lucas Cachay zur UNO-Konferenz nach Genf, anschließend durch die Bundesrepublik, West-Berlin und Frankreich. In ihren Vorträgen klagten sie die Regierung Garcia an, appellieren aber auch an die internationale Verantwortung. Daß Lucas Cachay vor der UNO-Versammlung keine Redezeit eingeräumt wurde, und der peruanische UNO-Vertreter auf Zenaidas Vortrag hin sofort Einspruch einlegte, sind Tatsachen, die für sich sprechen.

Im Gegensatz zum Kriminalroman ist in Peru dem Täter noch nicht der Prozeß gemacht.

Schweigen wäre Komplizenschaft

1985 hat Zenaida Fernandez das Komitee der Familienangehörigen von Verhafteten-Verschwundenen, COFADER, gegründet. Organisiert besuchen Frauen, Männer und Kinder ihre Verwandten, die Opfer der staatlichen Terrormaßnahmen geworden sind, wiederzufinden. COFADER ist eine Basisorganisation von FEDEFAM. Dieses Komitee wurde 1970 als Antwort auf die erste Welle von Verschwundenen in Guatemala, Chile und Argentinien gegründet. Die länderübergreifende Verbindung ist in der Einsicht begründet, daß die Praktiken der menschenverachtenden Politik über nationale Grenzen hinausreichende Ursachen haben.

Auf einer Veranstaltung in Berlin berichtete Zenaida über Menschenrechtsverletzungen in Peru.

Die Suche nach den Verschwundenen

"Ich bin sehr froh, daß Ihr so zahlreich erschienen seid, um über die Situation in meinem Land zu erfahren. Ich komme als Vertrete-

rin vieler Mütter und Ehefrauen, die ihre Kinder und Ehemänner suchen. Ich komme auch als Vertreterin der Kinder, die über Nacht zu Waisenkinder wurden.

Meine Tragödie begann am 15.7.1984. In dieser Nacht drangen stark bewaffnete Militärs in mein Haus. Sie verschleppten meinen Vater, damals 78 Jahre alt, meine Schwester, die im dritten Monat schwanger war, und ihren Ehemann. Lange Zeit habe ich vergeblich nach ihnen gesucht, an geheimen militärischen Stützpunkten und an offiziellen Stellen. Erst zwei Monate später fand ich die Leiche meines Vaters in einem Massengrab mit fünfzig anderen Toten. Er hatte verbundene Augen, die Hände auf dem Rücken gefesselt und viele Schußwunden. Auf unserer Suche haben wir manchmal einfach nur Menschenköpfe oder Arme und Beine gefunden. Die Tiere fressen an den Leichen, aber die staatlichen Autoritäten zeigen nicht das geringste Interesse an diesen grauenhaften Bildern. Sie bringen die Leichen nicht fort, sondern wollen, daß die Leute diese grauenhaften Szenen sehen, besonders in den Gebieten des Ausnahmezustands. Die Bevölkerung in diesen Gegenden besteht zum größten Teil aus Frauen und Kindern. Die Menschen fliehen aus ihren Dörfern in die Städte, wo sie in verwahrlosten Häusern Unterkunft suchen.

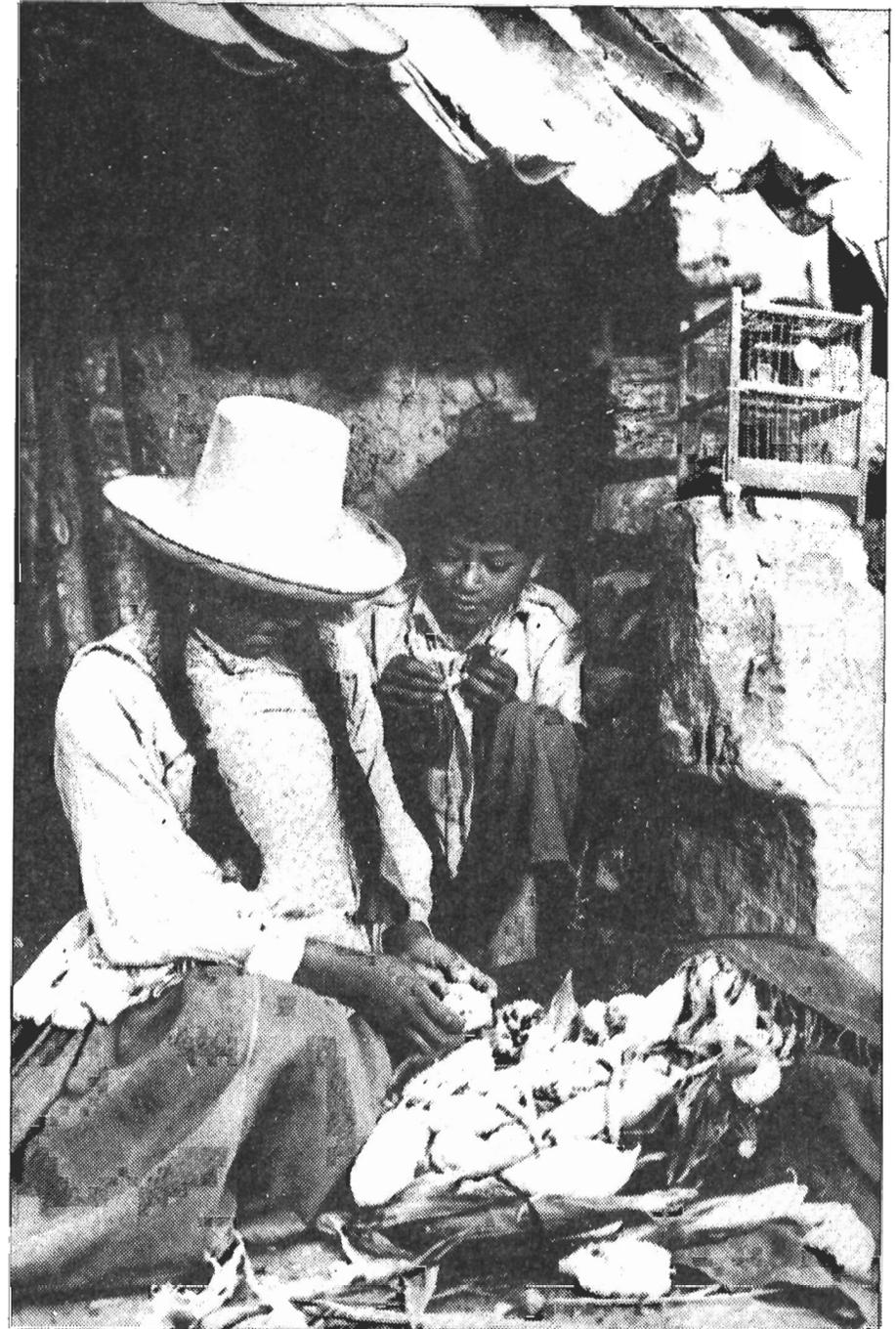
"Unsere Waffe ist unsere Stimme"

In Lima haben wir uns organisiert, als Betroffene, auf der Suche nach unseren verschwundenen Familienangehörigen. Wir prangern die Menschenrechtsverletzungen an, und verlangen von der Regierung die Aufklärung jedes einzelnen Falles. Aber wir machen die Erfahrung, daß die Regierung keinerlei Willen zeigt.

Inzwischen ist es in Peru alltäglich geworden, daß Menschen, die nichts mit subversiver Tätigkeit zu tun haben, spurlos verschwinden. Natürlich hat man versucht, uns einzuschüchtern, aber inzwischen ist ein ganzes Heer von Frauen unterwegs, und wir kämpfen mit der einzigen Waffe, die wir haben, das ist unsere Stimme. Wir laufen auf der Straße mit den Photos der Verschwundenen, demonstrieren, suchen die Öffentlichkeit. Die Mütter von der Plaza de Mayo in Argentinien sind uns ein Beispiel. Oft werden wir auf unseren Märschen von den Militärs brutal niedergeschlagen, sie mißhandeln uns, reißen uns die Kleider vom Leib. Wir organisieren Gesprächsrunden, gehen zu den Gewerkschaften, um mit ihnen zusammenzuarbeiten. Denn die Verteidigung der Menschenrechte ist nicht nur eine Sache der Opfer, sie geht alle was an.

Staatlicher Terror

Die wirtschaftliche Situation Perus ist sehr schlimm zur Zeit. Der Minimallohn beträgt 30 Dollar, das sind ungefähr 45 000 Intis. Die Hausmiete beträgt allein 40 000 Intis. Wie soll eine Familie von 5000 Intis im Monat leben?



Viele Arbeiter werden entlassen, sie müssen dann als fliegende Händler für ihre Familien Geld verdienen. Es werden Streiks organisiert, gegen die Entlassungen, für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Aber die, die für ihre Rechte eintreten, werden verfolgt und verschwinden.

Ende letzten Jahres verschwand Oskar Delgado, Vorsitzender der Gewerkschaft der Zöllner. Er hatte illegale Waffenlieferungen für die regierende APRA entdeckt und angezeigt, das hat ihn seine Freiheit gekostet. Bis heute wissen wir nicht, wo er ist. Gestern habe ich aus Peru erfahren, daß seit Wochen der Streik für seine Freiheit anhält. Zum ersten Male in der Geschichte haben 500 000 peruanische Arbeiter ihre Arbeit für einen Verschwundenen niedergelegt.

Ein anderer Fall ist der Mord an Saul Cantorodo vor drei Wochen. Er war Präsident der Minenarbeitergewerkschaft, und mußte dafür sein Leben lassen. Aber der staatliche Terror geht weiter. Es werden auch die Zeugen von Massakern angegriffen. Die Folge ist, daß sich niemand mehr traut, öffentlich auf Verbrechen hinzuweisen. Journalisten, die über Menschenrechtsverletzungen schreiben, werden verhaftet und getötet, wie Hugo Bustios, der für Caritas arbeitete.

Und immer wieder versucht der Staat, die Verbrechen Sendero in die Schuhe zu schieben, Frau Sonia Munoz de Yangali arbeitete bei der Post in Huancavelica. Sie wurde von den Militärs gefoltert, in eine einsame Gegend verschleppt und mit drei Schüssen fast getötet. Mit einem Plakat "So tötet man Verräter" ließen sie sie liegen, mit etwas Erde zugedeckt. Sonia schleppte sich zur Straße und wurde von einem LKW-Fahrer mit nach Lima genommen. Erst wollte ihr kein Arzt helfen, aus Angst. Aber durch die Hilfe einer kirchlichen Organisation konnte sie versorgt werden. Sonia hat ausgesagt, und nur so ist herausgekommen, wer hinter dem Verbrechen steckt.

Menschenrechts - Ausnahmezustand

Von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommissionen dienen lediglich dazu, die Verbrechen zu vertuschen. Wir haben jedes Vertrauen in sie verloren. Inzwischen hat die Regierung das Internationale Rote Kreuz aufgefordert, die Gebiete des Ausnahmezustands zu verlassen. So wollen sie Zeugen loswerden. Die Militärs haben keinerlei Achtung vor meinem Volk. Jeder kann im Ausnahmezustand willkürlich festgenommen werden. Die Unantastbarkeit von Haus und Eigentum gilt nicht. Festgenommene werden isoliert, sie erhalten kein Recht auf Verteidigung. So wird unser Leben Stück für Stück zerstört. Trotz der Repression, der wir ausgesetzt sind, mußte ich nach Europa kommen, um vor der UNO zu reden. Der peruanische Innenminister war auch anwesend, und der peruanische Botschafter in Genf. Auf meinen Vortrag hin, verlangte er das Einspruchsrecht und versuchte, "die Sonne mit dem Daumen abzudecken". Er hielt

meine Wortmeldung für unausgeglichen, versuchte die Verbrechen auf Sendero abzuschieben, und erwähnte lediglich einige "Exzesse" der Militärs. Die Ermordung von 300 Häftlingen 1986, stellen Sie sich vor, das war für ihn nicht mehr als ein "Exzess".

Im Januar hat der Kongreß der Izquierda Unida stattgefunden. 49% der Mitglieder haben sich für den bewaffneten Kampf ausgesprochen, und glauben nicht mehr an die Möglichkeit durch Wahlen etwas verändern zu können. Inzwischen gibt es viele Gruppen, die dem zustimmen. Wir Familienangehörigen von Verschwundenen können unseren Kampf nicht aufgeben, so gefährlich er für uns auch ist. Wir haben Kraft aus unseren Tränen gewonnen, nach jedem Einzelnen suchen wir. Schweigen hieße Komplizenschaft mit dem Verbrechen. Eure internationale Solidarität wird uns helfen, sie wird der Multiplikator meines Berichtes werden, und die Fackel, die das Gewissen erleuchtet."



Frage: Zenaida, wie schätzt Du die Gefahr eines Militärputsches gegenwärtig in Peru ein?

Zenaida: Nein, ich glaube, ein Militärputsch ist nicht möglich. Die Militärs sitzen mit in der Regierung und bestimmen über die Politik. Aber so können sie sich mit dem Mantel der "Demokratie" sauberhalten. Mein Präsident redet ständig von einem Militärputsch. Für ihn wäre es ein Ausweg aus der gegenwärtigen Situation.

Frage: Was denkst Du über die 1990 stattfindenden Wahlen?

Zenaida: Die politische Situation in Peru eskaliert. Ein Großteil

der Bevölkerung ist für den Kampf, die Izquierda Unida gespalten. Viele sind gegen Barrantes als Kandidat. Ich denke, und das ist meine persönliche Meinung, die Regierungen kommen und gehen, aber ändern tut sich nichts. Das Verschwindenlassen von Menschen ist kein Zufall, sondern Teil der nationalen Sicherheitsdoktrin. Um einen Subversiven zu kriegen, müssen 99 Unschuldige ihr Leben lassen. Die Regierung bemüht sich auch nicht, die anstehenden Probleme zu lösen. Die Tuberkulosekranken erhalten keine Unterstützung, Frauen mit Kindern müssen allein ums Überleben kämpfen. Die Auslandsverschuldung erdrückt das Volk, das die Kosten bezahlen muß. Warum sollen wir dafür aufkommen, wenn andere daran verdient haben? Ich habe das Vertrauen in diese Demokratie verloren.

Frage: Wie beurteilst Du die Aktionen von Sendero?

Zenaida: In den Zeitungen lesen wir, daß sie Bürgermeister und Campesinos umbringen. Aber in Wahrheit weiß keiner, wer wo hinter steckt. Die Militärs verkleiden sich als Senderisten, tragen Ponchos und gehen in die Dörfer, um Verbrechen zu begehen. In keinem unserer schriftlich dokumentierten Fälle von COFADER steckt Sendero dahinter. Wüßten wir davon, würden wir sie genauso verfolgen. Wir treten für die Menschenrechte ein, unabhängig davon, wer sie verletzt. Ich stehe vor Euch als Opfer des staatlichen Terrors.



Jenseits von Recht und Demokratie

In Artikel 101 der peruanischen Verfassung werden völkerrechtliche Verträge nicht nur als Bestandteil des peruanischen Rechts anerkannt, ihnen wird, falls sie im Widerspruch zu nationalem Recht stehen, Priorität zuerkannt. Peru hat die beiden bedeutendsten internationalen Menschenrechtsverträge ratifiziert, den Internationalen Pakt für Bürgerliche und Politische Rechte (ICCPR) und die Amerikanische Konvention für Menschenrechte (ACHR). Das bedeutet, daß sich die nationale Politik an diesen beiden Verträgen messen lassen muß.

Zum Ausnahmezustand

Die international definierte und anerkannte Voraussetzung für die Verhängung des Ausnahmezustandes muß eine "Bedrohung des Lebens der Nation" sein, die erst dann vorliegt, wenn

- 1) "die gesamte Bevölkerung und das gesamte oder ein Teil des Staatsterritoriums betroffen ist."
- 2) "die körperliche Integrität der Bevölkerung, politische Unabhängigkeit bzw. territoriale Integrität des Staates oder die Existenz oder Funktionsweise unentbehrlicher Institutionen bedroht ist".

ICCPR und ACHR benennen Grundrechte und Menschenrechte, die unter keinen Umständen aufgehoben werden dürfen. Dazu zählen das Recht auf Leben, Verbot von Folter, Schutz der persönlichen Integrität, Gewissens- und Religionsfreiheit, Rechte des Kindes, politische Rechte und die rechtsstaatlichen Verfassungsgarantien zum Schutz dieser Rechte.

In Peru existieren zum letztgenannten "habeas corpus" und "amparo", verfassungsmäßig garantierte Verfahren, die es dem Bürger ermöglichen, die Verletzung und Bedrohung seiner persönlichen Freiheit oder anderer Rechte vom Richter überprüfen zu lassen. Der Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden, daß die Aufhebung von "habeas corpus" oder "amparo" in Situationen des Ausnahmezustands unvereinbar mit der ACHR ist.

In Peru ist die Verhängung des Ausnahmezustandes zu einem politisch-repressiven Instrument geworden, mit dem der Staat auf jede Form sozialen und politischen Widerstands reagiert. Dabei werden Unschuldige verhaftet, verschleppt, gefoltert und getötet. Amnesty International stellt fest, daß das "habeas corpus" in Peru praktisch wirkungslos ist (1988/20).

Bei Verhängung des Ausnahmezustandes geht die interne Kontrolle in den betroffenen Gebieten auf die Streitkräfte über, gleichzeitig werden die Grundrechte Unverletzlichkeit der Wohnung, Bewegungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Schutz vor Verhaftung ohne Haftbefehl aufgehoben.

Zur Zeit sind 35 der 170 Provinzen Perus, in denen 37% der Bevölkerung leben, vom Ausnahmezustand betroffen. Die Staatsanwaltschaft in Ayacucho wurde aus "finanziellen" Gründen geschlossen,

Journalisten bleibt der Zugang verboten. Im Sommer letzten Jahres mußte der Repräsentant der US-Menschenrechtsorganisation American Watch, Dr. Juan Mendez, Ayacucho verlassen. Während die Öffentlichkeit außenvor gelassen wird, kann der Staat seinen schmutzigen Krieg gegen die zivile Bevölkerung führen. International zählt zunächst "Demokratie".

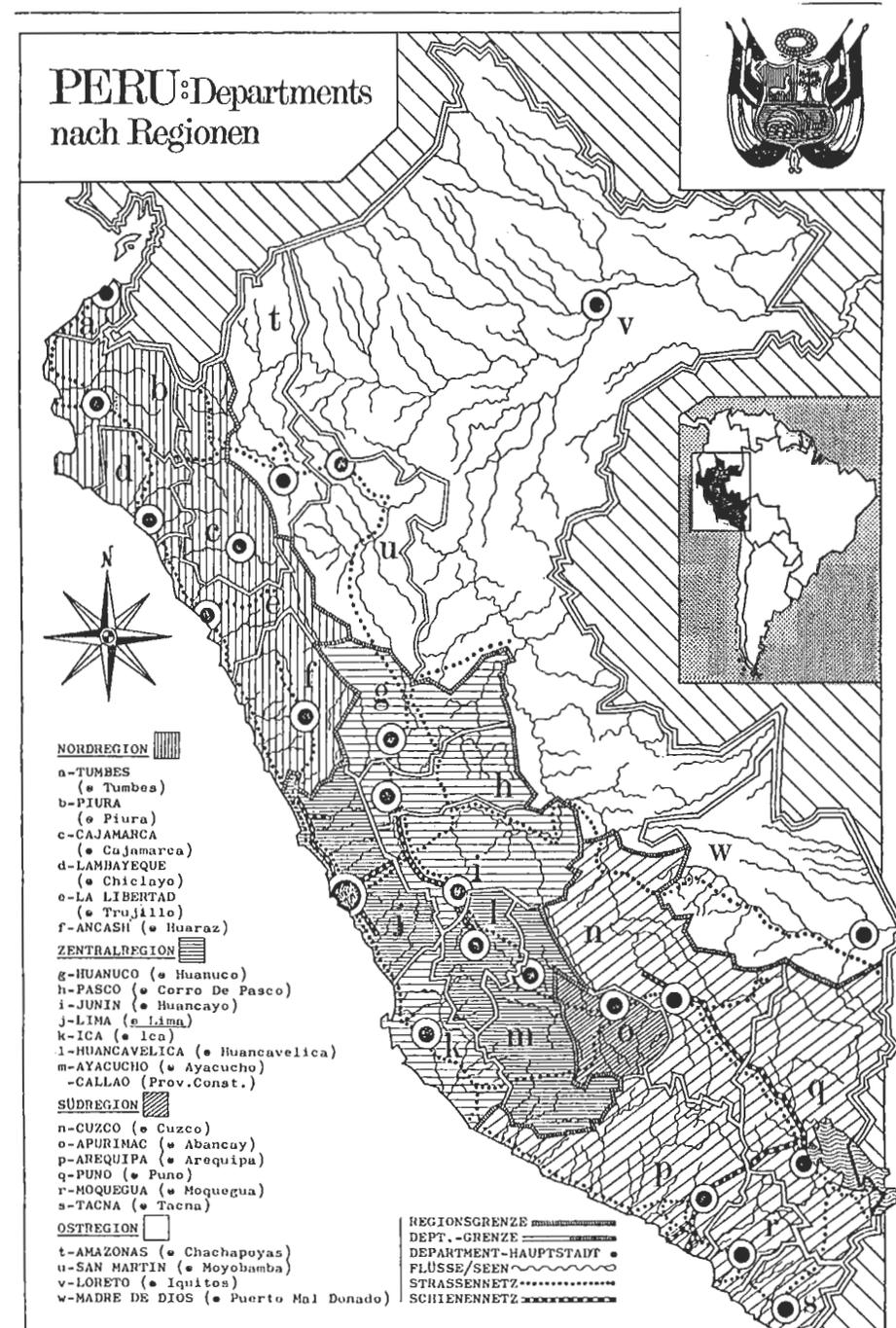
Militärgerichtsbarkeit

Mitglieder der Streitkräfte und der Polizei unterstehen in Peru dem Militärgerichtsbuch. Delikte, "die sie im Zuge der Pflichterfüllung begehen", fallen unter die Militärgerichtsbarkeit. Obwohl das Militärrecht nur bei Disziplinarfällen angewendet werden darf, ist in Peru nur ein Fall bekannt, in dem die Zuständigkeit der ordentlichen Strafgerichte anerkannt wurde. In der Regel enden die Verfahren mit Freispruch, denn Art. 19.7 des Militärgerichtsbuches befreit Militärangehörige und Polizisten von krimineller Verantwortung, wenn sie in der Ausübung eines Befehls handelten, solange der Befehl nicht "offenkundig" rechtswidrig war.

Antiterrorismusgesetzgebung

Im März 1987 hat die Regierung Garcia ein neues Antiterrorgesetz erlassen, nach dem derjenige ein Terrorist ist, der "um einen Zustand des Schreckens in der Bevölkerung zu provozieren oder aufrechtzuerhalten, Handlungen begeht, die Gefahr für Leib, Leben oder Eigentum darstellen oder die öffentliche Ruhe stören oder die Staatssicherheit berühren." Unter Strafe gestellt werden außerdem Herstellung oder Lieferung von Waffen, Unterstützung durch Geld und andere Güter, Bereitstellung von Wohnraum, Informationen oder Lehrgänge und die Befürwortung terroristischer Straftaten. Mit dem Gesetz 24651 hat sich die Regierung eine Ermächtigungsgrundlage geschaffen, die das Vorgehen gegen jede Art von Opposition im Lande zuläßt.

Die drei genannten gesetzlichen Bestimmungen führen zu einer peruanischen Wirklichkeit, in der 37% der Bevölkerung wie unter einer Militärdiktatur leben, in der jede/r ohne Schutz den staatlichen Repressionen ausgesetzt ist. Die Menschenrechtsverletzungen des Staates haben natürlich nicht erst mit der Apra begonnen, aber die Regierung Garcia ist dafür verantwortlich, sie nicht nur nicht bekämpft, sondern ihnen zudem noch eine legale Basis verschafft zu haben. Staatlicher Terror ist Teil der Demokratie geworden, und strafbar macht sich schon, wer gegen diese Praktiken sein Recht auf Leben einklagt.



Über internationale Ursachen

Das im Amazonas gelegene San Martin ist eines der acht vom Ausnahmezustand betroffenen Departamentos. Als Antwort auf staatliche Repression und Untätigkeit der Regierung, was Infrastruktur und soziale Dienstleistungen anbelangt, hat sich die Bevölkerung 1987 in der "Frente de Defensa de los intereses del Pueblo de San Martin" (FEDIP SAM) zusammengeschlossen. Von der APRA mit allen Mitteln bekämpft, umfaßt die basisdemokratisch organisierte Volksbewegung soziale und politische Kräfte wie Gewerkschaften, Bauernverbände, Parteien, Journalisten, Vertreter der Provinzen, Stadtteile und kirchlichen Gruppen. Was die zentralistische Regierung nicht realisiert - Regionalisierung, Demokratisierung und Versorgung der Bevölkerung, besorgt die Frente durch organisierte Selbsthilfe. Es bleibt aber ihr Kampf gegen die Staatsmacht, die den Ausnahmezustand mit der Präsenz der MRTA in San Martin legitimiert.

Die FEDIP SAM arbeitet auf nationaler Ebene in der Asamblea Nacional mit. Der Präsident der Frente, Luca Cachay, ist Mitglied der nicht zur Izquierda Unida gehörenden UDP. Auf Einladung des Internationalen Roten Kreuzes war er zur UNO-Konferenz in Genf erschienen. Seinen Vortrag, für den ihm keine Redezeit eingeräumt wurde, haben wir sinngemäß übersetzt.

Eine ungehaltene Rede vor der UNO

"Es ist mir eine Ehre vor dieser großen Versammlung zu stehen, um mit Ihnen über die Situation der Menschenrechte in der Welt zu reden, und um vor diesem Forum besonders die Situation in meinem Vaterland anzuklagen.

Seit 1948 bis heute sind wir auf dem formalen Niveau der Deklaration von Menschenrechten gut vorangeschritten. Aber in der Praxis, die der überzeugende Beweis sein sollte, sind wir weit zurückgeblieben. Die Bedeutung von Menschenrechten bleibt unvollständig, wenn sie nur Freiheitsberaubung und körperliche Mißhandlung beinhaltet. Vergessen wir nicht die vielen Menschen, die im erniedrigenden Elend leben, als Resultat von Unterbeschäftigung, Hunger, fehlendem Lebensraum und gesundheitlicher Versorgung.

Die historische Entwicklung meines Landes wurde durch interne und externe Kräfte blockiert, die den wirklichen Sinn von "Freiheit der Nation" und "Demokratie" niemals begriffen haben, die unsere menschliche Kraft aufgesaugt, und die finanziellen und natürlichen Reichtümer in die Metropolen gebracht haben. Das peruanische Volk ist sich mit jedem Tag mehr darüber im Klaren, daß es keine soziale Gerechtigkeit und tatsächliche Respektierung der Menschenrechte erreichen kann, solange als globales Ziel nicht die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung mit menschlichen Zügen erreicht ist. In den Letzten dreißig Jahren hat sich die Situation der Gewalttätigkeit in Peru sehr ver-

schlechtern. Die Ursache dieser Gewalt, die Frieden und Demokratie verhindert, ist in der Tatsache begründet, daß Peru zu den Ländern mit den größten ökonomischen und sozio-politischen Ungleichheiten gehört. Peru hat heute 20,727 Mill. Einwohner, von denen mehr als 8 Mill. unter 15 Jahren sind. Jährlich sterben von 728 000 Neugeborenen 62 500 bevor sie das erste Lebensjahr erreicht haben. Lediglich 7 Mill. sind im erwerbsfähigen Alter. Davon leben 68% in den Städten und nur 31% auf dem Land.

Als Resultat der ökonomischen Krise gibt es 1 Million Arbeitslose und 4,5 Mill. Unterbeschäftigte. 40% der ländlichen und 9% der städtischen Bevölkerung kann weder lesen noch schreiben. Mehr als ein Drittel aller Kinder unter sechs Jahren leidet an chronischen Krankheiten.

Peru verfügt über unermeßliche Reichtümer an Bodenschätzen, Flora und Fauna. Aber was passiert mit diesem Reichtum in der gegenwärtigen internationalen Arbeitsteilung? Durch den ungleichen Tausch werden wir der Voraussetzung unseres ökonomischen Wachstums beraubt. Hier ist die strukturelle Grundlage für die Verletzung zu suchen.

Eine neue Weltwirtschaftsordnung zu schaffen, bedeutet die Bedingungen des internationalen Handels und der Finanzgeschäfte zu restrukturieren, um in der "Dritten Welt" eine Entwicklung zu ermöglichen, ohne diese Länder in den finanziellen Strudel der Außenverschuldung fallen zu lassen. Die 17 Mill. US-Dollar Außenverschuldung lähmen unsere Ökonomie und verschärfen die sozialen und politischen Auseinandersetzungen.

Von 1980-88 starben durch verschiedene Formen von Gewalt 4936 zivile BürgerInnen, 6828 Subversive und 849 Mitglieder der militärischen und polizeilichen Gewalt. Dazu kommen seit 1983 1123 Verschwundene. Wir dürfen nicht vergessen, daß die marginalisierte Bevölkerung auf dem Land und in den Städten Opfer von Ausplünderung, Körperlichen und psychischen Mißhandlungen ist.

In letzter Zeit verstärkt sich die staatliche Repression gegen alle Gruppen, die sich zur Verteidigung ihrer Recht zusammenschließen. Unter der Formalität einer gewählten Regierung ist eine soziale Kontrolle entstanden, die faschistische Wurzeln hat. Der Mord an Saul Cantoral oder das Massaker an den Bauern von Pucallpa sind grauenhafte Beispiele. Es gibt Beweise, daß diese Verbrechen das Werk des Kommandos Rodrigo Franco sind, das sich der Unterstützung durch die APRA erfreut. Wir bitten diese Kommission um eine Untersuchung dieser Verbrechen.

Ohne die Errichtung einer gerechten Weltordnung bleiben wir auf dem Weg der gewaltvollen ökonomischen, politischen und sozialen Krise, ein Weg, auf dem das Umkehren mit jedem Tag unmöglicher wird."

(Ein Interview mit Lucas Cachay erscheint in einer der nächsten LN-Ausgaben.)

Christiane Schulte

URUGUAY

Der Zerfall der Frente Amplio

Nach mehrmonatigen Auseinandersetzungen im Oppositionsbündnis FRENTE AMPLIO (FA) ist es nun zum offiziellen Bruch gekommen. Hugo Batalla erklärte im März seine Kandidatur zur Präsidentschaft. Damit war die Abspaltung seiner Partei, der PARTIDO POR EL GOBIERNO DEL PUEBLO (PGP), sowie der christdemokratischen PDC von der FRENTE AMPLIO besiegelt. Für welche Strategie sich die verbleibenden Parteien im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im November entscheiden werden, ist bisher nicht absehbar. Im Mai nach dem Parteikongreß der PGP wird man wissen, wieviele PGP-Mitglieder sich für einen Verbleib in der FRENTE AMPLIO entschieden haben. Trotz der jüngsten Entwicklungen läuft die Kampagne für das "voto verde" (LN 180) auf Hochtouren. Die Entscheidung des Volkes am 16. April kann als zukunftsweisend für die uruguayische Linke angesehen werden, denn die FRENTE AMPLIO hatte die Mobilisierung gegen das "Gesetz über die Hinfälligkeit der Strafabsticht des Staates" zu ihrem vorrangigsten, politischen Ziel erklärt.

Die Streitigkeiten in der FRENTE AMPLIO waren über die Kandidatenaufstellung für die kommenden Präsidentschaftswahlen entbrannt. Laut erklärtem Parteikonsens sollte es immer nur einen gemeinsamen Kandidaten geben. Jedoch schon seit längerem hatte sich gezeigt, daß die Einzelkandidatur nicht mehr unumstritten war. PGP und PDC hatten sich schon vor Monaten dafür ausgesprochen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Dies sollte Hugo Batalla sein, der bei den Wahlen 1984 große Erfolge für die Lista 99, den Zusammenschluß der beiden Parteien, erzielt hatte.

Entgegen seiner eigenen Aussagen noch Ende Februar diesen Jahres, erklärte Batalla nun seine Präsidentschaftskandidatur. Es kam nicht mehr zu einer Einigung mit der sogenannten "DEMOCRACIA AVANZADA", vor allem der Kommunistischen Partei, die Liber Seregni zu ihrem Kandidaten küren wollten. Am 10. März erklärte Hugo Batalla in einem Brief an seine Parteiführung, der am 17. desselben Monats in der Tagespresse veröffentlicht wurde, daß er die Gremien der FRENTE AMPLIO verlassen werde. Damit scheiden nun mit der PCP und PDC zwei Parteien, die von der Sozialistischen Internationale unterstützt werden, aus der Oppositionskoalition aus. Die Entscheidung der PGP-Parteiführung muß jedoch noch von der Basis auf einem Parteikongreß im Mai abgesegnet werden. Dabei kann es wiederum zu einer internen Spaltung kommen, wie es bei der PDC schon geschehen ist. Einige PGP-Abgeordnete aus den Provinzen, sowie die "Gewerkschaftsfront" haben schon angedeutet, daß sie in der Frente bleiben wollen.

Zwei Lösungswege

Noch böte sich eine "technische Lösung" an, nach der die FRENTE AMPLIO nun doch einen zweiten Kandidaten (Seregni) aufstellt. Dies wäre möglich unter einem Sublema der Christdemokraten. Allerdings hieße das, sich dem Reglement des uruguayischen Wahlgesetzes (ley de lemas) zu unterwerfen. Nach diesem Gesetz ist es einer Partei erlaubt, mehrere Präsidentschaftskandidaten aufzustellen und die Stimmen innerhalb der Partei zu akkumulieren. So ist es möglich, daß ein Kandidat Präsident wird, auch wenn er nicht die meisten Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Darüberhinaus kann eine Partei nur dann mit eigenem Kandidaten an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen, wenn sie im bestehenden Parlament schon eine gesetzliche Zulassung (lema) zur Wahl hatte. Die FRENTE AMPLIO hatte bereits zu den Wahlen 1971 unter dem Lema der Christdemokraten kandidiert. Da sich die PDC nun mit ihrem Lema aus der Koalition verabschiedet hat, bleibt also die Möglichkeit einer FRENTE AMPLIO-Kandidatur unter einem Sublema der Christdemokraten. In jedem Fall kann sie unter gegebenen Umständen nicht mit eigenem Lema antreten. Einige ihrer Mitglieder befürworten daher die Einbringung einer Gesetzesvorlage ins Parlament, nach der die Gewährung eines Lemas erleichtert werden soll. Wie sich die Parlamentsmehrheit entscheiden würde, ist unklar: Mit dem Zugeständnis an die FRENTE AMPLIO könnte nämlich ihre Spaltung besiegelt werden, ebenso wahrscheinlich ist jedoch, daß mit dieser Spaltung ein Klärungsprozeß in der Opposition und die Formulierung einer neuen, linken Alternative erleichtert würde. Die FRENTE AMPLIO hatte seit jeher das Wahlgesetz als undemokratisch abgelehnt. Sich nun für die sogenannte "technische Lösung" zu entscheiden, ließe sich sicher nur schwer legitimieren. Aber auch die "parlamentarische Lösung" ist zumindest risikoreich.

Mögliche Motive

Die eigentlichen Gründe für den jetzigen Bruch liegen jedoch sicherlich tiefer. Hugo Batalla hatte in seinem offenen Brief im März an die Führung seiner Partei die Unbeweglichkeit der FRENTE AMPLIO hinsichtlich programmatischer und organisatorischer Veränderungen kritisiert. Er verwies damit auf eine PGP-interne Diskussion zurück, in der im Juli vergangenen Jahres 7 Vorschläge zur Konkretisierung der gemeinsamen Programmatik verfaßt worden waren: Die Bestätigung der repräsentativen Demokratie und der Verfassung und die Ablehnung von Avantgardepositionen, sowie des bewaffneten Kampfes zur Erlangung politischer Ziele; eine verstärkte Öffnung gegenüber progressiven, politischen Kräften und die Aufnahme weiterer Organisationen in die FRENTE AMPLIO; die Verfassungsreform, die neben dem Referendum zur wichtigsten politischen Aufgabe erhoben wurde; die Aktualisierung des Programms und dessen Konkretisierung; die Straffung der Parteiorganisation.

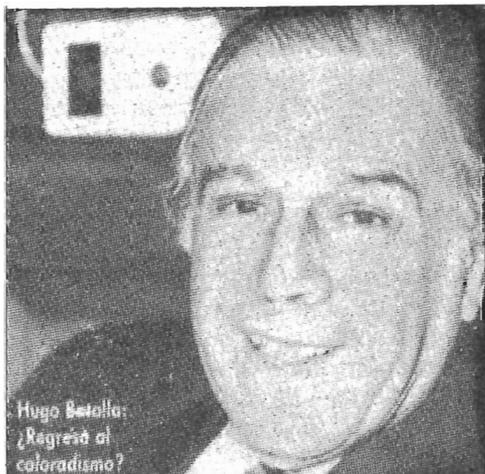
So sollten z.B. die Basiskomitees nicht mehr in der FRENTE-Führung repräsentiert sein, sondern lediglich die Sektoren, die auch Sitze im Parlament haben.

Auch wenn diese Vorschläge klar machen, daß es unterschiedliche Auffassungen in den verschiedenen Gruppierungen der FRENTE AMPLIO gab, so waren sie doch weder neu, noch mußten sie unbedingt zum Bruch führen.

Dahinter steht wohl eher, daß Batalla seine Stimmgewinne vor allem in der politischen Mitte erzielt hatte, die er nicht verlieren will. Die LISTA 99 war gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen im Gegensatz zu den restlichen Koalitionsparteien. Die PDC mußte nicht nur starke Stimmverluste hinnehmen, sondern auch die Abwanderung zahlreicher Mitglieder zur Nationalpartei (Blancos). Ihre politische Zukunft sieht düster aus. Aus gestärkter Position kritisierte Batalla in den letzten Monaten ebenso wie PDC-Führer Juan Calos Doyenart die "Hegemonie der marxistischen Gruppen" in der FRENTE AMPLIO. Zuvor war es schon mehrfach zu öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Christdemokraten und Mitgliedern der kommunistischen Partei gekommen. Anfang März befand sich Hugo Batalla noch auf Europareise, um sich mit seinen Geldgebern von der Sozialistischen Internationale zu beraten. Er dürfte dort Bestärkung für seine Kandidatur erfahren haben und wohl auch den Ratschlag, sich auf diesem Wege von den ungeliebten, marxistischen Sektoren zu trennen.

Nachdem die DEMOCRACIA AVANZADA Liber Seregni zu ihrem Kandidaten erklärt hatte, wurde eine Verhandlungskommission eingesetzt, zu deren Leiter Batalla selbst erklärt wurde. Es kam jedoch nicht mehr zu einer Übereinkunft und der PGP-Führer setzte mit seinem Schreiben den bisherigen Schlußpunkt. Mit Spannung wird man den PGP-Kongreß im Mai abwarten müssen, um die unmittelbaren Folgen der Spaltung für die beiden Sektoren ablesen zu können.

Veit Hannemann



Hugo Batalla: ¿Regresó al coloradismo?
PGP-Führer Hugo Batalla: "Endlich Kandidat"?

Interview mit Ricardo García (MLN - Tupamaros)

Die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN sprachen mit Ricardo García, Mitglied der Führungsgruppe der Nationalen Befreiungsbewegung (MLN - Tupamaros) über die Positionen seiner Organisation zur Spaltung der FRENTE AMPLIO und zur MLN-Strategie für die kommenden Monate. Das Gespräch fand am 11. März in Berlin statt.

LN: Welche Vorschläge hat die MLN zu den Wahlen

R.G.: Angesichts der für die Einheit der Frente Amplio problematischen Situation, haben wir einen konkreten Vorschlag gemacht, denn woran uns am meisten gelegen ist, was uns am wichtigsten ist, ist die Einheit der Frente Amplio zu erhalten. Wir wollten nicht, daß die Frente zerbricht, auch wenn man uns selbst den Eintritt in die Koalition verwehrt hatte. Von daher erschien es uns am sinnvollsten, daß die Kandidaturen auf den beiden wichtigen Posten zusammengeführt werden, d.h. Liber Seregni als Präsidentschaftskandidat und Hugo Batalla als Bürgermeisterkandidat für Montevideo - dies ist der bedeutendste Wahlbezirk... So hätte man die Einheit der Frente Amplio unserer Meinung nach erhalten können. Aber unser Vorschlag wurde leider nicht von der Lista 99 akzeptiert, sie wollte Hugo Batalla als Präsidentschaftskandidaten und konnten Seregni nicht akzeptieren.

LN: Könnte denn die MLN Batalla als einzigen Kandidaten akzeptieren und was würde das für sie bedeuten?

R.G.: Für uns ist es egal, ob Seregni oder Batalla Kandidat ist. In dieser Hinsicht haben wir keine Vorlieben für den einen oder den anderen. Was wir allerdings glauben ist, daß Batalla nicht die Interessen der "Democracia Avanzada" (gemeint sind die restlichen Linksparteien, besonders die PC, in der Frente Amplio) repräsentiert. So war der Konflikt mit der Democracia Avanzada abzusehen, zumal Batalla sozusagen den entgegengesetzten Pol in der internen Auseinandersetzung bildete. Uns war es, wie gesagt, gleichgültig und wir konnten auch weder Batalla noch Seregni aufstellen.

LN: Würde man lediglich die Wahlarithmetik beachten, hätte man mit Batalla höhere Chancen, als mit Seregni. Betrachtet man die Wahlergebnisse von 1984, so hat im Vergleich zu 1971 die Lista 99 stark zugewonnen und die Democracia Avanzada verloren, man könnte sagen, es gab eine Bewegung in Richtung zur politischen Mitte.

R.G.: Ja, das ist möglich, wahlrechnerisch gesehen kann das so sein, aber politisch betrachtet, hätte es eben zu großen internen Problemen geführt. Nicht mit uns, nicht mit der MLN, sondern bezüglich der internen Auseinandersetzung in der Frente Amplio. Die Position der MLN hinsichtlich der Wahlen ist folgende: Wir haben immer gesagt, daß eine gesellschaftliche Veränderung in Uruguay sich nicht mittels der Durchsetzung einer bürgerlichen Demokratie

erreichen läßt. Gleichgültig, wer die Regierung stellt, auch im Falle einer Regierung der Frente Amplio oder einer Volkregierung. Wenn diese Maßnahmen zu einer wirklichen sozialen Umgestaltung ergreifen würde, wüßte dies die herrschende Klasse zu verhindern, auch wenn eine Parlamentsmehrheit zugestimmt hätte. Dafür gibt es die Streitkräfte, die die Interessen der herrschenden Klasse verteidigen werden. Jedweder Versuch den Grundbesitzern ihr Land wegzunehmen, jedweder Versuch die Banken zu verstaatlichen oder den Außenhandel, d.h. alle bedeutenden Faktoren der Wirtschaft in uruguayische Hände zu geben, wird von den momentanen Besitzern des Landes und dem Auslandskapital, das in Uruguay dominant ist, - es gibt keine Bank mit nationalem Kapital mehr, außer der Nationalbank - mit Gewalt verhindert werden. Für uns wird die parlamentarische Beteiligung bei weitem nicht als ausreichend betrachtet, um diese sozialen Transformationen durchzusetzen. Von daher interessiert uns die Wahlbeteiligung nicht dahingehend, daß wir von mal zu mal mehr Sitze im Parlament erringen können. Allerdings verstehen wir, daß die politische Öffnung durch die bürgerliche Demokratie dazu verhelfen kann, daß das Volk eine Stimme hat, d.h. seine Probleme erklären kann, Anklage im Parlament erheben kann, vielleicht sogar auf parlamentarischem Weg Gesetze verhindern kann, die z.B. das ausländische Kapital begünstigen. Insoweit kann sie schon nützlich sein, aber dies sind nichts mehr als defensive Situationen und diese Strategie wird kaum dazu dienen, dieses System der sozialen Ungerechtigkeit umzugestalten. Angesichts der Tatsache jedoch, daß in Uruguay diese Form der verkürzten, demokratischen Partizipation als sehr bedeutend empfunden wird und das Volk noch Hoffnungen in das System setzt, halten wir es für notwendig, doch zu partizipieren, allerdings immer darauf hinweisend, wie eng die Grenzen des Systems sind und daß die herrschende Klasse die Grenzen festlegt. Daher unterstützen wir also diesmal den Wahlkampf der gesamten FRENTE AMPLIO und wir wollen in besonderer Weise für die Konstruktion einer politischen Bewegung der verschiedensten linken Gruppen arbeiten, die nicht in einem der beiden Blöcke, die ich vorher erwähnte, angesiedelt sind. Wir wollen für die Einheit dieser Gruppen arbeiten und wir schließen uns selbst in diese Gruppe der unabhängigen Organisationen ein. Wir glauben, daß die Mehrheit der Wähler der Frente Amplio nahestehen und nicht Teil der bestehenden, politischen Organisationen sind. Wir wollen sie zur Partizipation aufrufen und in der politischen Struktur mitentscheiden lassen. In diesem Sinne machen wir politische Veranstaltungen mit ihnen und den Unabhängigen, und dies seit ungefähr einem Jahr. Seit einem Monat hat sich die Bildung dieses politischen Bündnisses, das bisher noch keinen Namen hat, konkretisiert. Wir wollen, daß dieser Name und die Kandidaten für die Wahlen durch die Basis bestimmt werden.

LN: Aber war nicht bereits der Vorschlag, eine Frente Grande zu bilden, auf wenig Gegenliebe gestoßen? Worum ging es damals?

R.G.: Die Frente Grande war mehr als eine politische Organisation eine soziale Allianz, die alle politischen Organisationen einschloß, die sich gegen mögliche, wachsende Repression oder Faschismus der Militärs und des Imperialismus vereinigen wollten. Wir sind der Meinung, daß alle demokratischen Kräfte des Landes konkrete Formen des Widerstands gegen einen wachsenden Faschismus oder eine kommende Militärdiktatur entwickeln müssen. In dieser Vereinigung könnte auch ein Sektor der Colorados und der Partido Nacional vertreten sein, natürlich die Frente Amplio, aber auch soziale Organisationen wie Gewerkschaften, Barrio-Organisationen usw. Alle diese Organisationen sollten sich zu einer großen Volksfront zusammenschließen, um dem Faschismus widerstehen zu können, das war es, was wir Frente Grande genannt haben. Leider wurde dies von Seiten der Frente Amplio falsch interpretiert. Man nahm an, wir wollten die Frente Amplio auflösen und eine viel größere Organisation bilden. Unser Vorschlag wurde weder verstanden, noch von politischen Organisationen unterstützt.

LN: Wurde die Idee der "Frente Grande" nicht schlecht präsentiert und im Editorial von "Maté Amargo" (Zeitung der MLN) schlecht formuliert?

R.G.: Wir denken, daß es falsch interpretiert wurde. Betrachtet man die Phase der politischen Öffnung aus Sicht der Opposition gegen den Faschismus, so sieht man, wie jeder seinen Weg eingeschlagen hat, um mehr Stimmen und Sitze im Parlament zu gewinnen als die anderen. Dies führte unweigerlich zur Spaltung des Volkes von den politischen Führungen aus... Der Vorschlag, der heute zurückgewiesen wird, glauben wir, wird strategisch bedeutend bleiben für einen historischen Moment, wenn die demokratischen Kräfte wirklich demokratisch sind und gegen den Faschismus kämpfen wollen. Wenn sie es allerdings nur behaupten, aber nicht tun, dann sind sie auch keine demokratischen Kräfte und machen sich zum Steigbügelhalter des Faschismus. So ist unser Vorschlag für den Moment, man könnte sagen, in der Schublade verschwunden, denn bei all' den internen Querelen in den Parteien, gibt es im Moment nicht genügend Raum für eine antifaschistische Einheit. Wenn wir allerdings sehen, daß sich gerade im Kampf für das Plebiszit diese Einheit zeigt, so ist dies gerade die Frente Grande, auch wenn es die politischen Organisationen nicht so nennen wollen. Die Einheit besteht in der gemeinsamen Aktion gegen die Straflosigkeit. Man weigert sich von Seiten der politischen Parteien der Sache einen formalen Namen zu geben und betrachtet die Organisation lieber als etwas vorübergehendes. Für uns jedoch hat die Arbeit für das Plebiszit und gegen das Gesetz der Straflosigkeit eine weitreichendere Bedeutung.

Aber ich möchte noch etwas sagen zur strategischen Perspektive der MLN. Die Wahlen sind bedeutend für das Bewußtsein des Volkes und daher werden wir uns an ihnen beteiligen. Wir werden keine eigenen Kandidaten aufstellen können, aber wir werden Kandidaten unterstützen, die bereits im Wahlkampf stehen.

Was nun nach den Wahlen? Oder: Was gewinnt oder verliert die Linke dabei? Unsere Arbeitsweise heißt, an der Basis, mit den Massen, in den Gewerkschaften, Stadtteilkomitees oder Wohnungskooperativen, wo auch immer, die Partizipation des Volkes zu organisieren und die Entwicklung der eigenen Kräfte zu unterstützen, um all die Probleme zu lösen, die ohne Zweifel nicht von der Regierung gelöst werden und wohl auch nicht von einer Regierung der Frente Amplio gelöst werden könnten, weil dies die herrschende Klasse verhindern würde. Natürlich wird es zunächst um politische Äußerungen mit reinem Forderungscharakter gehen, aber wir glauben, daß auf diesem Weg wichtige Erfahrungen gemacht werden können, daß man lernen kann, seine Kräfte zu entwickeln, bis man eines Tages die Machtfrage stellen kann. Wir gehen so vor, weil wir glauben, daß es notwendig sein wird, daß sich das Volk organisiert, sich in letzter Instanz auch wird bewaffnen können müssen, um der Repression zu widerstehen. (...) Wann dieser Moment gekommen ist, läßt sich jetzt nicht bestimmen. Das wird von der politischen Entwicklung und der Partizipation des Volkes abhängen. Unzweifelhaft wird sich die ökonomische Krise fortsetzen, unabhängig vom Willen dieser oder der kommenden Regierung, denn wir sind extrem abhängig besonders von den ausländischen Banken. Man kann also nicht davon ausgehen, daß sich die ökonomische Lage des Volkes verbessern wird. Dies wird zu Unzufriedenheit führen, zu Demonstrationen und Rebellion. Wir wollen diese Mobilisierung organisieren, um würdige Lebensbedingungen erkämpfen zu können. Dies wird auch weiterhin unsere Strategie sein, die durchaus mit einer Volksregierung der Frente Amplio koexistieren kann. Wir glauben z.B., daß es wünschenswert wäre, wenn eine Regierung der FRENTE AMPLIO DAS Volk an der sozialen Umgestaltung partizipieren ließe. Aber eines sagen wir zu einer möglichen Regierung der Frente Amplio oder auch einem Bürgermeister von Montevideo: Alle materiellen Zuflüsse werden von Seiten der Oligarchie gekürzt werden. Und dies kann nur verhindert werden durch eine breite Organisation des Volkes, das dafür kämpft, das zu bekommen, was es benötigt. In diesem Sinne werden wir arbeiten.

USA - Lateinamerika

No Perestroika in Washington
Gorbatschows Vorschläge zu einer atomwaffenfreien Friedenszone Lateinamerika, aus der sich beide Supermächte zurückziehen sollten, wurden in Washington abgelehnt. Präsident Bush sagte, Moskau habe keine legitimen Interessen in der Region, "aber wir haben viele".

Haiti

Erfolgloser Putsch in Haiti
Eine Woche nach dem Putschversuch eines Armee-Regiments vom 7. April in Port-au-Prince stand die Hauptstadt noch unter Ausnahmezustand. Präsident General Avril, selbst durch Putsch an die Macht gekommen, konnte sich behaupten. Inoffizielle Stellen sprechen von fast 100 Todesopfern.

EL SALVADOR

Präsidentschaftswahlen

Die Präsidentschaftswahlen in El Salvador am 19. März 1989 waren anders als frühere Wahlen. Zwar waren sie genauso wie die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1982, die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1984 und 1985 und die Parlaments- und Kommunalwahlen 1988 gedacht als Bestandteil des "Krieges niedriger Intensität", zwar war auch von vornherein klar, daß sie kein Beitrag zu einer politischen Verhandlungslösung sein werden, aber verschiedene Faktoren haben dazu beigetragen, daß die jüngsten Wahlen nicht zu einem weiteren Baustein im Aufbau einer Fassade für das Aufstandsbekämpfungsmodell geworden sind, sondern zu einem weiteren Faktor seiner tiefen Krise.

Ein Vorschlag der Guerilla mischt den Wahlzirkus auf

Die Wahlen vom 19.3.1989 fielen in eine Konjunktur destabilisierender Momente:

-Die zum Stillstand gekommenen Reformen, die neuerliche Zunahme der Menschenrechtsverletzungen, das zivile Machtvakuum, die anhaltende Wirtschaftskrise, die eine zunehmend explosive soziale Situation erzeugt und der Bankrott der das Modell verwaltenden Christdemokratie haben das in Washington ausgedachte Projekt der Kriegsführung niedriger Intensität in El Salvador an den Rand des Scheiterns gebracht.

-Die militärischen Aktivitäten haben zugenommen. Auf der einen Seite befindet sich die FMLN (Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí) seit ca. einem halben Jahr in einer langsam anschwellenden Militäroffensive. Auf der anderen Seite haben Veränderungen in der Spitze der salvadorianischen Streitkräfte eine aggressivere Kriegsführung erbracht.

-Zur strukturellen ist eine konjunkturelle Wirtschaftskrise gekommen: Die letzte Kaffee-Ernte war ausnehmend schlecht, die Baumwoll-Anbaufläche geht weiter zurück, und der Zuckerpreis auf dem Weltmarkt ist im Keller.

-Der Regierungswechsel in den USA hat für die innere Lage in El Salvador ein derartiges Gewicht, daß die fehlende Definition einer eigenen Mittelamerika-Politik der Bush-Regierung destabilisierend wirkt; es fehlt die Richtschnur.

-So sind die Wahlen selbst, gedacht als Instrument der US-Politik, zu einem destabilisierenden Faktor geworden: Das Potential der extremen Rechten stört das Kalkül der US-Regierung und in Gestalt der "Demokratischen Konvergenz" (Convergencia Democrática = CD) ist ein neuer Akteur auf die politische Bühne getreten, der die Spielregeln nicht einhält, der die Armee kritisiert und sich nicht von der Guerilla distanziert.

Diese krisenhafte Entwicklung wurde zusätzlich verstärkt durch den Vorschlag der FMLN vom 24.1.1989, die Wahlen zu verwandeln in einen Beitrag zum Frieden. Der Inhalt des Vorschlages, der eine Verschiebung der Wahlen bis zum 15. September dieses Jahres in die Diskussion brachte, ist bekannt, ebenso wie sein weiteres Schicksal. Unbestritten hat dieser Vorschlag Leben in die stagnierende Szene gebracht, die auf Wahlen zutrieb, welche im In- und Ausland niemanden mehr richtig überzeugten. Er hat den Wahlkampf geprägt, wurde zum zentralen Thema, auf das alle politischen Kräfte El Salvadors und ihre jeweiligen ausländischen Verbündeten eingehen mußten. Die faschistische ARENA-Partei (Alianza Revolucionaria Nacionalista = Revolutionäre Nationalistische Allianz) z.B. wollte ursprünglich die wirtschaftliche Wiederbelebung zum Hauptthema ihres Wahlkampfes machen - aber die Guerilla hat ihr mit dem Vorschlag vom 24.1.1989 ein anderes Thema aufgezwungen.



"Wir Marginalisierten unterstützen den Vorschlag der FMLN"

Auch die CD wurde durch diesen Vorschlag vor eine neue Situation gestellt: Zwar haben durch die Gründung der CD, möglich geworden durch die Rückkehr der FDR-Politiker nach El Salvador (FDR = Frente Democrático Revolucionario = Demokratische Revolutionäre Front; im strategischen Bündnis mit der FMLN; ihre führenden Mitgliedsparteien sind die MNR = Nationale Revolutionäre Bewegung, sozialdemokratisch, unter Guillermo Ungo, und die MPSC = Sozialchristliche Volksbewegung, eine linke Abspaltung der Christdemokratie, unter Rubén Zamora), und ihrer Entscheidung, an den Prä-

sidentschaftswahlen teilzunehmen, einen erheblichen Unsicherheitsfaktor in die Wahlinszenierung Washingtons gebracht, aber beides führte auch zu "konjunkturellen Widersprüchen" mit dem Bündnispartner FMLN - wie es die Kommandantin Ana Guadalupe Martínez, Mitglied der Politischen Diplomatischen Kommission der FMLN/FDR, beschreibt.

Tatsächlich ist die CD angetreten, um das "katastrophische Gleichgewicht" der Kräfte, wie es Rubén Zamora nennt, zu durchbrechen, um neue Sektoren für das Befreiungsmodell zu gewinnen. Dieser Kern der CD-Strategie impliziert logisch, daß sie sich um einen eigenen Charakter bemühen, sich von der FMLN unterscheiden muß. Die Entscheidung, an den Wahlen teilzunehmen, war eben eine solche Unterscheidung von der FMLN, die frühzeitig angekündigt hatte, die Wahlen wieder zu boykottieren. Unterscheiden heißt aber nicht sich abzusetzen, das strategische Bündnis mit der FMLN aufzukündigen. Der politischen Geschicklichkeit beider Partner muß es so immer wieder gelingen, die Betonung des eigenen Charakters, die selbständige Linie in Einklang zu bringen mit dem Bündnis. Bezogen auf den Vorschlag der FMLN stand die CD so vor dem Problem, ihn nicht einfach übernehmen zu können, denn das hätte sie zum schlichten Sprachrohr der FMLN gemacht, ihn aber gleichwohl auf der politischen Bühne zu vertreten und zu propagieren. Die CD hat sich entschieden, den Preis zu bezahlen und den Vorschlag der FMLN offensiv und nach Kräften zu unterstützen.

Als der Vorschlag dann kurz vor den Wahlen von der Regierung, den Streitkräften und den Rechtsparteien endgültig abgelehnt wurde, stellte sich der CD die nicht weniger schwierige Frage: Sollte sie sich jetzt von den Wahlen zurückziehen oder nicht? Klar war natürlich, daß die FMLN nach Ablehnung ihres Vorschlages die Wahlen am 19.3.1989 nicht einfach akzeptieren konnte, vielmehr ihre Boykotthaltung in der einen oder anderen Form umsetzen mußte. Die CD ihrerseits hätte ihre strategische Rolle aufs Spiel gesetzt, wenn sie von der Teilnahme an den Wahlen zurückgetreten wäre. Auch der Vorschlag der FMLN selber wäre im Nachhinein zu einem bloß taktischen Winkelzug verfälscht worden, denn er wäre verstanden worden als Mittel, die CD aus dem Wahlprozeß herauszubrechen. Das Wählerpotential, das sich die CD vor den Wahlen zuschrieb (ca. 10%) - WählerInnen, die ganz sicher nicht ARENA wählen - wäre so an die Christdemokratie gegangen. Nach Aussagen von CD-Vertretern hat die FMLN bei Gesprächen unmittelbar vor den Wahlen die Gründe, weshalb die CD schließlich doch an den Wahlen teilnahm, verstanden und akzeptiert. Aber beide Seiten mußten einen Preis bezahlen: Der "konjunkturelle Widerspruch" zwischen den Bündnispartnern hat Verwirrung in den eigenen Reihen gestiftet; weniger der Wahlboykott an sich als die konkrete Maßnahme der Verkehrsstillegung ("paro") durch die FMLN vom 16. bis 20.3.1989 hat der CD geschadet. Zwar war der "paro" nicht der einzige Faktor für das bescheidene Abschneiden der CD (s.u.), aber er behinderte die Wählerbasis und die

HelferInnen der CD, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen waren, mehr als jene der ARENA, die über eigene Mittel zur Mobilisierung ihrer Basis verfügten.

Die FMLN boykottiert die Wahlen

Wie bei früheren Wahlen war klar, daß es in den von der FMLN kontrollierten Gebieten keine Wahllokale geben würde - die Regierung hat von vornherein darauf verzichtet, dort Wahlen durchführen zu wollen. Der "paro", der auf dem Land fast vollständig befolgt wurde, bröckelte in der Stadt nach und nach ab, weil er nicht von "starken" militärischen Aktionen begleitet wurde. Gleichwohl wurde er auch in San Salvador stärker befolgt als alle vorhergehenden. Daneben und neben einer Vielzahl kleiner Sabotage- und Propagandaaktionen, die freilich keine neue Qualität darstellten, gab es nur drei größere militärische Aktionen der Guerilla: Am Abend des 15.3.1989 wurde der Präsidentenpalast mit Katapulten angegriffen. Der Angriff auf die Departementshauptstadt Chalatenango in der Nacht vom 14. auf den 15.3.1989 war offensichtlich verraten worden. Kaum hatte er begonnen, war schon die Luftwaffe da. Trotzdem drangen Teile der ca. 200 FMLN-KämpferInnen bis in die Kaserne der Militärabteilung Nr.1 vor. Die Kämpfe dauerten etwa sieben Stunden - nicht gerechnet die den ganzen 15.3. dauernden Gefechte beim Rückzug der Guerilla. Auch der Angriff auf die Zivilverteidigung von San Ramón, einem Vorort der Hauptstadt San Salvador am Fuß des gleichnamigen Vulkans, war wohl weniger erfolgreich als geplant. Der Angriff wurde von Stadtkommandos der FMLN in den frühen Morgenstunden des Wahl-Sonntags eingeleitet, aber die KämpferInnen, die am Vulkan selber operieren, konnten nicht dazustoßen, weil die Regierungsarmee den Vulkan rechtzeitig stadtseitig mit zwei Bataillonen abgeriegelt hatte. Beide Operationen scheinen zu zeigen, daß die von der US-Regierung enorm hochgerüstete Armee noch in der Lage war, größere Kontingente präventiv zu konzentrieren, obwohl sie durch den "paro" und dadurch, daß die FMLN Tankstellen zu militärischen Zielen erklärt hatte, gezwungen war, einen erheblichen Teil der Truppen zum Transport von Zivilisten, zum Schutz von Konvois und zum Objektschutz abzustellen.

Offensichtlich hatte die Guerilla zu den Wahlen weder eine militärische Großoffensive noch den Versuch geplant, den Aufstand auszulösen. Vielmehr beschränkte sie sich auf eine weitere Eskalierung ihrer seit Monaten andauernden Offensive und einen Wahlboykott, der sich in seiner Intensität nur wenig von jenem bei den Wahlen im letzten Jahr unterschied. Freilich war die Erwartungshaltung bei großen Teilen der Bevölkerung und auch wohl im Ausland erheblich höher, zumal zumindest in den Konfliktzonen bekannt war, daß in den vorangegangenen Monaten umfangreiche Vorkehrungen für größere Angriffe getroffen worden waren. Es ist schwer einzuschätzen, ob und in welchem Umfang der Kontrast zwischen der Auf-

standspropaganda und den militärischen Vorbereitungen einerseits und dem, was dann tatsächlich gelaufen ist, andererseits, für Verwirrung in den eigenen Reihen und bei den SympathisantInnen gesorgt hat.

Die Wahlen selber - ein Heimspiel der ARENA

Auch wenn mensch klar hat, daß Wahlen in El Salvador seit Beginn der US-Einmischung Aufstandsbekämpfungsscharakter haben und von daher nicht nur keinen Beitrag zu einer politischen Verhandlungslösung darstellen, sondern das genaue Gegenteil bezwecken: den Krieg zu verschärfen, indem er hinter einer "demokratischen" Fassade versteckt wird, zeigt eine genaue Betrachtung dieser Wahlen das ganze Ausmaß ihrer Sinn- und Nutzlosigkeit:

1. Die Wahlen fanden mitten in einem Krieg statt, der sich in den letzten Monaten und Jahren zunehmend verschärft und auf das ganze Land ausgedehnt hat. Wie bereits erwähnt, ist in einem Teil des Landes gar nicht erst versucht worden, Wahlen durchzuführen. Ca. 1,5 Millionen SalvadoranerInnen sind Kriegsvertriebene bzw. Auslandsflüchtlinge: davon dürften ca. 40% im wahlfähigen Alter sein. Sie konnten, selbst wenn sie gewollt hätten, nicht wählen. In der Nacht zum Wahltag und am 19.3.1989 selbst wurden drei Journalisten von Armeeingehörigen ermordet. Roberto Navas von Reuter wurde nahe der Hauptstadt von Einheiten der Luftwaffe erschossen. Sein Kollege Luis Galdámez wurde dabei schwer verletzt. Der Ton-techniker des Fernsehkanals 12, Mauricio Pineda, wurde von Einheiten des Elitebataillons "Arce" an der Straße zwischen den östlichen Departements San Miguel und La Unión erschossen. Der holländische Fernsehjournalist Cornel Lagrouw wurde in San Francisco Javier, Departement Usulután, von Einheiten der 6.Infanteriebrigade erschossen. Er hatte als TV-Berichterstatter im vergangenen September die Untersuchungskommission zur Ermordung von Jürg Weis begleitet. Auch Roberto Navas hatte diesen Mordfall recherchiert. Das allgemeine Klima der Unsicherheit, Einschüchterung und Bedrohung konzentrierte sich an neuralgischen Punkten zu offenem Terror: Vor, während und nach den Wahlen wurden die Büros von verschiedenen Volksorganisationen militärisch abgeriegelt; in den Konfliktgebieten fanden im Vorfeld der Wahlen Militäroperationen statt. Um nur einige Beispiele zu nennen: Trotz der angeblichen einseitigen Feuerpause seitens der Regierungstreitkräfte wurde am 8.3.1989 Torola im Departement Morazán bombadiert, wobei fünf Menschen ums Leben kamen. Den ganzen Monat über war die Rücksiedlung El Barrillo militärisch besetzt. Die Rücksiedlung von San Antonio los Ranchos wurde am 15.3.1989 von Hubschraubern, Push-and-Pull- und A-37-Flugzeugen angegriffen. Elitebataillone wurden gelandet und führten eine Razzia durch, bei der ein Armeehauptmann, der sich mit den Widerstand leistenden RücksiedlerInnen auf ein Gespräch einließ, von einem eigenen Soldaten erschossen wurde. Die Kriegsvertriebensiedlung San Juan del Gozo an der Küste von Usulután ist seit

Monaten wieder von der Armee besetzt. Die in dieser Gegend lebenden Kriegsvertriebenen dürfen nicht fischen. Landeinwärts ist das Gebiet von der 6. Infanteriebrigade abgeriegelt, die keine Hilfsgüter hineinläßt und ebensowenig LKWs zum Abtransport des Salzes, das hier gewonnen wird.



Verleumdungskampagne
gegen die CD

2. Die Wahlbeteiligung hat gegenüber den Wahlen vom März 1988 weiter abgenommen. Nach der endgültigen Auszählung durch den Zentralen Wahlrat (CCE), für die es freilich keine Gewähr gibt, sollen 946.686 SalvadorianerInnen gültig abgestimmt haben. Das ist weniger als die Hälfte der 1,95 Millionen, die Wahlausweise haben (während die Einschreibung seit den letzten Wahlen zugenommen hat, hat die tatsächliche Wahlbeteiligung abgenommen). Der CCE schätzt

die nach der Verfassung Wahlberechtigten auf 2,45 Millionen. Zählt man die Wahlberechtigten unter den Kriegsvertriebenen und Flüchtlingen dazu, dürfte die Zahl bei drei Millionen liegen. Damit wäre dann die Wahlbeteiligung bei etwa 30% und der Anteil der faschistischen ARENA-Partei (510.126 Stimmen = 53,8%) bei ca. 16 % aller Wahlberechtigten gelegen.

Zwar hat der ARENA-Sieg im ersten Wahlgang überrascht und ist für die US-Regierung ebenso peinlich und besorgniserregend wie für die Internationalen der Christ- und der Sozialdemokratie, aber gegenüber den Wahlen von 1988 hat die ARENA nicht spektakulär zugelegt. Tatsächlich ist ihr festes und mobilisierbares Wählerpotential vor den Wahlen auf ca. 400.000 Personen geschätzt worden. Umgekehrt wird mensch nicht fehlgehen in der Annahme, daß die große Menge von Enthaltungen ebenso wie die Stimmen für die CD (36.000) und die ungültigen Stimmen (ca. 60.000) zum Großteil Ausdruck eines Bewußtseins sind, das in den Wahlen keinen Weg zu einem Frieden mit sozialer Gerechtigkeit sieht. Insofern sind diese Wahlen für die überwiegende Mehrheit der SalvadorianerInnen nutz- und wertlos gewesen.

3. Die Auseinandersetzung im Wahlkampf und bei den Wahlen selber war völlig ungleich. Während die ARENA nach konservativen Schätzungen über 5 Millionen US-\$ für ihren Wahlkampf verfügte, der in US-amerikanischem Stil gemanagt wurde (Hauptslogan war "La alegría ya viene" - "Die Freude kommt schon" - abgekupfert von der Neinkampagne der chilenischen Opposition, was wiederum nicht zu verwundern hat, wenn man Politik durch Werbung ersetzt), stand die junge CD ziemlich mittellos da. Die im Wortsinn sparsame Unterstützung der Sozialistischen Internationale für ihre Bruderpartei MNR, aus deren Reihen der Präsidentschaftskandidat der CD, Guillermo Ungo, kam, wäre eine eigene Geschichte wert. Belassen wir es bei dem trefflichen Bild, das ein führendes Mitglied der CVD dafür gefunden hat: "Wie wenn unser Haus brannte und sie daherkommen und uns einen Badezimmervorhang anbieten."

Am Wahltag selber war die Präsenz der ARENA-Leute überwältigend und erdrückend. Auf einen "vigilante" (nach dem Wahlgesetz vorgesehene Parteivertreter zur Überwachung der Wahlen an den 6.300 Wahllokalen im ganzen Land) der CD kamen mindestens 20 der ARENA. Neben diesen "vigilantes" und den ebenfalls offiziellen Supervisoren war die ARENA präsent mit Logistikern, Orientierern, Kommunikatoren und Essenverteilern - allesamt jung, ersichtlich aus der Oberschicht und dem gehobenen Mittelstand, aufdringlich, laut und aggressiv und aufs Beste ausgestattet.

4. Der Ablauf der Wahlen hat nicht die minimalsten Voraussetzungen für freie und geheime Wahlen erfüllt. Die Wahlorte waren militarisiert, obwohl die Guerilla angekündigt hatte, Wahllokale und WählerInnen auf dem Weg dorthin nicht anzugreifen. In San Juan Opico im Westen des Landes z.B. hatte die Armee Maschinengewehre in der

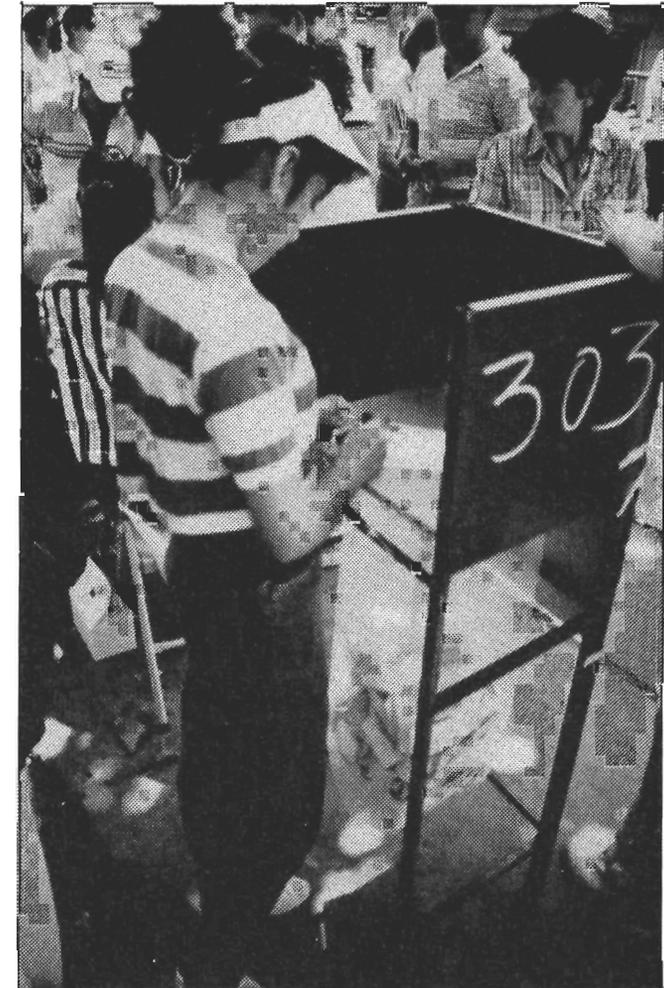
Schule aufgestellt, die als Wahllokal diente : gerichtet auf die WählerInnen. Der Kommandant der dort stationierten Artillerie, Oberst Vasconcelos (er war auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Bundesrepublik), "überwachte" die Wahlen vor Ort. Auch an anderen Wahlorten (die Wahlische waren oft auf Straßen eingerichtet) kontrollierte die Armee nicht nur die Zugänge, sondern mischte sich schwerbewaffnet unters Wahlvolk.

Die ARENA-Präsenz war, wie gesagt, massiv und aggressiv. Als Guillermo Ungo, Ruben Zamora und Reni Roldán, die Chefs der drei die CD bildenden Parteien, am Wahlort Avenida Independencia in San Salvador erschienen, wurden sie von ARENA-Leuten ausgebuht, die "Kommunisten raus!" und "Mörder!" schrien. Guillermo Ungo wurde von einer jungen, gut gekleideten Dame angerempelt.

Die "vigilantes" der CD wurden behindert bzw. eingeschüchtert. An etlichen Wahlorten erschienen sie zwar pünktlich um 6.00 Uhr morgens, wurden aber am Zugang gehindert und später mit dem Argument ausgeschlossen, sie seien zu spät gekommen.

Die Wahlen waren mitnichten geheim. Es gab keine richtigen Wahlkabinen, sondern eine Art Stehpult. In der Schreibplatte war der Schlitz, darunter hing der durchsichtige Plastiksack, in den die Stimmzettel fielen. Die Schreibfläche war nach drei Seiten von ca. 40 cm hohen Wänden abgeschirmt. Mensch konnte den WählerInnen mühelos über die Schultern schauen - das regte niemanden auf. Aber auch aus zwei Metern Entfernung konnte aus der Handbewegung erraten werden, wo das Kreuz plazierte wurde. Schließlich gingen viele Stimmzettel beim Einwurf in die Plastiksäcke auf, bzw. mensch konnte auf der Rückseite den Durchdruck des Kreuzes sehen. In der Tat hatte ARENA ihre Leute so postiert, daß sie verfolgen konnten, wer was wählte. Per Handzeichen wurde die Stimmabgabe weitergegeben an Leute, die Protokoll führten, und von da über Walkie-Talkie (nur ARENA-Leute hatten Walkie-Talkie-Geräte) an die mit Computer ausgestattete Parteilzentrale. Dergestalt konnte ARENA schon am Abend des Wahltages ihren Sieg verkünden.

Nach der öffentlichen Auszählung, bei der kaum gemogelt werden konnte, wurden die Wahlunterlagen in Kartons versiegelt und - mit Armee-Lastwagen abtransportiert. Zwar war es bei diesen Wahlen wegen ihres eindeutigen Ausgangs nicht nötig, an den Ergebnissen der Spitzenreiter 'rumzufummeln, aber im Prinzip hatte die Armee die Möglichkeit, die gesamten Unterlagen auszutauschen. Tatsächlich gab es zwischen der öffentlichen Auszählung durch die "Juntas Receptoras" (Wahlpersonal vor Ort) und der Endauszählung im Zentralen Wahlrat (der Weg geht über die Wahlinstanzen der Gemeinden und Departements, und bis zur Bekanntgabe der endgültigen Ergebnisse verstrichen drei Tage) keine Kontrolle mehr. So wurde die CD offensichtlich durch Manipulation auf den 4. Platz, hinter die traditionelle Oligarchen- und Militärpartei PCN. (Partei der nationalen Versöhnung), gedrängt: PCN angeblich 38.800, CD angeblich 35.800 Stimmen.



Transparente
Stimmabgabe

Das ging einfach: CD-Stimmen wurden durch Manipulation der Stimmzettel in ungültige Stimmen verwandelt. In entlegenen Orten tauchten plötzlich überdurchschnittlich viele Nullstimmen auf. Während landesweit die Wahlbeteiligung und der Stimmenanteil der PCN zurückgegangen sind, hat sie im Departement San Vicente plötzlich ihren Stimmenanteil verdreifacht. Zweck der Übung war es zu verhindern, daß die CD im ersten Anlauf zur drittstärksten politischen Kraft wird und als solche im Zentralen Wahlrat einen Sitz bekommt. Kein Problem in El Salvador. Oder, wie es ein Gewerkschafter ausdrückte: Wer Tausende von menschen verschwinden hat lassen, wird auch noch ein paar Wählerstimmen verschwinden lassen können.

Unter der ARENA-Regierung wird sich die Lage in El Salvador weiter polarisieren

Die faschistische ARENA-Partei wird also die nächste Regierung in El Salvador stellen. Niemand ist darüber sehr glücklich: weder die Bush-Regierung, noch der US-Kongreß, noch die Sozialdemokraten, noch die Christdemokraten. Während die Volksorganisationen in El Salvador mit einer Verschärfung der Repression rechnen, gehen die CD und etliche Beobachter davon aus, daß die Cristiani-Regierung zunächst versuchen wird, mit ihrer gemäßigten Rhetorik internationale Unterstützung für sich zu gewinnen. Früher oder später werden aber die Großgrundbesitzer ihre Ländereien und die ganze Macht im Land zurückhaben wollen, werden die Hardliner in den Streitkräften freie Hand haben wollen für eine offen genozide Kriegsführung, wird die Parteibasis, die den Demagogen d'Aubuisson umjubelt und auf den sich feinsinnig gebenden Kaffeebaron Cristiani eher gelangweilt reagiert, die Macht spüren wollen, die sie erobert hat. Repräsentativ für diese Parteibasis sind die Soldaten, die in den letzten Wochen bei Überfällen auf Rückstellungen von Kriegsvertriebenen in Konfliktgebieten und bei Razzien in den Büros von Volksorganisationen allenthalben gedroht haben: Wenn ARENA die Wahlen gewinnt, wird hier aufgeräumt. Wenn dann also demnächst diese Parteibasis und die erzreaktionären Drahtzieher der ARENA durchgreifen wollen, wird der Widerspruch zwischen der Mentalität der Todesschwadronen, die nach wie vor die Partei beherrscht, und einer sich gemäßigt gerierenden Cristiani-Regierung voll aufbrechen. "Nach den ersten Monaten des Honigmondes wird es zu einer brutalen Krise kommen," sagt Rubén Zamora voraus.

Die ARENA-Regierung wird also mittelfristig, vielleicht schon kurzfristig ein schwieriger Partner für die Bush-Administration sein. Im US-Kongreß wird ARENA korrekterweise noch mehrheitlich mit dem "pathologischen Killer" d'Aubuisson (so Robert White, ehemaliger US-Botschafter in El Salvador) identifiziert. Deshalb und weil die nicaraguanische Contra schon bald kein Thema mehr sein wird, wird die enorme US-Militär- und Wirtschaftshilfe für den Krieg niedriger Intensität in El Salvador Diskussionsgegenstand des US-Parlaments werden. Da der Bush-Regierung an einem Konsens mit dem Parlament gelegen ist, wird sie sich in der Salvador-Politik bewegen müssen. Natürlich sind auch andere Entwicklungen denkbar, etwa wenn die Guerilla demnächst die militärische Offensive weiter verstärkt oder neue diplomatisch-politische Initiativen ergreift.

Die europäischen US-Bündnispartner scheinen weiterhin die Vorgaben aus Washington abwarten zu wollen. So haben die großen Parteien, die Christ- und die Sozialdemokratie, öffentlich nicht auf den Vorschlag der FMLN vom 24.1.1989 reagiert. Zu den Wahlen waren sie kaum präsent. Eine eher zweitrangige Delegation der Sozialistischen Internationale unterstützte die CD vor Ort; die mächtige SPD war zu

Hause geblieben, von der schlichten pekuniären Annahme geleitet, mensch könne ja zum zweiten Wahlgang kommen und sich mithin die Reise zum ersten ersparen. Auf den ARENA-Sieg haben sie zurückhaltend reagiert. Erinnert mensch sich daran, daß die SPD die Cristiani-Kosmetik vorsichtig akzeptiert hat (Wischnewski hält ihn für nach allen Seiten gesprächsbereit; der SPD-MdB Bindig fand im vergangenen November, bei einem ARENA-Sieg sollte "die bundesdeutsche Position zur Entwicklungszusammenarbeit mit diesem Land neu diskutiert werden"; seine Fraktionskollegin Luuk fand noch bei einer Bundestagsdebatte am 9.3.1989, daß "die Entwicklungszusammenarbeit mit El Salvador zum derzeitigen Zeitpunkt nicht eingestellt werden sollte" und orakelte zur Begründung: "... wir denken auch, daß El Salvador bei der Lösung der inneren Probleme auf einem guten Weg sein kann."), dann erscheint die plötzliche Forderung des SPD-MdB Uwe Holtz, "alle Pläne für neue Entwicklungshilfeprojekte für El Salvador ein(zu)frieren", eher effekthascherisch. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ließ durch ihre außenpolitische Sprecherin Michaela Geiger die Wahlbeteiligung auf "60 % der Wahlberechtigten" aufblasen. Ansonsten ist ihr nichts Besseres eingefallen, als ihre Klamotte von dem armen Duarte, der an zwei Fronten kämpfen mußte, gegen links und rechts, wiederzukäuen und den großen Bruder nachzuäffen, der die Weiterführung der US-Hilfe für El Salvador von Menschenrechten und Reformen abhängig machen wollte. Hätte es diese Konditionierung in der Vergangenheit je wirklich gegeben, dann wäre die Entwicklungshilfe für das salvadorianische Aufstandsbekämpfungsregime nie wiederaufgenommen worden.

Nachdem die Mehrheit der salvadorianischen Bevölkerung sich in der "Nationalen Debatte" für eine Verhandlungslösung und ein Ende der US-Einmischung ausgesprochen, den Vorschlag der FMLN vom 24.1.1989 unterstützt und durch die Wahlenthaltung deutlich gemacht hat, daß sie Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt nicht für einen Beitrag zu einem Frieden mit sozialer Gerechtigkeit hält, muß von galoppierendem Antikommunismus geplagt sein, wer heute, nach dem ARENA-Sieg, die Entwicklungshilfe für El Salvador weiterführen will.

ubm



CHILE

Sechs Monate nach dem Plebiszit: Tauziehen

Daß wir in den letzten Monaten über die politischen Ereignisse in Chile nur in gelegentlichen Kurznachrichten berichteten, hatte seinen einfachen Grund darin, daß sich auf der politischen Szene nur wenig bewegt hat. Politik findet, und das gilt für die Rechte wie für die Opposition, weitgehend hinter der Bühne statt. Zwar hatte die Opposition das Plebiszit im Oktober eindrucksvoll, wenn auch nicht überwältigend gewonnen, aber ihre Forderungen nach Verhandlungen mit dem Regime über eine Verfassungsreform stießen auf taube Ohren; das Regime bunkerte sich ein. An Massenmobilisierung zur Durchsetzung ihrer Forderungen hatten die bürgerlichen Parteien kein Interesse, die linken Parteien nicht die Kraft. So blieben die "17 Parteien für das Nein", jetzt "für die Demokratie", ohne nennenswerte Initiative.

Der für das Plebiszit notdürftig gekittete rechte Block seinerseits zerfiel über der Suche nach Schuldigen für die Niederlage. Pinochet wiederum, politisch geschlagen, aber unangefochten im Amt, stand und steht vor der Aufgabe, den Fortbestand des Modells über das Ende seiner Amtsperiode im März 90 zu sichern...

Die Lage der Opposition

Den oppositionellen Parteien ist es gelungen, den Grundkonsens über einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zu bewahren; angesichts der Breite des ideologischen Spektrums schon eine Leistung. Als schwieriger erweist sich das Problem der Einheit für die gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen, zumal das Wahlgesetz erst in diesen Tagen verabschiedet werden soll; die "Korrekturen" zugunsten der Rechten erweisen sich als schwieriger denn gedacht.

Zwar sollte der oppositionelle Kandidat ursprünglich bereits Ende Dezember 88 nominiert werden; Unregelmäßigkeiten bei der internen Vorwahl der Christdemokraten zwangen zur Wiederholung im Februar, wobei wiederum der Vorsitzende der DC und Sprecher der "Siebzehn" als Sieger hervorging. Die internen Querelen der DC hatten aber fast drei Monate lang die Zusammenarbeit der oppositionellen Parteien gelähmt. Daß in dieser Phase drei weitere oppositionelle Politiker ihre Kandidaturansprüche anmeldeten, entsprang wohl eher Pokern um politischen Einfluß als einer Absage an den Konsens. So ist zwar formal die Kandidatenfrage überhaupt noch nicht entschieden, das Rennen für Aylwin aller Voraussicht nach trotzdem gelaufen.

Daß die Linke in der gegenwärtigen Konstellation keinen eigenen Präsidentschaftsbewerber würde durchsetzen können, war ihr von vornherein klar; wohl aber hoffte sie, durch die Form der Kür politische Inhalte durchzusetzen. Das sollte durch die Beteiligung sozialer Organisationen, Gewerkschaften und Berufsverbände geschehen oder durch Abstimmungen unter den Mitgliedern der 17 Parteien. Über keines dieser Konzepte ist bislang entschieden, das aber bedeutet, daß sie schon aus Termingründen kaum noch durchsetzbar sind. Die Christdemokraten lassen, als anerkannt stärkste Partei der Opposition, die Zeit für sich arbeiten, bislang mit Erfolg.

Ein positives Signal setzte allerdings ein Beschluß der DC, die künftige Übergangsregierung solle überparteilich sein; das war eine klare Absage an das zuvor favorisierte Modell einer kleinen bürgerlichen Koalition. Wenn sich damit die DC auch erklärtermaßen nach links öffnet, ist damit eine Öffnung nach rechts überhaupt nicht verbaut. Denn das ist das Frappierende an diesen äußerlich ereignislosen Monaten chilenischer Politik – die auf Konsens und bruchlosen Übergang zur Demokratie zielende Politik der DC macht erstaunliche Fortschritte. Davon zeugt Pinochets überraschendes Angebot am 11. März, eine Verfassungsreform in Erwägung zu ziehen.

Vorausgegangen waren dem Kontakte zwischen den Christdemokraten und der pinochet-müden, aber regimetreuen rechten Renovación Nacional über mögliche Verfassungsreformen. Formalisiert wurden die Kontakte in einer Expertengruppe zur Verfassungsreform, an der sich auch Vertreter der Siebzehn beteiligen. Der Konsens, der sich hier zwischen Opposition und einer wichtigen rechten Partei abzeichnete, war breit genug, um auch Pinochet umzustimmen. Der "reformbereite" Flügel um Innenminister Cáceres hatte sich durchgesetzt.

Am 15. März empfing Cáceres Aylwin in der Moneda zu einem Gespräch über genau dieses Thema – wie zuvor rechte Parteiführer und danach Silva Cimma von der kleinen Radikalen Partei. Das Bemerkenswerte daran: Wochen zuvor war ein Gespräch Cáceres mit Oppositionspolitikern daran gescheitert, daß Luis Maira als Vertreter von PAIS, der neuen instrumentellen Partei der marxistischen Linken, nicht hätte teilnehmen dürfen. Solidarisch verzichteten die übrigen auf die Begegnung. Diesmal allein angesprochen, akzeptierte Aylwin die Einladung.

Die Rechte sieht nur geringe Chancen, den nächsten Präsidenten stellen zu können; längerfristig gesehen könnte sich aber eine gewisse Flexibilität jetzt zu einem späteren Zeitpunkt auszahlen; gelingt es ihr nämlich, bürgerliche Reformansprüche zumindest teilweise zu befriedigen, so braucht sie nicht zu fürchten, daß Unnachgiebigkeit den oppositionellen Druck so stärkt, daß er das ganze Gebäude zum Einsturz bringt. Die Spielregeln für ein Plebiszit über eine Verfassungsreform, das im Juni stattfinden könnte, setzt die Regierung. In ihrem Interesse liegt,

daß nur über ein Reformprojekt abgestimmt wird, keine Konfrontation zwischen Regierungs- und Oppositionsprojekt. Gelingt es ihr, die Opposition (oder einen Teil von ihr) in ein gemeinsames Reformprojekt einzubinden und so das Plebiszit zu gewinnen, müßte sich das für sie auszahlen: Die psychologischen Folgen der Oktoberniederlage sind gemildert, die Konfrontation des Regierers gegen Oppositionsblock, bei der sie erwiesenermaßen nur verlieren kann, ist aufgebrochen; der Opposition ist Stoff zum Hadern für einige Zeit gegeben – denn selbstverständlich wird der Köder exakt so bemessen sein, daß die bürgerlichen Parteien nicht werden "Nein" sagen wollen und die Linken, die mit Recht den Bruch der Verfassung forderten, nicht zufrieden sein können, aber die Einheit der Opposition nicht werden opfern wollen. Vielleicht ist das zu pessimistisch gesehen, aber das macht verständlicher, warum die oppositionellen Parteien keineswegs laut triumphierten, als Pinochet am 11.3., einer ihrer Hauptforderung nachkommend, eine Verfassungsreform in Erwägung zog.

Schon sind Stimmen zu hören, fast wichtiger als eine Verfassungsreform sei jetzt eine Änderung des Wahlgesetzes in der vorgesehenen Form. Das, in der Tat, ist ein anderer harter Knochen für die Parteien, und zwar für alle, von links bis rechts.

Parlamentswahlen

Wenn das frühere Verhältniswahlrecht durch ein Mehrheitswahlrecht abgelöst wird, geht das natürlich auf Kosten der kleinen Parteien, letztendlich zugunsten zweier großer Parteien, so das Kalkül, und damit der "Mitte". Ob Wahlbündnisse erlaubt sein werden und in welcher Form, steht noch dahin; Pinochet will sie nicht, aber auch für die rechten Parteien sind sie überlebenswichtig. Die Entscheidung durch die Vierer-Junta, schon mehrfach verzögert, wurde eben noch einmal um eine Woche verschoben. Ein kleines Zahlenbeispiel illustriert am besten die politische Brisanz des Systems für die Opposition: Bei 60 Wahlkreisen mit je zwei Abgeordneten, aber rund 15 oppositionellen Parteien – wer kann wo kandidieren? Wenn es Wahlbündnisse gibt, wieviel Kandidaten darf eine Partei stellen, um mit den gesamten Stimmen der Opposition zu reüssieren? Wenn sie nicht zulässig sind: Wo verzichten Parteien auf einen eigenen Kandidaten, um den andern eine Chance zu lassen? Die Regierung ist dabei, die Wahlkreise (auf Grund der Plebiszit-Ergebnisse) so zu manipulieren, daß die rechten Parteien ihre Chancen verbessern. (Beim Plebiszit differierten die Ergebnisse oft verblüffend von Wahlkreis zu Wahlkreis, abhängig zum Teil von der Person der Bürgermeister oder der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung), so daß sich durch eine "intelligente" Umstrukturierung von Wahlkreisen die Chancen lenken lassen (gerrymander nannten das die Briten, als

ihre herrschende Klasse solche Tricks praktizierte). Der schwierige Kuhhandel um Kandidaturen läßt sich natürlich erst durchführen, wenn Wahlgesetz und Wahlkreise definitiv feststehen. Nur wenn die Christdemokraten bei der Kandidatenaufstellung zu hoch als sowieso stärkste Kraft pokern, kann Aylwin als Präsidentschaftskandidat noch ins Stolpern kommen. Und dieses noch nicht gegebene Placet zu seiner Kandidatur ist so ziemlich das einzige Faustpfand, über das der Rest der Opposition im Hinblick auf die Wahlen verfügt.



Büchi, der Mann der Rechten

Probleme der Rechten - "Büchi es el hombre"

"Büchi ist der Mann" lasen Chilenen bei der Übertragung eines Fußballspiels im Fernsehen – die Botschaft kam von den Banden eines Stadions in Paraguay. "Büchi es el hambre" (Büchi bedeutet Hunger) variierte die Opposition den Slogan im Hinblick auf die Politik des bisherigen Finanzministers. Zu jenem Zeitpunkt hatte er sich öffentlich zu seiner Kandidatur noch gar nicht geäußert, noch studierte er die Meinungsumfragen, um seine Chancen abzuschätzen. Sein Rücktritt vom Ministeramt vor wenigen Tagen signalisiert, daß er die Kandidatur ernsthaft anstrebt.

Politisch gesehen ist Büchi ein Mann der neoliberalen UDI, aber die Kampagne für seine Kandidatur lief bislang nicht über die Parteien, sondern über ein "unabhängiges" Komitee, das 140.000 Unterschriften für ihn sammelte und von finanzkräftigen Unternehmern getragen wird.

Mit Büchis Bereitschaft zur Kandidatur dürften die Chancen der übrigen rechten Bewerber hinfällig sein: der Faschist Pablo Rodriguez, der sich auf die rechtsextreme Avanzada Nacional stützte und als einziger Kandidat seine bedingungslose Loyalität zu Pinochet bewahrte, stand ohnehin isoliert; Sergio Diez gewann politisch kein Terrain; der Unternehmer Errázuriz brachte sich ähnlich wie Büchi mit modernen Methoden der Produktwerbung seit Februar ins Spiel, ohne erklärte Unterstützung durch eine Partei.

Büchi dürfte der Mann der Rechten werden, sobald er die Unterstützung der RN erhält. Die hängt an drei Voraussetzungen: er muß eine gewisse Distanz zu Pinochet wahren, dessen - aus rechter Sicht - erfolgreicher Finanzminister er in den letzten Jahren war; er muß nachweisen, daß er nicht nur ein exzellenter Technokrat ist, sondern auch politische Statur hat; und RN wird auf gewissen sozialen Retuschen an der bisherigen Politik bestehen. Denn in der rücksichtslosen Vernachlässigung sozialer Probleme sah RN die Gründe für die Niederlage beim Plebiszit. Daß Pinochet selbst noch eine aktive Rolle als Kandidat (wozu eine Verfassungsänderung nötig wäre) oder bei der Bestimmung des Kandidaten spielen wird, ist eher unwahrscheinlich; das schließt nicht aus, daß diese Spekulation immer noch einmal auftauchen mag. Die Rechte hat, teilweise unter Vorbehalt, ihm 88 seine Chance gelassen, und er hat verloren. Was immer er persönlich wünschen mag, das ist nicht mehr ihr Problem, und bereitwillig erklärt jeder rechte Politiker (bis auf Pablo Rodriguez), Pinochet solle sich auch, bitte schön, aus der Kandidaten-Kür heraushalten.

Ohnehin wird das die Crux der Rechten in dem anstehenden Wahlkampf sein: für die Fortführung des Modells zu werben und sich gleichzeitig von Pinochet zu distanzieren...

Nach einer Meinungsumfrage in Santiago vom Ende März würden auf Aylwin 55,6% entfallen, auf Büchi 39,2%. In keinem der beiden Lager würde ein anderer Kandidat mehr Zustimmung erfahren. Faktisch stehen die Kandidaten damit fest: Büchi gegen Aylwin.

PC - Kongreß im Untergrund

Seit Januar findet in Chile ein Kongreß der Kommunistischen Partei statt; der letzte wurde 1969, also vor 20 Jahren abgehalten. Die Diskussionen wurden zunächst auf lokaler Ebene geführt, werden auf regionaler fortgeführt und schließlich, wohl im Mai, auf nationaler Ebene abgeschlossen.

Vier Kommunisten, die zu diesem Kongreß im Untergrund auf einer Pressekonferenz aufgerufen hatten, wurden verhaftet und angeklagt, aber auf Kautionsfreigelassen. Obwohl das Regime die Kommunisten nach wie vor zum Hauptfeind erklärt, wurden Übergriffe des Geheimdienstes bislang nicht bekannt.

Das uns über den Kongreß vorliegende Material ist allerdings noch so spärlich, daß wir einen Bericht auf später verschieben.

Streikaufruf der CUT

Ein Signal für den Zustand der Massenbewegung wird der 18.4. sein, für den die Gewerkschaftszentrale CUT zu einem Nationalen Streik aufgerufen hat; entgegen manchen Erwartungen ist sie seit ihrer Gründung im August 88 nur wenig in Erscheinung getreten. Das allein mit der Verbannung ihrer Führer Bustos und Martínez zu erklären wäre wohl zu einfach. - Der Streikbeschluss wurde auf einer Versammlung von 900 Delegierten gefaßt, übrigens, wie die Gewerkschaftsführer betonten, als autonome gewerkschaftliche Entscheidung, ohne vorab die Unterstützung oder "Zustimmung" von Parteien zu suchen.

Im wesentlichen verlangt die CUT

- Ende der Verbannung für Bustos und Martínez,
- Schluß mit der Privatisierung staatlicher Betriebe,
- bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die »behütete« Demokratie

Pinochet kündigt Verfassungsänderung an

In einer Rundfunkansprache am 10.3. kündigte Pinochet eine Verfassungsänderung in 4 Punkten an, die noch vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen verabschiedet werden soll.

Demnach soll der umstrittene Artikel 8 der Verfassung von 1980, der eine politische Betätigung marxistischer Parteien verbietet, modifiziert, aber nicht gestrichen werden. Der Nationale Sicherheitsrat, der sich vornehmlich aus Militärs (Staatschef, Mitgliedern der Junta, Präsident des Obersten Gerichtshof und dem Präsidenten des Staatsrates) zusammensetzt, soll um ein ziviles Mitglied erweitert werden. Artikel 2, der dem Staatschef die Befugnis einräumt, das Parlament jederzeit auflösen und politisch Mißliebige ins Exil schicken zu können, soll wegfallen. Die Amtszeit des Staatspräsidenten soll von 8 auf 4 Jahre verkürzt werden.

Die Verfassung soll dann vor dem 14.6. (Abschlußdatum für die Einschreibung als Präsidentschaftskandidat oder als Kandidat für die Parlamentswahlen) als "ganzes Paket" per Plebiszit verabschiedet werden. Ein geschickter Schachzug Pinochets, um sein Modell der Macherhaltung auch in Zukunft abgesichert zu wissen.

Die Reaktion der "Konzertierung der 17 Parteien für die Demokratie" war unterschiedlich: Patricio Aylwin, Vorsitzender der Christdemokraten, zeigte sich zufrieden über die Vorschläge, während andere Parteien sie als völlig ungenügend ablehnten. Sie bestehen weiterhin auf der Abschaffung des Art.8 und nicht nur dessen Modifizierung, auf der Abschaffung der den Militärs zugeordneten Rolle als "Hüter der Verfassung" und Kontrolleur der Staatsorgane. Sie fordern darüber hinaus ein Parlament, das ausschließlich vom Volk gewählt wird und sich nicht aus designierten Senatoren zusammensetzt. Für die Einberufung des Senats gilt ein ex-offizio-Prinzip, d.h. 9 ehemalige Amtsinhaber aus verschiedenen Bereichen (ehemalige Verfassungsrichter, ehemalige Streit- und Sicherheitskräfte) werden in den Senat ernannt. Ausserdem gehören dem Senat auch alle noch lebenden Ex-Staatspräsidenten Chiles an, sprich General Pinochet höchstpersönlich. Kritik und Unmut herrscht auch darüber, daß Pinochet keinerlei Worte über seinen Rückzug aus der Politik verliert, sondern sich weiterhin in weißer Galauniform als der Mächtige im Lande zeigt.

Die Verfassung sieht ab 1989 eine Staatsform vor, die den Vorstellungen der Militärs von einer "geschützten" Demokratie entspricht. Geschützt werden soll die neue Demokratie vor allem vor der marxistischen Linken. Dem Staatspräsidenten werden breite Legislativbefugnisse eingeräumt, die auf Kosten der Gesetzgebungskompetenzen des Parlaments gehen. In puncto Parlamentswahlen kann die Diktatur noch mit einem As im Ärmel aufwarten: Sie kann die Aufteilung der Wahlbezirke bestimmen und so für eine ungünstige Ausgangslage der Oppositionsparteien sorgen, was sich nachteilig auf das Wahlergebnis auswirken kann. Mit anderen Worten, selbst wenn die Opposition noch so geschlossen auftritt, wird sie keine Zweidrittelmehrheit erreichen können, die zur Durchsetzung von Verfassungsänderungen unabdingbar ist.

Von demokratischen Voraussetzungen kann also kaum die Rede sein

Eine Demokratie verlangt nicht nur demokratische Wahlen, sondern auch die Einhaltung der individuellen und sozialen Menschenrechte und eine wahrhafte Gerichtsbarkeit. Das neoliberale Wirtschaftsmodell, das im Großen und Ganzen als Basismodell, abgesehen von vielleicht einigen Modifizierungen, auch in Zukunft von den Christdemokraten beibehalten wird, sichert einer kleinen privilegierten Gruppe wirtschaftliche und politische Macht und zwingt 40% der Bevölkerung unter das Existenzminimum und 70% in die Erwerbslosigkeit. Die Frage um die 442 Politischen Gefangenen (Stand v. 18.1.88) gestaltet sich wie folgt: Gemäß den in der Verfassung von 1980 verankerten Antiterrorismus- und Waffenkontrollgesetze 'müss(t)en' dann folgerichtig auch in Zukunft Politische Gefangene, die von ihrem legalen Widerstandsrecht Gebrauch gemacht und mit Waffengewalt gegen ein diktatorisches System ge-

kämpft haben, zu Höchststrafen verurteilt werden. Schon jetzt unterscheiden die Christdemokraten getreulich zwischen Wissensgefangenen und Gewaltgefangenen. Zusammengenommen zeigt dies deutlich den "Charakter" der bevorstehenden Demokratie auf. Ganz zu schweigen von der Forderung der Menschenrechtsorganisationen nach einer ausnahmslosen Bestrafung aller in Menschenrechtsverletzungen verwickelten Personen.

Dieser Themenkomplex sieht sich ebenfalls einem unsicheren und dunklen Schicksal gegenüber: Die einen plädieren für nationale Versöhnung und Vergessen (Kirche und bürgerliche Parteien), die anderen suchen die Hauptschuldigen fast ausschließlich bei den Geheimdiensten und vertrauen auf den Ehrenkodex der Streitkräfte, wonach die "wenigen" schwarzen Schafe aus den eigenen Reihen durch die Militärjustiz selbst zu richten seien (Luis Maira, Vorsitzender der PAIS). Wiederum andere schießen auf ein Generalamnestiegesetz, um den Konflikt so klein wie möglich zu halten. Menschenrechte werden verhandelt. Es wird über das Wie und Wen oder "Vielleicht gar nicht" der Ahndung von Menschenrechtsverletzungen diskutiert und geschachert.

Die sogenannte Demokratisierungsphase hat bisher nichts an der repressiven Situation geändert. Im Gegenteil, es werden weiterhin gewaltsame Razzien in den Armenvierteln durchgeführt und Oppositionelle ermordet.

Und weil dies so ist, ist die Internationale Solidarität weiterhin aufgerufen, den Kampf der Menschenrechtsorganisationen in Chile für Gerechtigkeit zu unterstützen.

Gerade jetzt in der Übergangsphase ist es wichtig, klar zum Ausdruck zu bringen, daß die Bestrafung ALLER Schuldigen an 15 Jahre Mord und Folter und die Freilassung ALLER Politischen Gefangenen ein ebenso essentieller Grundbaustein zu einer Demokratie ist, wie eine radikale Verfassungsänderung und Umgestaltung des vorherrschenden, ungerechten Wirtschaftssystems.

Es bleibt zu hoffen, daß in Chile eine bessere und wirkliche Vergangenheitsbewältigung stattfindet, als sie hierzulande stattgefunden hat.

Wenn jetzt die meisten Parteien der Dinge harren, die da so kommen, sollten wir die Arbeit der Familienangehörigen der Verhafteten-Verschwundenen, Exekutierten und Gefolterten mit dem folgenden Brief unterstützen (siehe Kasten).

Wir bitten Euch, den Solidaritätsbrief möglichst schnell (mit einem offiziellen Stempel) unterschrieben an uns zurückzuschicken:

Vereinigung für die Verschwundenen und Politischen
Gefangenen in Chile e.V.
Postfach 201314
2000 Hamburg 20

Die eingegangenen Unterschriften werden von uns gesammelt und im Mai nach Chile, an die Menschenrechtsorganisation CODEPU in Valparaiso, geschickt.

Nein zur Straflosigkeit von MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Liebe KollegInnen,

wir unterstützen den Pakt gegen die Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen und die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen in Chile, die sich für die vollständige Aufklärung und ausnahmslose Bestrafung von Menschenrechtsverletzungen einsetzen.

Wir sprechen uns gegen zukünftige Gesetzgebungen aus, die, gleich denen in Argentinien und Uruguay praktizierten Befehlsnotstands- und Schlußpunktgesetzen, Straffreiheit für die während der letzten 15 Jahre der Militärdiktatur begangenen Verbrechen garantieren.

No a la impunidad de las VIOLACIONES A LOS DERECHOS HUMANOS

Queridas compañeras y queridos compañeros,

nosotros/as apoyamos el pacto contra la impunidad de las violaciones a los derechos humanos y el trabajo de las organizaciones de derechos humanos, que luchan por el esclarecimiento absoluto y el castigo sin excepciones a todos los atropellos a los derechos humanos en Chile. Nos pronunciamos en contra de una posible legislación, que parecidas a las de las leyes del punto final y de la obediencia debida practicadas en Argentina y Uruguay, garantizará la impunidad a las atrocidades cometidas durante los últimos 15 años de dictadura militar.

Früchte der Diktatur

Am 12. März verhängte die US-Regierung einen Importstopp über chilenisches Obst weil in zwei(!) Weintrauben-Beeren minimale Spuren einer Zyankali-Verbindung gefunden wurden. Die Maßnahme zum Schutz der Verbraucher stürzte einen profitablen Wirtschaftszweig in eine tiefe Krise und lehrte Chiles Rechte, in ihr ungewohnten politischen Kategorien zu denken: Sie entdeckte den Yanqui-Imperialismus. Urheber und Motive der Sabotage-Aktion sind bislang unbekannt, aber selten dürfte, materiell gesehen, mit so geringen Mitteln so viel Wirkung erzielt worden sein. Die 200 Mill. Dollar Verlust für die chilenische Wirtschaft, von denen die Unternehmer sprechen, mögen propagandistisch überzogen sein, aber angesichts der zwei einzelnen Beeren als Auslöser der Krise spielen ein paar zig-Millionen mehr oder weniger kaum eine Rolle. (Zum Weintraubenelexport vgl. auch LN 169, S. 21-27)

Die vergifteten Trauben wurden im Hafen von Philadelphia am 12.3. an Bord eines Schiffes entdeckt, das Chile am 27.2. verlassen hatte. Am 2., 8. und 17. März hat die US-Botschaft in Santiago anonyme Anrufe erhalten, in denen die Sabotageaktion mitgeteilt bzw. kommentiert wurde. Nach ersten Darstellungen chilenischer Medien ist die Information so präzise gewesen, daß die Inspektoren der Food and Drug Administration (FDA) die Kiste mit den beiden vergifteten Beeren unter 200 000 Kisten der Ladung schnell fanden; trotz umfangreicher Kontrollen wurden keine weiteren vergifteten Früchte entdeckt.

Die inzwischen von der US-Botschaft veröffentlichten Gedächtnisprotokolle (2. und 17.3.) bzw. Tonbandniederschrift (8.3.) enthalten allerdings nicht die Spur eines solchen Hinweises. Der Anrufer erklärte, seine Gruppe habe mit Politik nichts zu tun, sie sei aber sehr gut organisiert und ausgebildet; Ziel der Aktion sei, über das Ausland Druck auf die chilenische Regierung auszuüben wegen der extremen Armut und des ständigen Anstiegs der UF. (Um Gläubiger gegen Inflationsverluste zu sichern, werden Kredite in UF vergeben, deren Wert an die Inflation gekoppelt ist; da die Lohn- bzw. Einkommensentwicklung der Inflation hinterhinkt, wächst die Schuldenlast und ist häufig nicht mehr bezahlbar; Klage über den Druck der UF-Schulden führt vor allem die Mittelschicht.)

Dem von der US-Regierung verhängten Importstopp über alle chilenischen Obstsorten schlossen sich Kanada und Japan an; parallel dazu liefen in den USA politische Boykott-Kampagnen gegen chilenisches Obst.

Der chilenische Obstexport ist im letzten Jahrzehnt ein wichtiger Devisenbringer geworden. Während Chiles Exporterlös früher zu 80 % vom Kupfer abhing, ist dessen Anteil - bei insgesamt gestiegenem Exportvolumen - inzwischen auf ca. 40% zurückgegangen. Die Obstausfuhren erbringen jährlich ca. 850 Millionen Dollar, der US-Markt allein ein gutes Drittel, knapp 300 Mill. Dollar. Auf dem US-Markt ist chilenisches Obst mit 80% aller importierten Früchte absolut marktbeherrschend.

In den Tagen zwischen den anonymen Anrufen an die Botschaft und der Verhängung des Einfuhrverbots unternahm die chilenische Regierung öffentlich gar nichts, warnte, selbstverständlich, auch nicht die eigene Bevölkerung vor evtl. gesundheitlichen Gefahren. Ab 13. März aber wurde sie hektisch aktiv, zwei Minister jetteten in die USA, einer, aus Platzmangel, sogar in der Pilotenkanzel, um in Verhandlungen mit der US-Regierung eine Aufhebung des Importstops gegen die Zusage verschärfter Kontrollen zu erwirken. In der Tat hoben die USA am 17.3. das Einfuhrverbot wieder auf, aber ob die durch TV-Spots gewarnte und durch die Medien informierten Konsumenten in alter Unschuld wieder chilenische Früchte genießen werden, ist noch offen - die Sabotageaktion und das Einfuhrverbot erfolgten auf dem Höhepunkt der Erntesaison, als etwa die Hälfte des Obstes geerntet war.

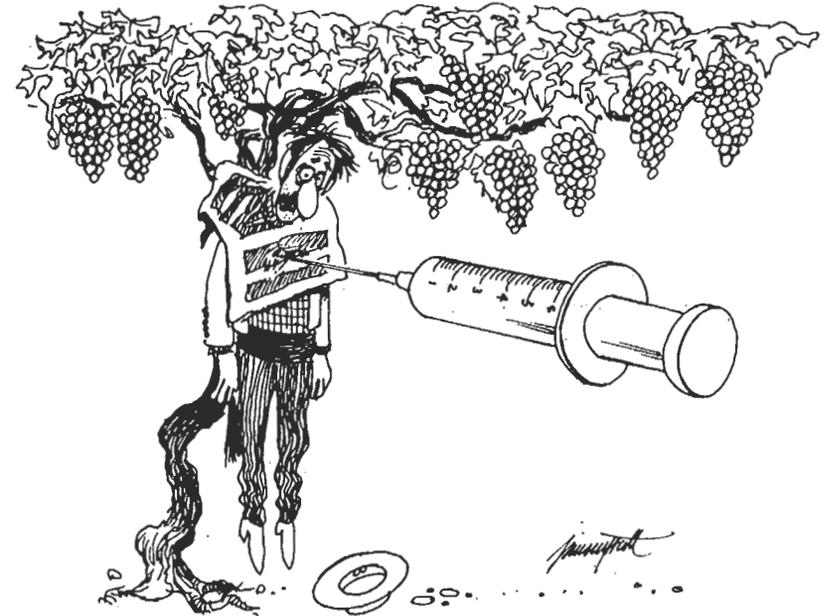
Auf die Frage nach den Urhebern des "terroristischen Anschlags" wußten chilenische Regierungssprecher natürlich die Antwort, ohne erst zu überlegen: die chilenischen Kommunisten; erst bei genauem Nachdenken dämmerte ihnen, daß diese rasche Antwort überhaupt nicht gut war; sinnvoller wäre es, um in Zukunft das Vertrauen ausländischer Konsumenten leichter wiederzugewinnen, die Urheber des Sabotageakts außerhalb Chiles zu suchen und damit "Chile" von der Verantwortung für die Qualität seiner Exportgüter zu entlasten. Entsprechend nahm die Kampagne in kürzester Zeit eine Anti-US-Wendung. Der Importstop für alle chilenische Obst wurde als völlig überzogen geißelt, zumal die nachgewiesene Giftmenge unterhalb jeder Gefährdungsgrenze liege. Also keine Rede von möglicher gesundheitlicher Gefährdung der Konsumenten, wohl aber von den Hundert-Millionen-Dollar-Verlusten...

Mit nationalistischem Pathos wurde von den regimetreuen Medien die "Aggression" des großen Bruders aus dem Norden verurteilt, und UDI, die neoliberale Rechtspartei par excellence, sprach sogar davon, den Schuldendienst einzustellen. Junta-Mitglied Admiral Merino, sonst für seinen hirnrisigen Antikommunismus berüchtigt, sprach plötzlich von Yanqui-Imperialismus und ließ, weil auch Japan einen Importstop verhängt hatte, als Repressalie 5 japanische Fischereischiffe bis zur Aufhebung des Stops festlegen.

In der Tat, und darauf weisen vor allem Oppositionspolitiker hin, machte das Ereignis die prekäre Abhängigkeit Chiles deutlich: die politische Isolierung des Pinochet-Regimes auf internationaler Ebene ließ die US-Regierung in einer Weise reagieren, die sie gegenüber einem demokratischer regierten Land wohl nicht angewendet hätte. Zum anderen wurde deutlich, daß das leicht verderbliche Exportgut frisches Obst eine problematische Lösung für ein Entwicklungsland ist.

Die Traubenproduzenten ihrerseits suchten Schadenbegrenzung nach zwei Seiten- allein in den ersten beiden Tagen nach dem Einfuhrstop entließen sie 20 000 Erntearbeiter, und in den folgenden Tagen ging die Zahl der Entlassenen auf die 100 000 zu; gleichzeitig verlangten sie, wie üblich in einer kapitalistischen Wirtschaft, eine Vergesellschaftung der Verluste d.h. Hilfe vom Staat. Die 7 Milliarden Pesos, die die Regierung eilends zusagte, sind bescheidene 30 Mill. Dollar - rund 250.000 Saisonarbeiter pflücken und verpacken für 3 Dollar täglich oder 6 Dollar beim 16-Stundentag das chilenische Obst, 10 000 kleine und mittlere Produzenten haben in das bisher lukrative Geschäft investiert, dessen Rahm freilich überwiegend internationale Fruchtextporture abschöpfen.

EN EL BLANCO



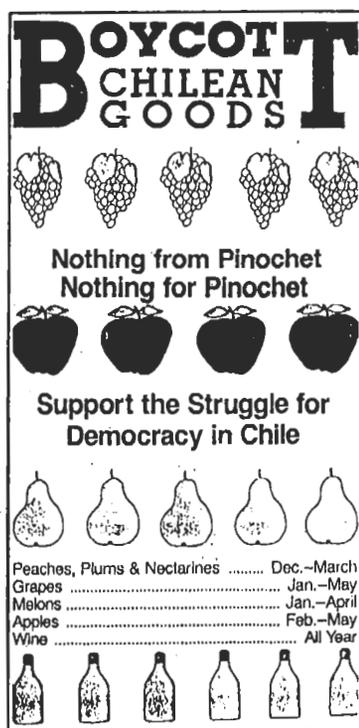
Der Karikaturist des regimetreuen Mercurio entdeckt den Saisonarbeiter als das wahre Opfer

natürlich auch die These die Runde, es handele sich um eine CIANKALI-Aktion. Der chilenische Unternehmer Ricardo Claro, vom Trauben-Desaster finanziell schwer getroffen, hat mehrfach erklärt, es handele sich um ein politisches Komplott der US-Regierung gegen die chilenische Regierung. Aber ebenso wird spekuliert, ob es einfach um wirtschaftliche Konkurrenz gehe. Wurde das Zyankali im Interesse südafrikanischer Obstproduzenten gespritzt, die Zugang zum US-Markt suchen? Stecken kalifornische Obstbauern dahinter, denen die chilenischen Trauben den Markt versauen? Denn was auf den ersten Blick sich harmonisch zu ergänzen scheint, der ununterbrochene Zufluß frischen Obstes je nach Saison mal von der Nord-, mal von der Südhalbkugel, ist dank moderner Kühltechniken und chemischer Präparate zum erbitterten Wettbewerb geworden. Schon vor der Sabotageaktion hatte die kalifornische Lobby durchgesetzt: Nach dem 20. April kommt für diese Saison keine chilenische Traube mehr auf den Markt.

Wären nicht die beiden verräterischen Einstiche auf den zwei indizierten Beeren gewesen, die auf Sabotage deuten, so wäre die ganze Katastrophe vielleicht auf einer ganz anderen Ebene diskutiert worden. Was eigentlich setzen die chilenischen Obstbauern und Exporteure an gesundheitsschädlicher Chemie ein, um ihr Produkt erst so richtig gesund aussehen zu lassen? Diese ökologische Diskussion beginnt auch in der oppositionellen Presse erst im Keim.

Glücklicherweise brauchen wir Westeuropäer, auch wir ja ein wichtiger Absatzmarkt für Chiles Obstanbau, uns über das ganze Problem keine beunruhigenden Gedanken zu machen. Vittorino Allocco, Vertreter der EG für den Cono Sur mit Sitz in Santiago, versichert der Zeitschrift HOY:

"Dieser für Chile kritischen Situation sind wir sehr verantwortungsvoll begegnet. Wir haben vermieden, daß die Öffentlichkeit beunruhigt werden könnte, und wir haben sogar Informationen zurückgehalten, die alarmierend wirken könnten. Ich glaube, was auf dem nordamerikanischen Markt geschehen ist, hat keinerlei Auswirkung auf den europäischen Verbraucher," (HOY 610, S. 39)
GUTEN APPETIT! Quellen: analisis, hoy, mercurio internacional



BRASILIEN

Kongreß der Kautschukzapfer

Zweifelsohne - seit dem Mord an Chico Mendes überstürzen sich die Berichte aus/über Amazonien. Das Treffen der Indios Anfang März in Altamira war - Sting sei Dank - ein riesiger Medienrummel. Etwas unbemerkt - von der deutschen Presse waren allein die Lateinamerika Nachrichten vertreten - haben sich vom 26 - 31 März in Rio Branco, der Hauptstadt des Bundesstaats Acre, Kautschukzapfer und Indios getroffen, um das erste Treffen der "Völker des Waldes" und den zweiten Nationalen Kongreß der Kautschukzapfer durchzuführen. Es war anders als Altamira ein interner Kongreß, geprägt durch das Bemühen, die Organisation der Kautschukzapfer nach dem Tod von Chico Mendes neu zu strukturieren und das Bündnis zwischen Kautschukzapfern und Indios zu organisieren. (Zur Bewegung der Kautschukzapfer vgl. LN 178)

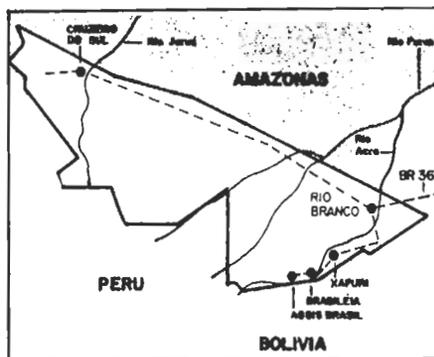
Rio Branco liegt 170km vor Xapuri entfernt, dem Ort, an dem Chico Mendes ermordet wurde. Die Erinnerung an Chico Mendes war auf dem Kongreß stets präsent. Die Eröffnung gestaltete sich - bei Anwesenheit der Witwe - als eine bewegte Hommage an den Ermordeten, mitten auf dem Podium stand der leere Stuhl Chico Mendes. Die so junge Bewegung der Kautschukzapfer leidet offensichtlich stark darunter, ihren bisher bedeutendsten Führer vorzeitig verloren zu haben.

Auf dem Kongreß trafen sich 135 Delegierte aus fünf Bundesstaaten. Über die Hälfte der Delegierten stammte aus Acre, einem der kleinsten der vertretenen Staaten. Die Bewegung der Kautschukzapfer ist bisher, das läßt sich kaum leugnen, eher eine lokale denn eine nationale Bewegung. Acre war der Ausgangspunkt und ist der Schwerpunkt des organisierten Kampfes der Kautschukzapfer.

Es ist kaum vorstellbar, wie schwer eine nationale Organisation der seringueiros (bras. für Kautschukzapfer) zu bewerkstelligen ist. Die sechs Delegierten aus Amapá z.B. hatten eine Anreise von ca 3000km hinter sich. Aber selbst innerhalb einer Region bestehen kaum Verkehrsverbindungen, eine Reise zum Nachbarort kann Tage dauern. Es trafen sich also 135 Delegierte für einen kurzen Ausbruch aus einer extremen Isolation. Und so stand der Austausch unter den seringueiros, die Kommunikation über die soziale Situation in den verschiedenen Regionen im Mittelpunkt der ersten Tage des Kongresses. Was hier die Delegierten - insbesondere aus dem Bundesstaat Amazonas - erzählten, ergab alles andere als das Bild einer Waldidylle. In weiten Teilen Brasiliens arbeiten die Kautschukzapfer weiterhin in feudalen Abhängigkeitsverhältnissen. Sie sind gezwungen, ihr Gummi ausschließlich an einen

Pächter zu verkaufen, bzw. zu tauschen. Die Aubeutung ist dabei eine doppelte: Als Monopolist zahlt der Pächter für das Gummi einen Preis unter dem staatlich festgelegten Aufkaufpreis und verkauft seine Waren zu einem erheblich erhöhten Preis an die Kautschukzapfer. Gleichzeitig wird diesen verboten, Produkte für den eigenen Bedarf anzubauen. In vielen Fällen wird darüberhinaus eine Pacht einbehalten. Über dieses System sind viele seringueiros verschuldet und leben in absoluter Verelendung. In solche Regionen existiert keine soziale Infrastruktur (Schulen Gesundheitsversorgung), die seringueiros leben praktisch in Formen feudaler Abhängigkeit, deren Wurzeln bis in das vorkoloniale Portugal herabreichen.

In Acre hingegen ist die Situation teilweise anders. Dort gibt es eine bedeutende Anzahl "autonomer" seringueiros, die ein Gebiet (seringal) in eigener Verantwortung bewirtschaften. Diese autonomen seringueiros sind ein Produkt der Phasen der Gummikonjunktur: Nach dem letzten Gummiboom im zweiten Weltkrieg hatten viele "patrões" einfach das Gebiet verlassen, die Gummizapfer blieben sich selbst überlassen. Die bisherige Bewegung der seringueiros hat ihren Ausgang von diesen autonomen Gummizapfern genommen, deren Autonomie nun nicht mehr durch die Gummibarone, sondern durch neue Investoren bedroht wird. Das Vordringen von Agrarprojekten (im wesentlichen Viehzucht) und das Eindringen von Holzfällern bedrohen die Lebensgrundlage der autonomen seringueiros, die natürlich nicht über formelle Landtitel verfügen. In den letzten Jahren sind ca. 40 000 seringueiros von ihren Gebieten vertrieben worden und nach Bolivien geflüchtet.



ZAHLEN... ZAHLEN... Zahlen...

In Acre wohnen knapp 400 000 Menschen, davon ca. die Hälfte in der Hauptstadt Rio Branco. Die Fläche des Bundesstaats beträgt 152 585 km².

Nach Schätzungen der staatlichen Behörde für Agrarreform (INCRA) sind 5-7% der Waldgebiete in Acre vernichtet. Die Waldzerstörung konzentriert sich auf den Süden des Staates, wo sie bereits eine Höhe von 12% erreicht. Die Behörde schätzt, daß ca 90% der Abholungen illegal sind.

Die Forderungen des Kongresses

In einem Schlußdokument hat der Kongreß die wesentlichsten Forderungen der Kautschukzapfer zusammengefaßt:

- Einrichtung von "Sammelreserven" (reservas extrativistas)
- Anerkennung der Landrechte der seringueiros
- Aufhebung aller Pachtverhältnisse
- Staatlich garantierte Mindestpreise für Gummi, die ein Existenzminimum garantieren.
- Schluß mit allen militärischen Projekten im Amazonasgebiet.
- Zügige Legalisierung der "reservas indígenas", der ausschließlich den Indios vorbehaltenen Gebiete, deren Anerkennung seit Jahren durch die Regierung verschleppt wird.

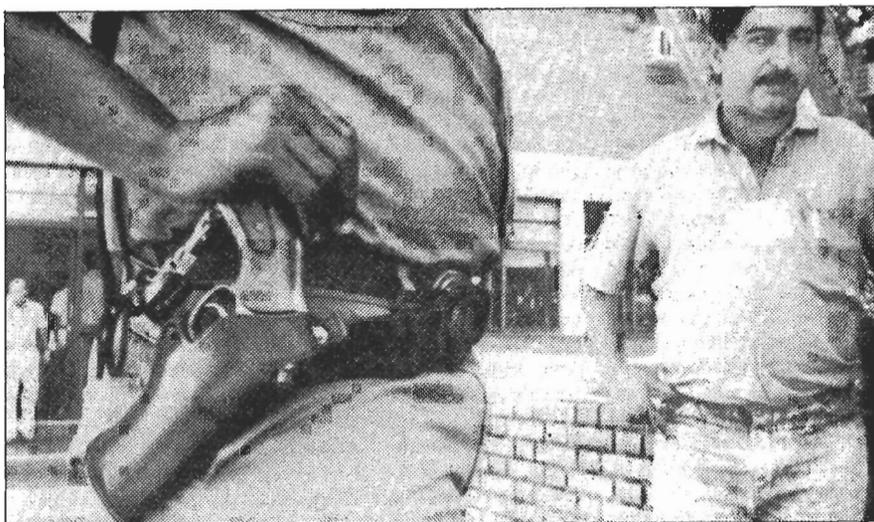
Die seringueiros verstehen ihre Forderungen als Teil einer umfassenden Politik für Amazonien, die eine Alternative zu den klassischen Entwicklungsmustern (traditionelle Landwirtschaft + Großprojekte) darstellen soll. Die entscheidende Forderung, die den Rahmen allgemeiner Proklamationen weit hinter sich läßt, ist die nach Schaffung von "reservas extrativistas", nach abgegrenzten Gebieten, die allein Sammeltätigkeiten vorbehalten bleiben. In Acre sind inzwischen die ersten drei Sammelreserven legalisiert worden, eine vierte steht kurz davor. In diesen Gebieten stehen jeder Familie 300ha Land zu Verfügung. Bis zu 30ha dürfen für Ackerbau und Viehzucht genutzt werden, der Rest ist ausschließlich für Sammeltätigkeit vorgesehen.

Acre - Gewalt und Straffreiheit

Mit dem Mord an Chico Mendes hatte die Gewalt in Acre einen Höhepunkt aber kein Ende. Am 6.4. wurde das Haus von Osmarino Amâncio in Brasileia beschossen. Osmarino ist Sekretär des Nationalrates der seringueiros. Auf ihn konzentrieren sich jetzt anscheinend die Bedrohungen. Er wird ständig von vier Militärpolizisten und einer Garde von seringueiros bewacht. Während des Kongresses war eine parlamentarische Untersuchungskommission in Acre. Sie stellte fest, daß in Acre eine staatliche Strafverfolgung praktisch nicht existiert. Die Justiz in der Landeshauptstadt Rio Branco würde nach Angaben des Sprechers der Kommission, Plinio Sampaio, 42 Jahre brauchen, um bei dem bisherigen Tempo alle anliegenden Fälle von Mord und Mordversuchen abzuurteilen - wenn kein einziger neuer Fall dazukäme. Außerhalb der Landeshauptstadt sehen die Zahlen noch ungünstiger aus.

Seit 1980 wurden fünf Gewerkschaftsführer in Acre getötet und eine Reihe von Attentaten verübt. Aber nur über den Fall Chico Mendes existieren bei der Justiz Unterlagen - offensichtlich aufgrund des enormen nationalen und internationalen Echos. Irgendeine Verurteilung gibt es bis heute nicht und selbst im Fall Chico Mendes ist ein entscheidender Hintermann des Attentats bis heute nicht verhaftet worden, obwohl er sich noch in Acre aufhält.

Die Markierung von Sammelreserven löst aber allein noch nicht alle Probleme. Auch die autonomen Gummizapfer leben unter prekären sozialen Bedingungen. Die Familien wohnen zerstreut im Wald, es gibt keine Schulen, keine Gesundheitsversorgung. In Acre haben jetzt die ersten Versuche mit mobilen Schulen begonnen, d.h. die Lehrer unterrichten wochenweise Kinder aus mehreren Familien ohne sie in zentralen Schulen zusammenzufassen. Die seringueiros sind auch dabei, eigene Unterrichtsmaterialien zu entwickeln, die an der Lebenswelt der seringueiros ansetzen.



Chico Mendes: Nutzlose Bewachung

Indios und Kautschukzapfer - eine schwierige Begegnung

Auf dem Kongreß waren die seringueiros nicht unter sich, ein großer Teil der Veranstaltungen wurde zusammen mit Indios (Vertretern der UNI - Uniao das Nacoes Indígenas) durchgeführt. Indios und seringueiros stehen traditionell in einem gespannten Verhältnis zueinander. Seringueiros sind in der Vergangenheit immer wieder in Gebiete der Indios eingedrungen und haben im Streit im Land Indios umgebracht. Selbst wenn die Begegnungen nicht blutig verliefen, so war das Verhältnis von Indios und seringueiros doch von großem Mißtrauen und Fremdheit geprägt. Diese Situation läßt sich nicht durch die Proklamationen von Bündnissen beseitigen, aber die persönliche Begegnung auf dem Kongreß und die in vielen symbolischen Formen bei der feierlichen Eröffnung beschworene Vereinigung von seringueiros und Indios ist zumindest ein Anfang. Ein wichtiger Anfang - weil hier ein soziales Bündnis der Bewohner Amazoniens heranwächst, das seine eigenen Interessen mobilisiert, um den Wald zu erhalten. Dieses Bündnis macht eins deut-

lich - und darin liegt die immanente Bedeutung des Kongresses: Der Kampf um die "Rettung" Amazoniens kann kein Kampf um Naturschutzprojekte sein, die in Europa, den USA oder Brasilia ausgeheckt werden. Soll das Amazonasgebiet als Natur- und Lebensraum erhalten werden, so müssen alle Strategien von den Bewohnern selbst ausgehen. Es ist ein sozialer Kampf der Menschen, die im und vom Wald leben - gegen alle Strategien, die den Wald von außen (weg-) "entwickeln" wollen.

Dieser aufkeimenden sozialen Bewegung in Amazonien ist die von der brasilianischen Regierung angezettelte Kampagne gegen die "Internationalisierung" Amazoniens fremd. Seringueiros und Indios ist es ziemlich egal, ob sie von brasilianischen oder italienischen Viehzüchtern vertrieben werden, ob der Holzhändler aus Japan oder Deutschland kommt. Entscheidend ist, daß eine fremde Staats- und Entwicklungslogik in die Organisation ihrer Lebenswelt eindringt und sie vernichtet.

Deshalb hat Raimundo Barros - der wiedergewählte Schatzmeister des Nationalrates der seringueiros - auch den Plänen der Regierung, durch den Ausbau einer Waldpolizei der Vernichtung des Waldes Einhalt zu gebieten, eine deutliche Absage erteilt: "Die Polizei des Waldes - das sind wir, die Bewohner des Waldes, Indios und seringueiros!"

Regierung verkündet »Nossa Natureza«

Am 6.4. hat die brasilianische Regierung das lange angekündigte Naturschutzprogramm "Nossa Natureza" offiziell präsentiert. "Es klang wie eine Kriegserklärung", kommentierte ein Zuhörer. Kein Wunder, war doch die Koordinierung des Programms einem Militär übertragen (General Rubens Denys) und die Rede Sarneys mehr auf die aktuelle politische Konjunktur bezogen als auf Sachprobleme. Die Regierung Sarney will mit dem Programm den internationalen Beschuldigungen entgegentreten, sie behauptet, Angeklagter ohne Verbrechen geworden zu sein. Und so wartete Sarney erst einmal mit neuen Zahlen auf: Nur 5,1% des Gebietes von Amazonien (d.h. des Gebietes "Amazônia Legal") seien bisher entwaldet. Die Weltbank war in ihrem Bericht von 1987 von einer Fläche von 12% ausgegangen. Mit den neuen Zahlen (die auf einer Studie des Inpe, Instituto de Pesquisas Espaciais, beruhen) konnte Sarney Wasser auf die Mühlen seiner nationalistischen Kampagne leiten: Die Umweltschützer sind nur Teil einer internationalen Verschwörung gegen die nationale Souveränität und Entwicklung Brasiliens. Unter lautem Beifall verkündete er: "Das Land ist Opfer einer ungerechten, infamen, grausamen und abstoßenden Kampagne. Sie empfehlen uns, Sklaven zu sein."

Die Regierung empfiehlt in ihrem Programm durchaus einige beachtenswerte Schritte, unter anderem die Schaffung eines Fonds für Umweltschutz, die Einrichtung von Waldschutzgebieten und die

Abschaffung von steuerlichen Anreizen für Rinderfarmen. Ob das Programm mehr ist als eine demagogische Hülse oder eine Strategie zur Konsolidierung der staatlichen Kontrolle muß abgewartet werden. Staatliche Programme – auf höchster Ebene verkündet – tendieren aus einem ganz einfachen Grunde dazu, folgenlos zu bleiben: Schon heute sind die meisten Aktivitäten, die zur Abholzung führen, illegal, und eine effektive Kontrolle der illegalen Abholzungen ist nicht in Sicht. Der Anreiz, den Wald niederzubrennen ist auch ohne steuerliche Vergünstigungen groß genug. Ein Landbesitz im Amazonasgebiet ist auf dem Immobilienmarkt ohne Wald ca. fünfmal soviel wert wie mit Wald. In Brasilien geht jetzt die Regenzeit zu Ende – und damit beginnt die Zeit der Brände. Man wird sehen...

Krieg der Zahlen

Der "Krieg der Zahlen" bezieht sich noch immer auf das Jahr 1987, weil die Zahlen von 1988 noch nicht vorliegen. Das Inpe gehörte ursprünglich zu den Verkündern der hohen Zahlen, d.h. es hatte behauptet, 1987 seien 200 000 km² verbannt worden. Dies beruhte anscheinend auf einer Fehlinterpretation der Satellitenbilder. Philip Fearnside, einer der profiliertesten Amazonasforscher und Kritiker der Regierung, hat für 1987 ein Zerstörung von 30 000 km² ausgerechnet und nimmt eine Gesamtvernichtung von 8% des Waldes an. Das Ausmaß der Zerstörung ist regional äußerst unterschiedlich. So sind in Rondônia bereits 15% des Waldgebiets zerstört, im Bundesstaat Amazonas, dem größten des Amazonasgebietes, aber höchstens 2% (Regierung: 0,8% Fearnside: 1,8%).

Die Regierungszahl von 5,1% für die Gesamtvernichtung ist sicherlich zu niedrig, und Kritiker haben bereits erkannt, durch welche einfache Manipulation die Regierung die Zahl geschönt hat: Die Prozentzahl bezieht sich auf die Gesamtfläche von "Amazônia Legal", ein Gebiet, das aber nicht nur aus Wald besteht. Rechnet man die Zahlen auf das Waldgebiet um, so erreichen auch die Regierungsangaben die Marke von 8%. Erschreckender als die absoluten Zahlen ist in jedem Fall das Wachstum der Zerstörung. 1977 waren lediglich 0,56% der Waldfläche Amazoniens vernichtet.

Thomas W. Fathauer

SOLIDARITÄT

Rot-Grün in Berlin, und wo bleibt der Rest der Welt

In West-Berlin, Kongreßstadt für den IWF und als "Zentrum des Nord - Süd - Dialog" vollgestopft mit Institutionen der offiziellen "Entwicklungshilfe" proben SPD und Alternative Liste die reformhoffnungsvolle rot-grüne Koalition. Was kommt dabei 'rum für die "Dritte Welt"? Ändert sich was, am politischen Rahmen für die Arbeit der vielen Soligruppen in der Stadt? Was ist in diesem Bereich überhaupt möglich auf regionaler Regierungsebene? Über die Koalitionsverhandlungen und die Perspektiven eines "rot-grünen-Internationalismus" sprach die LN mit Sabine Nitz-Spatz und Frieder-Otto Wolf von der AL-Berlin.

LN: In den letzten Monaten des CDU/FDP-Senats brachte "die Dritte Welt" zweimal Berlin in Bewegung! Einmal bei den Protesten an den Unis, die ja – das sollte nicht vergessen werden – am Lateinamerika-Institut der FU ihren Ursprung nahmen; und natürlich mit der großen Kampagne gegen den IWF-Kongreß im letzten Jahr. Ist denn die "Dritte Welt" nun auch bei den rot-grünen Koalitionsverhandlungen Thema gewesen?

Frieder: Ja, wir haben da unsere Forderungen (siehe Dokumentation in der LN) eingebracht bei den Verhandlungen zur Berlin-, Deutschland- und Friedenspolitik, während die SPD dieses Thema eher als Wurmfortsatz der Wirtschaftspolitik versteht. Das hängt natürlich zusammen mit der langen Tradition, die der Internationalismus in der AL hat; und zweitens sicher auch mit der Neubelebung des Themas durch die Anti-IWF-Kampagne.

LN: Mit welchen Vorstellungen, welchem Ansatz seid ihr in die Verhandlungen gegangen?

Frieder: Wir sind mit der Frage herangegangen: Was kann Politik eines West-Berliner Koalitionssenats im Rahmen der bestehenden Strukturen und Kompetenzen sein? Wir haben uns nicht gefragt: Wie kann eine Strategie emanzipatorischer Bewegungen in den Metropolen zur Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der "Dritten Welt" aussehen? Da wären wir sicherlich zu anderen Ergebnissen gekommen.

*Sabine Nitz-Spatz war Mitglied der letzten AL-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Frieder O. Wolf ist Abgeordneter im Europäischen Parlament. Beide arbeiten im Internationalismusbereich der AL.

Dokumentation I

Forderungen an einen rot-grünen Internationalismus Erster Entwurf der AL

Der Senat strebt eine enge und gleichberechtigte Zusammenarbeit sowohl mit in Berlin arbeitenden, unabhängigen Gruppen, Initiativen, Institutionen und Komitees als auch mit den in Berlin ansässigen Organisationen, Parteien, Gewerkschaften und Initiativen aus den Ländern der sogenannten Dritten Welt an, die fortschrittliche, demokratische und sozialemanzipative Ziele vertreten.

1. Der Senat richtet eine Städtepartnerschaft zwischen Managua und West-Berlin zum 10. Jahrestag der Revolution am 19. Juli 1989, verbunden mit einer vom Senat unterstützten Nicaragua-Woche, ein.
2. Er setzt sich für die Aufnahme der 15 vom Tode bedrohten Chilenen ein (die Todesurteile in erster Instanz sind zwar in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt worden, jedoch ist dies keine Garantie, daß sie nicht getötet werden; vielmehr erfordert der scheinbare Demokratisierungsprozeß nach dem Plebiszit erhöhte Aufmerksamkeit und Solidarität gegenüber politischen Gefangenen).
3. Er wirkt auf die AMK ein, daß Südafrika nicht mehr an der ITB teilnimmt und unterstützt den Boykott von Produkten aus Südafrika.
4. Er wird die bisherige Einladepaxis von Vertretern aus der sogenannten Dritten Welt und anderen Staaten dahingehend revidieren, daß Mörder im weißen Jackett, wie Botha und Evren nicht mehr eingeladen werden; stattdessen wird der Senat die Folteropfer solcher Regime, die Angehörigen von Verhaftet-Verschwindenen und VertreterInnen der Oppositionsbewegung aus Ländern wie Chile, Kolumbien, Südafrika, El Salvador offiziell empfangen und ihnen Unterstützung zusichern.
5. Zuwendungen im Rahmen der Berlinförderung für exportorientierte Produktion sowie die Vermittlung von Wirtschaftsbeziehungen (Kongreßstadt Berlin) zu Ländern der sogenannten Dritten Welt müssen nach ökologischen, demokratischen und sozialen Kriterien ausgerichtet sein.
6. Der Senat setzt sich bei der Bundesregierung dafür ein, daß dem Kreditantrag der brasilianischen Regierung (2. Energiesektorkredit) an die Weltbank die Zustimmung verweigert wird, da dies ein Kredit für die Regenwaldvernichtung und für den Ausverkauf der Lebensgrundlagen der Bewohner Amazoniens, Indianer, Kautschukzapfer und Kleinbauern, ist; stattdessen wird er für die Vergabe anderer Mittel eintreten, mit dem Energie einsparende und konservierende Maßnahmen sowie dezentrale und

- alternative Energieversorgungsmodelle finanziert werden; weiter wird der Senat es nicht mehr zulassen, daß in öffentlichen Gebäuden Tropenhölzer verbaut oder als Möbel angeschafft werden.
7. Der Senat unterstützt eine Gesetzesinitiative zur Auslandsverschuldung, nach der Banken nur noch dann Wertberichtigungen steuermindernd abschreiben können, wenn sie gleichzeitig einen Forderungsverzicht von mindestens gleicher Höhe vornehmen.
 8. Der Senat wird bei der Bundesregierung auf die Anerkennung des plästinensischen Staates drängen und lädt eine offizielle Delegation der PLO ein.
 9. Er wird sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, daß an El Salvador keine Entwicklungshilfe ausgezahlt wird, da die Regierung gegenüber oppositionellen Kräften keinerlei demokratische Zugeständnisse macht, sondern stattdessen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt.
 10. Er richtet eine Arbeitsgruppe, insbesondere mit VertreterInnen aus Dritte-Welt-Gruppen, Komitees, Gewerkschaften u.a., ein, die eine inhaltliche Umorientierung der bisherigen Senatspolitik im Bereich Internationales mit dem Ziel herbeiführt, die emanzipatorischen Bewegungen der Völker zu unterstützen, die um ihre Befreiung kämpfen; in dem Zusammenhang wird auch geprüft, welche Rolle das Haus der Weltkulturen bei einer solchermaßen veränderten Politik einnehmen kann.
 11. Analog dem Kulturtopf erfolgt die Einrichtung eines Internationalismusfonds für Projektförderung und Öffentlichkeitsarbeit von unabhängigen Gruppen und Initiativen.
(In Berlin befinden sich eine Reihe von staatlichen und halbstaatlichen Institutionen, die sich mit der Konzeption, Planung und Durchführung von Entwicklungshilfe befassen. Stellvertretend seien hier nur der DED, die DSE, das DIE und das DIW genannt. Berlin ist somit eines der Zentren westdeutscher Entwicklungspolitik. Von hier gehen also wesentliche Impulse für größtenteils gescheiterte Entwicklungshilfepolitik aus. Im Haushalt des Senats sind Zuschüsse für diese Institutionen und für die Aus- und Weiterbildung von Führungskräften, was nichts anderes als Eliteförderung bedeutet, ausgewiesen. Die unabhängigen Gruppen und Initiativen erhalten - wenn überhaupt - nur minimale Förderung aus öffentlichen Mitteln. Da aber gerade sie die potentiellen Träger einer an den wirklichen Bedürfnissen der Frauen und Männer in den Ländern der sogenannten Dritten Welt orientierten Politik sind, müssen ihnen die notwendigen finanziellen und infrastrukturellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.)

LN: Die erste Fassung Eurer "Forderungen" um einen rot-grünen-Internationalismus ist ja dann in der Endfassung der Koalitionsvereinbarungen erheblich geschrumpft (siehe Dokumentation).

Sabine: Bei ganz vielen Sachen kam der Riegel "Bundeskompetenz". Die sind so alle rausgeflogen. Und andere Sachen wollte die SPD auf keinen Fall übernehmen, zum Beispiel die Städtepartnerschaft Berlin Managua.

Frieder: Gegen diese Städtepartnerschaft haben sie zum Teil richtig links-radikale Argumente gebracht. Am Ende war das wirksamste Instrument die Mengenvorgabe, daß das ganze im Koalitionspapier auf maximal eine halbe Seite gebracht werden müsse.

LN: Rausgeflogen aus den Vereinbarungen sind auch die "Mörder im weißen Jacket", die Ihr "nicht mehr eingeladen" haben wollten.

Sabine: Die Einladepaxis des Senats war für uns in den letzten Jahren immer ein großes Ärgernis. Soweit der Berliner Senat einlädt, soll sich das verändern. Wenn aber Bonn einlädt- und das ist ja leider meistens der Fall- kommen die sicher auch nach Berlin, da wird es wohl keine Änderungen geben können.

Frieder: Aber der Berliner Senat wird dem nicht noch einen drauf-satteln wie bislang so oft, so viel ist schon klar.

Sabine: Durch die Koalitionsvereinbarungen wird aber möglich, daß man ganz andere "Repräsentanten" offiziell einlädt, Apartheid-Gegner, Verfolgte, Oppositionelle zum Beispiel. Das fördert auch Ihre internationale "Anerkennung". Und das ist ein bedeutender symbolischer Wert.

Frieder: Und in der Diplomatie ist Symbolik reale Politik.

LN: Berlin als "Zentrum des Nord - Süd - Dialogs", wie es in den Vereinbarungen steht, ist ja unter eben diesem Schlagwort schon früher von den alten SPD- und der CDU/FDP-Regierung ausgebaut worden, bis dahin, den IWF-Kongreß in West-Berlin stattfinden zu lassen. Setzt rot-grün jetzt diese Entwicklung einfach fort?

Frieder: Zum großen Teil aus Berlin-politischen Gründen sind eine ganze Reihe von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit nach Berlin geholt worden, der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), die Deutsche Stiftung für Entwicklung (DSE) etc etc. Wir stellen uns vor- und soweit teilt die SPD dies- daß es im Interesse Berlins ist, diesen Bereich noch einmal zu koordinieren über eine "zentrale Informations- und Koordinierungsstelle". Da sollen dann Vertreter aus der "Dritten Welt" und der sozial-emanzipatorischen Befreiungsbewegung aktiv einbezogen werden. Wenn uns dies gelingt können damit auch andere Inhalte hereingebracht werden, Probleme aufgedeckt und Konflikte offengelegt werden; und es wird wahrscheinlich gelingen an einzelnen Stellen Korrekturen anzubringen, davon gehe ich aus. Daß sich dadurch die Funktionsweise der Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich verändert, ist nicht die Erwartung.

LN: Also geht es nur darum bestimmte Akzente zu setzen?

Sabine: Da sehe ich mehr als eine Akzentverschiebung. Denn da ist auch zu sehen, daß in diesen Institutionen sehr viele enttäuschte Sozialdemokraten- und auch alternative Leute- sitzen, die über die Politik, die sie in den letzten Jahren machen mußten, alles andere als glücklich sind. Und von da kommt auch ein großes Interesse an diesem Diskussionsprozeß.

LN: Und wie sieht's aus mit den vielen Soli-Gruppen und Institutionen, die es in Berlin gibt? Werden die mit einbezogen oder vergessen?

Frieder: Unmittelbar durchgekommen ist von unseren Forderungen die nach einem Fonds, der Projekte unabhängiger Gruppen fördern und finanzieren soll. Den gibt es im Prinzip bereits, aber er ist winzig, bisher waren es circa 60.000 DM im Jahr. Unsere Forderung war es nun, den auf 10% dessen aufzustocken, was Berlin für die offiziellen Institutionen in diesem Bereich aufwendet. Das sind 9 Millionen, das wären dann 900.000 DM für den Internationalismus-Fonds. Wieviel dabei letztlich herauskommt, hängt von den Haushaltsverhandlungen ab.

LN: Haben sich denn Gruppen aus der Soli-Szene während der Verhandlungen mit Forderungen an Euch gewandt, wie das zum Beispiel im Bereich Frauen recht häufig gelaufen ist?

Sabine: Nein, so gut wie nicht. Wir sind da ziemlich alleinegeblieben worden. Die ganzen Koalitionsverhandlungen haben sich aber auch innerhalb von nur 2-3 Wochen abgespielt, so daß es nicht möglich war, große Absprachen nach außen stattfinden zu lassen.

LN: Berlin ist auch vielfältig in die Weltwirtschaft eingebunden, wir denken da nur an die große Tabak-, Tee- und Kaffeeverarbeitende Industrie hier! Ist das denn zum Thema gemacht worden bei Rot/Grün?

Frieder: In der ersten Runde haben wir darüber diskutiert; das scheiterte aber daran, daß die SPD nicht bereit war, sich über diesen Punkt mehr als nur deklamatorisch äußern zu wollen. Das müssen wir sehen, ein Umbau der Wirtschaft findet nicht statt, dafür haben wir keine Mehrheit in der Gesellschaft. Im Grunde nicht einmal einen "Einstieg in einen Umbau", das wäre in die Tasche gelogen.

Sabine: Obwohl wir uns über einige Formulierungen, die die SPD übernommen hat, gestaunt haben. So, daß der Senat auf den Messe-Veranstalter AMK einwirkt, um eine Teilnahme Südafrikas an der jährlichen Internationalen Tourismus-Börse (ITB) zu verhindern.

Und noch weiter, sich aktiv für den Boykott aller Produkte des südafrikanischen Apartheidregimes einsetzt.

LN: Was bleibt denn für Euch unter dem Strich als Fazit?

Sabine: Die Koalitionsvereinbarungen sind erstmal eine Basis. Es muß unser Interesse sein, eigene Konzepte zu entwickeln und vorzulegen und ständig nachzuhaken. Da bestehen dann auch Chancen für Veränderung. Und die besondere Situation Berlins mit seinen vielen aktiven "Dritte-Welt"-Gruppen bietet eigentlich die beste Voraussetzung, Sachen durchzusetzen. Viel hängt am Ende davon ab, inwieweit die entsprechenden Bewegungen dabei mitarbeiten.

Zoé Hermann, Bert Hoffmann

Dokumentation II

Aus den Koalitionsvereinbarungen von SPD und AL

Berlin ist ein Zentrum des Nord-Süd-Dialogs, das es insbesondere in den Bereichen der Weiterbildung und der Entwicklung angepasster Technologien auszubauen gilt. In der Stadt leben viele Menschen aus den Ländern der Dritten Welt. Der Senat wird sie aktiv in seine Politik auf diesem Gebiet einbeziehen.

Der Senat wird mit den Vertretern der sogenannten Dritten Welt zusammenarbeiten, die für fortschrittliche, demokratische und sozialemanzipatorische Ziele eintreten. Im Sinne dieser Zielvorstellungen wird sich der Senat für die Aufnahme der 15 vom Tode bedrohten Chilenen aussprechen.

Der Senat wird sich aktiv für den Boykott aller von der Stadt zu bestimmenden Beziehungen zum Apartheidsregime in Südafrika einsetzen.

Der Senat wird den Friedensprozess und den Wiederaufbau in Nicaragua unterstützen und in diesem Zusammenhang auch partnerschaftliche Beziehungen aufbauen.

Es wird eine zentrale Informations- und Koordinierungsstelle eingerichtet, die zugleich als Rahmen dieser Zusammenarbeit dient.

Der Fond zur Förderung von Projekten unabhängiger Gruppen in diesem Bereich wird erheblich verstärkt.

Daneben wird ein Forschungsprogramm zur Förderung der Zusammenarbeit Berlin-Dritte Welt eingerichtet, dessen Projekte an bestehenden Einrichtungen von Forschung und Lehre durchgeführt werden sollen.

ARGENTINIEN

Rückkehr zur »Doktrin der Nationalen Sicherheit«

Nachdem Präsident Alfonsín am 10. März durch ein Dekret versucht hat, die nach dem Angriff auf die Kaserne von La Tablada (LN 179/180) entstandene Debatte um ein "Anti-Terrorismusgesetz" zu beenden, sah es zunächst so aus, als ob er die Militärs in ihre verfassungsgemäßen Schranken zurückverweisen wollte. Mit Bekanntwerden des genauen Inhalts des Dekrets sowie des damit verbundenen Vorschlags für ein "Antiterrorismusgesetz" ist jedoch deutlich geworden, daß die "Doktrin der Nationalen Sicherheit" über die Hintertür wieder eingeführt werden soll.

Sechs Wochen lang ließ sich Alfonsín von den Militäroberbefehlshabern und seinen Ministern im "Nationalen Sicherheitsrat" (COSENA) beraten. Gleichzeitig arbeiteten Innenminister Nosiglia und Verteidigungsminister Jaunarena an unterschiedlichen Konzepten für ein Gesetz zur "Inneren Sicherheit".

Am 10. März präsentierte der Präsident dann mit seinem Dekret 327 einen Vorschlag zur Regelung der Maßnahmen angesichts der erneuten "subversiven Aggression", der zunächst überraschte. Die Militärs bekommen darin keinen uneingeschränkten Zugriff auf die Sicherheitsdienste, denn die sollen von einem neuen, durch das Dekret geschaffenen "Comité de Seguridad Interna" (CSI - Komitee zur Inneren Sicherheit) überwacht und beauftragt werden. Das neue CSI hat im Gegensatz zum COSENA, den es ersetzt, operative Aufgaben und unterscheidet sich auch in seiner Zusammensetzung. Sowohl Außenminister Dante Caputo als auch die drei Militäroberbefehlshaber nehmen nicht an diesem Komitee teil. Dennoch können sie natürlich immer zur Beratung herangezogen werden. Den Vorsitz in dem CSI führt der Präsident, der nur durch seinen Innenminister vertreten werden kann.

Doch die Zuständigkeit der Militärs fehlt nicht gänzlich: Artikel 6 des Dekrets regelt, unter welchen Umständen die Militärs eingreifen dürfen:

"b) Der Präsident der Nation gibt die Anweisungen für ein Eingreifen der Streitkräfte in solchen Fällen, in denen die Stärke oder Charakteristik der Taten oder die Ausrüstung der Aggressoren es notwendig machen, und er ernennt einen Operationschef.

c) Wenn Gewalttäter Einheiten oder Einrichtungen der Streitkräfte angreifen, dürfen diese unverzüglich auf die Aggression antworten.

e) Wenn es die Umstände verlangen, kann die Exekutive als Operationschef ein Mitglied der Streitkräfte einsetzen, unter dessen Kontrolle die Streitkräfte, die Sicherheitskräfte der Polizei und die Geheimdienste operieren."

Gerade Punkt "e" macht deutlich, daß die Militärs eben doch über die Hintertür den Zugriff auf die Innere Sicherheit bekommen sollen, was ganz eindeutig gegen das "Ley de Defensa" verstößt.

Daß der Präsident die militärischen Geheimdienste inzwischen bereits mit Aufgaben der "Inneren Sicherheit" betraut hat, davon geht sogar der Bundesstaatsanwalt D'Alessio aus.

Gänzlich zufriedengestellt zeigten sich die Militärs, während Generalstabschef Gassino Auskunft zu den Ergebnissen der Beratungen im COSENA und dem Dekret gab, allerdings doch nicht. Sie wollen ihr Militärgesetzbuch reformiert wissen, um auch dort festzulegen, wo und wie sie den "Kampf gegen die Subversion" aufnehmen dürfen. Außerdem halten sie zusätzlich zu dem Dekret ein "Anti-Terrorismusgesetz" für zwingend notwendig. Ein Militär kommentierte: das beste für die Bewaffneten ist, wenn alles unter die militärische Rechtssprechung gestellt wird.

"Anti-Terrorismusgesetz" nach bundesdeutschem Vorbild

Eine Woche nach Erlass des Dekrets 327 brachte Präsident Alfonsín dann auch am 18. März einen Entwurf für ein "Anti-Terrorismusgesetz" ins Parlament ein, der vorläufige Höhepunkt der "Subversionsbekämpfung". Das "Ley Antiterrorista" enthält Modifikationen für das Bürgerliche Gesetzbuch bezüglich der Strafverfahren und -bestimmungen sowie des "Ley de Defensa de la Democracia". Neue Straf- und Prozeßrechte sollen den "Zeiten des Terrorismus" angepaßt werden.

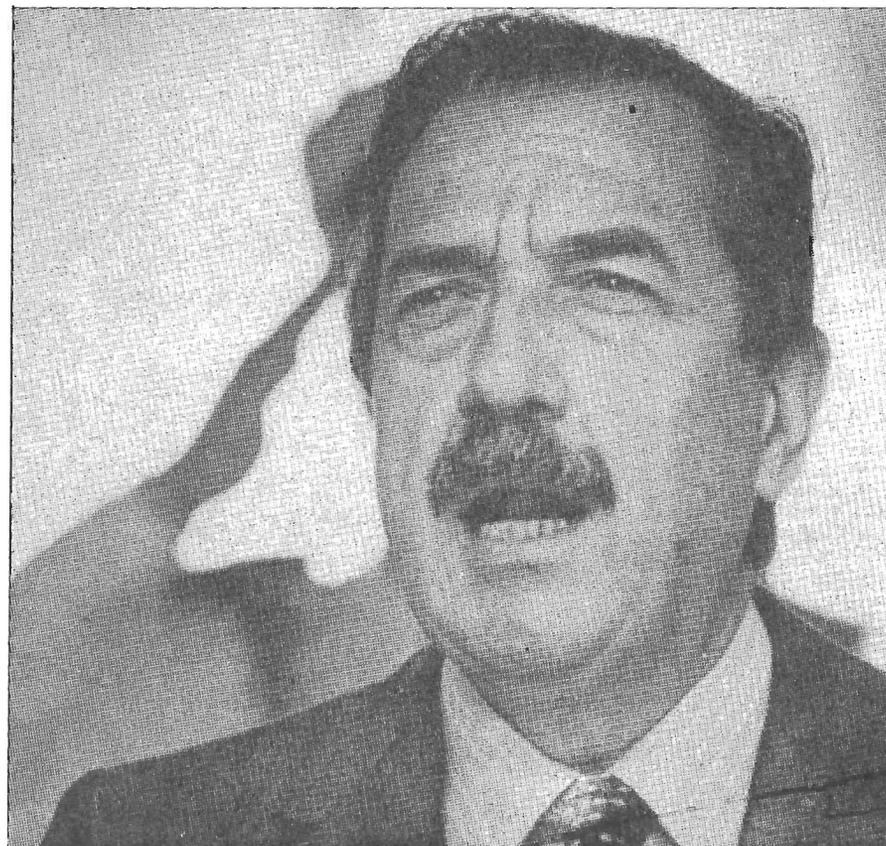
Der 20 Artikel umfassende Gesetzesentwurf enthält vor allem präventive Maßnahmen, die schon im Vorfeld die "Subversion" bekämpfen sollen. So wird nicht nur die Vorbeugehaft ausgeweitet, sondern es zielt vor allem auf die "Mitläufer und Sympathisanten" von terroristischen Aktionen und Vereinigungen. Aufruf oder Anstiftung zu Straftaten gegen die verfassungsgemäße Ordnung, Rechtverletzung von Verbrechen, ja sogar Werbung für terroristische Organisationen und Vereinigungen sollen mit schärferen Strafen (1 - 6 Jahre Haft für letzteres Delikt) geahndet werden. Auch die Prozeß- und Haftbedingungen sollen verschärft werden, so daß nicht nur mutmaßlich Beteiligte, sondern auch die Verteidiger der Gefangenen in Untersuchungshaft genommen werden können. "Die Erfahrung zeigt, daß immer die jeweilige Gegenseite die anderen Verteidiger beschuldigt, mit ihren Klienten zusammenzuarbeiten", führen die Angehörigen der Menschenrechtsbewegungen aus.

Den Höhepunkt bildet schließlich eine Kronzeugenregelung, die eingeführt werden soll. Der "Antiterrorismus-Gesetzesentwurf" bestä-

tigt außerdem die im Dekret 327 festgelegte Regelung, daß in "Kampfsituationen" die Streitkräfte eingeschaltet werden können und daß ein militärischer Oberbefehlshaber als Koordinator der Aktionen eingesetzt werden kann. Der Entwurf zeichnet sich auch durch seine Dehnbarkeit und seine ungenaue Begrifflichkeit aus, so daß letztlich sämtliche Organisationen des politischen Lebens, auch die Parteien, des Terrorismus beschuldigt werden können.

"Das Dekret und das Gesetz zeigen, daß eine demokratische Regierung genauso tatkräftig sein und genauso schreckliche Sachen machen kann wie die Militärs und nicht, wie Außenminister Caputo behauptet, daß sich die Demokratie mit dem Gesetz in der Hand verteidigen kann", schreibt Horacio Verbitsky in Página/12.

Teile des Entwurfs dürften uns in der BRD bekanntvorkommen, denn er beruht wesentlich auf bundesdeutschen Regelungen. Die argentinische Presse berichtet auch über italienische und spanische Vorbilder der "Terrorismus-Bekämpfung". Doch ein wesentlicher Unterschied betrifft die Zuweisung von Kompetenzen an das Militär,



"Stillgestanden Herr Alfonsín"

eine Institution, die in Argentinien bereits deutlich demonstriert hat, was sie unter "Subversionsbekämpfung" versteht.

Diese gesetzlichen Regelungen sind nicht zuletzt auch der Erfolg einer "Psychologischen Kampagne" von Übertreibungen und bewußter Falschinformation durch die Militärs. So behauptete Generalstabschef Gassino Mitte März, "der Terrorismus in Argentinien befindet sich auf dem Höhepunkt seiner Geschichte". Er behauptete, daß es in den 50 Tagen nach La Tablada über 100 versuchte Angriffe auf Einrichtungen der Militärs gegeben habe. " Wenn die Konsequenz von La Tablada die Bildung des Comité de Seguridad Interna war, so müssen diese 100 angeblichen Anschläge seit dem 24. Januar den Argumenten zuarbeiten, daß die Streitkräfte eine wichtige Rolle bekommen sollen", kommentiert Luis Bruschtein.

Heftige Debatte im Parlament

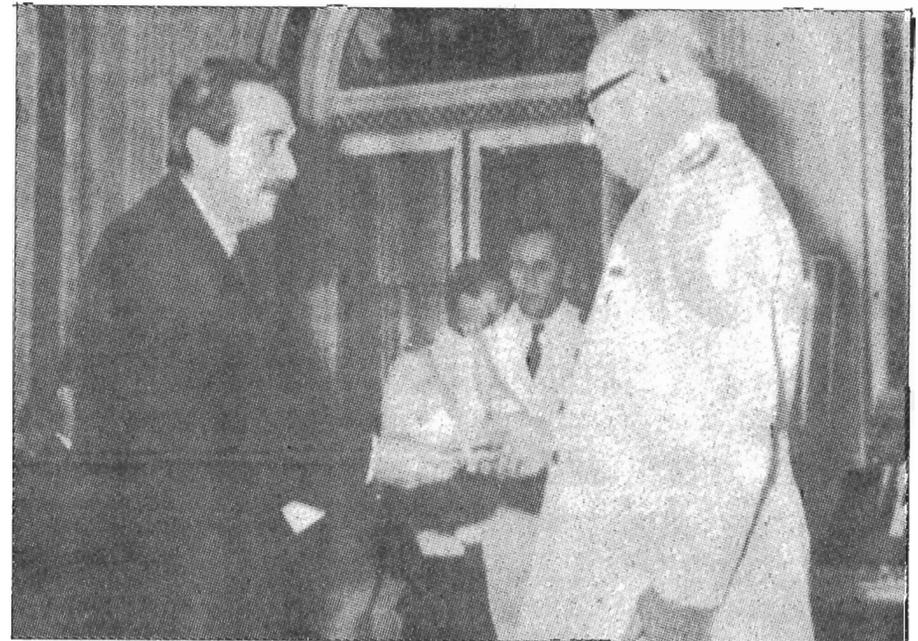
Im Parlament sorgte dieser Vorschlag des Präsidenten für große Aufregung. Heftige Auseinandersetzungen entbrannten, bei denen die Konfliktlinien nicht nur zwischen der Regierungspartei UCR und den Peronisten verlaufen, sondern die beiden Parteien auch intern einen Flügelstreit austragen.

"Die Streitkräfte müssen Aufgaben der Inneren Geheimdiensttätigkeit erhalten, aber nicht zur Observierung der Personen der Politik, sondern der Terroristen", meinte Carlos Menem, der aussichtsreiche Präsidentschaftskandidat der Peronisten, während Außenminister Caputo den Gesetzesentwurf verteidigt: " Er gibt die notwendigen juristischen Instrumente, um das Problem der Subversion im Rahmen der Gesetze zu lösen."

Die Peronisten starteten daraufhin eine eigene Gesetzesinitiative, die derzeit vom Militärberater Menems, Roberto Dromi, ausgearbeitet wird. Sie kritisieren vor allem die "fehlende Systematik und Kohärenz" des Gesetzesvorschlags und verlangen eine Mitsprache der Provinzregierungen im CSI sowie eine Kontrolle der Geheimdienste durch das Parlament.

Dromi berichtete nach einem Gespräch mit Menem: "Er verspricht das zu tun, was die Verfassung vorschreibt: daß er keine politische Anstrengung scheuen werde, damit die Streitkräfte sich so in den institutionellen Rahmen einfügen, wie auch die argentinische Gesellschaft ihren Funktionen gerecht wird". Das könnte auch heißen, daß wenn die Gesellschaft so funktioniert, daß keine Subversion mehr möglich ist, sich auch die Militärs der Verfassung unterordnen.

Ende März beschloß das Parlament dann auf Antrag der Peronisten, bis zum Wahltermin am 14. Mai nicht weiter über das "Ley Antiterrorista" zu debattieren. Da beide Parteien in der Frage gespalten sind, wollte man die Debatte aussetzen, um im Einvernehmen bis zur Wahl parteiinterne Konflikte zu vermeiden.



Ohnehin schien die Entscheidung Alfonsíns, dem Parlament das Gesetz vorzulegen, nicht mehr als guter Wille zu sein, um der Exekutive wenigstens ein wenig Mitsprache zu ermöglichen und nicht allein die Interessen der Militärs uneingeschränkt zu erfüllen. Alfonsín legte jedoch einen Entwurf vor, der niemanden befriedigte. Der Konflikt wird also verschoben; ob der Präsidentenvorschlag dann allerdings eine Mehrheit findet, bleibt fraglich.

Die Menschenrechtsorganisationen haben auf jeden Fall schon eine Kampagne gegen das Dekret und den dazugehörigen Gesetzesentwurf angekündigt. Unter dem Leitmotiv "Brauchen wir besondere Gesetze?" arbeiten die Anwälte an einer Argumentation, die Punkt für Punkt des Entwurfs durchgeht und seine Notwendigkeit in Frage stellt. Die Ergebnisse sollen dann allen Abgeordneten des Parlaments zugeschickt werden, als fundiertes Material für die Diskussion. Außerdem wurde eine Unterschriften-Aktion gegen das Gesetz angekündigt.

Gefangenenaussagen und ein gefundener Plan

Während dessen finden längst die Vernehmungen der Gefangenen und weitere Untersuchungen bezüglich des Überfalls statt. Der Generalstaatsanwalt tut sich schwer damit, festzustellen, ob es Exekutionen und Folterungen der Angreifer gegeben hat, obwohl dies längst ausreichend belegt ist. "Die Angreifer von La Tablada wollen mit ihren Denunzierungen über Exekutionen die Rolle von

Tätern gegen die von Opfern austauschen", bemerkt der Bundesrichter Gerardo Larrambebere zu den Beschuldigungen.

Mehrere Gefangene berichten übereinstimmend in ihren Aussagen, daß die Mobilisierung für die Attacke auf La Tablada kurzfristig auf einigen Treffen in Bars und während eines Asados stattfand (s. Kasten).

...mir erschien es eine gute Sache, denn sie sprachen von Demokratie...

Zeugenaussage des Gefangenen José Moreyra

"Sechs Monate vor dem Überfall trafen wir uns, wie auch diesmal in einem Lokal. Ein Typ namens 'Pancho' sagte: Gehen wir in ein Landhaus und reden etwas gemütlicher. Das schien mir kein Problem zu sein, denn wir waren schon oft auf Asados vom MTP, wo wir gegessen haben und später fuhr jeder wieder nach Hause. Bei diesem Asado sprachen wir über die Situation im Land, die ökonomische Krise und über einen angeblich bevorstehenden Putsch am 24.01. und daß wir diesen Putsch verhindern müssen. Der Plan war ein symbolisches Einnehmen der Kaserne und späteres Verlassen, und das war O.K., denn ich wollte die Demokratie verteidigen. Ich konnte mir nicht vorstellen, daß es so viele Schüsse geben würde. In dem Landhaus gaben sie uns Flinten und erklärten uns deren Gebrauch. Sie sagten uns nicht wofür das war, wir sollten uns einfach nur mit den Waffen schützen. Wenn wir Soldaten sehen würden, sollten wir sie nicht töten, aber vor Offizieren müßten wir uns in acht nehmen.

Wir rannten (in der Kaserne) in ein kleineres Haus. Dort schoß jemand auf eine Frau (von uns). Ich nahm die Flinte und wollte schießen, aber sie funktionierte nicht. Ich sah, daß vier der sieben Terroristen, die bei mir waren, Maschinengewehre und keine Schrotflinten hatten..."

Mehrere Gefangene berichten in ihren Aussagen übereinstimmend, daß die Mobilisierung für die Attacke auf La Tablada kurzfristig auf einigen Treffen in Bars und bei einem Asado stattfand. Im Morgengrauen des 23.01. fuhren sie dann von unterschiedlichen Orten in mehreren Autos zum Angriff auf die Kaserne (s. Kasten).

Der Bundesrichter Larrambebere präsentierte derweil einen in einem Landhaus beschlagnahmten "Aufstandsplan" mit dem Titel "Hypothesen des Konflikts", den er als Grundlage für den Angriff einstuft. In diesem Plan werden verschiedene Möglichkeiten des militärischen Konflikts erörtert, auf deren Grundlage entsprechende Antworten formuliert werden und die Notwendigkeit der Bewaffnung bemerkt ist. "Bald schon werden die objektiven Bedingungen existieren um die Initiative zu starten."



Die Militärs auf der Suche nach dem "subversiven Feind"

Das Papier enthält drei Möglichkeiten für diese Initiative: a) die Simulation eines Putsches, b) Verursachung eines Konfliktes zwischen den beiden Fraktionen des Militärs und c) Provokation eines wirklichen Putsches.

Aufgrund seiner Untersuchungen beschuldigte Larrembebere die 20 Gefangenen der Mittäterschaft in folgenden Delikten: Beteiligung an einer illegalen Vereinigung, Autodiebstahl, Sachschaden, schwere Rebellion und schwerer Totschlag.

Die Verteidiger der Gefangenen klagen dagegen die illegitime Ausweitung der Präventivhaft von sieben Gefangenen, die nicht direkt an der Aktion teilgenommen haben, an und fordern ihre Haftentlassung. Fünf von ihnen wurden in der Nähe der Kaserne festgenommen während sie etwas tranken und Cinthia Castro sowie der Priester Antonio Puigjané wurden verhaftet, als sie sich freiwillig der Polizei stellten, aber bekundeten, nichts von der Aktion gewußt zu haben. Da sie allerdings ebenfalls der Mittäterschaft beschuldigt werden, bleiben sie erstmal hinter Gittern.

Die Anwälte der Menschenrechtsorganisationen erklärten außerdem, daß es sich bei dem Angriff auf La Tablada nicht um eine Rebellion gehandelt habe. Sie berufen sich auf Artikel 21 der Verfassung ("Bewaffnung zur Verteidigung des Vaterlandes und der Verfassung"), um die Aktion zu rechtfertigen. "Die Möglichkeit eines bevorstehenden Putsches war kein Fantasma", erklärten die Verteidiger. Daß diese Einschätzung auch von vielen Linken und einigen MTP-Mitgliedern nicht geteilt wird, ist längst deutlich geworden.

Roman Herzog

Leserbrief

Militärs feiern die Wiedergeburt ihres Feindes (LN179)

Sicherlich habt ihr recht mit Eurer Einschätzung, daß der Überfall auf "La Tablada" im Januar eine aussichtslose und wahnwitzige Unternehmung einer linksgerichteten Gruppe um die MTP war, die dem Machtzuwachs der rechten Militärs mehr dient als es von den Angreifern auf die Kaserne geplant war und als es ihnen bewußt war. Wenn ihr aber schreibt: "Die von vielen gefürchtete Hexenjagd auf die gesamte Linke fand nach dem La Tablada-Überfall nicht statt. 'Alles im Rahmen des Gesetzes!', hatte Präsident Alfonsín verkündet. Zwar gab es Verstöße, und über das Schicksal von zwei Angreifern auch schwerwiegende Ungereimtheiten; doch im großen und ganzen blieb die Behandlung der Gefangenen und die anschließende Fahndung nach den Mittätern in den vom Gesetz gezogenen Schranken." so übergeht ihr unübersehbare Beweise für das Gegenteil:

- während der Bekämpfung des Aufstandes in "La Tablada" waren die Leute bereit, sich zu ergeben, sie haben weiße Fahnen gezeigt und waren bereit zu verhandeln und sind dennoch erbarmungslos niedergemetzelt worden. Manche wurden von hinten erschossen, als sie schon überwältigt waren und abgeführt wurden. Es gilt als sicher, daß einige der Gefangenen noch während des Abtransportes und im Gefängnis lebend gesehen wurden, später aber auf der Liste der während der Niederschlagung des Aufstandes Getöteten figurierten.

- die gefangenen Männer und Frauen sind während der Haft gefoltert worden: sie wurden geschlagen und bedroht; sie wurden mit auf dem Rücken gefesselten Händen und mit Kapuzen über dem Kopf festgehalten; sie wurden sexuell bedroht und belästigt; es wurde ihnen angedroht, daß man sie "in den Fluß werfen würde" und "an die Maschine" anschließen würde; Scheinhinrichtungen wurden angedroht und durchgeführt. Und nach der Aussage der Anwälte der Mütter der Plaza de Mayo, die die Verteidigung der Gefangenen übernommen haben, waren dies nicht nur Vorfälle aus den ersten Tagen der Gefangenschaft, sondern die Mißhandlungen und Bedrohungen finden nach wie vor statt.

- es gab viele Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen von linker Literatur, kurzfristige Verhaftungen und viele MTP-AktivistInnen sahen sich gezwungen, in den Untergrund zu gehen oder nach Uruguay zu fliehen.

- der Pater Antonio Puigjane, der die MTP - im Gegensatz zu vielen anderen Priestern - nicht verlassen hatte, ist nachweislich nicht an der Durchführung des Überfalls beteiligt gewesen und wurde dennoch verhaftet. Er hat sich selber der Polizei gestellt,

nachdem bekannt wurde, daß nach ihm gesucht wird, und er wurde in "Haft ohne Kontakt zur Außenwelt" gehalten. Man ließ ihn 30 Stunden lang ohne Essen und Trinken und lastet ihm die "Geistige Urheberschaft" des Überfalls an.

- die Regierung hat sofort die Gelegenheit beim Schopfe ergriffen und einen "Nationalen Sicherheitsrat" gegründet, in den die Stabschefs von Heer, Marine und Luftwaffe berufen wurden. In diesen Tagen wurde dem Kongreß ein Gesetzesentwurf zugeleitet, durch den die Streitkräfte die Erlaubnis erhalten sollen, ohne Genehmigung des Präsidenten gegen "terroristische Gewalttäter" vorzugehen.

Angesichts dieser Tatsachen ist es ein Hohn, den "kritischen" (?) Journalisten Verbitsky zu zitieren. "Die Übergabe der Verhafteten an den Bundesrichter und ihre Unterbringung durch die Bundespolizei - nachdem Alfonsín gebeten hatte sie persönlich zu sehen - war ein Sieg des Rechtsstaates über die Logik der Folter und der heimlichen Erschießungen von Gefangenen." Auch wenn er darüber hinaus noch ausführlich zitiert wird, so hoffe ich doch, daß die LN sich nicht seine Meinung zu eigen macht und sich ein eigenes KRITISCHES Auge dafür bewahrt, wann die Rechtsstaatlichkeit in Argentinien bedroht ist und wann die Menschenrechte mit Füßen getreten werden...

Mechthild Baum (für die Gruppe "Por la vida - Für das Leben e.V.- Gruppe zur Unterstützung der Mütter und Großmütter der Plaza de Mayo)

Anmerkung der Autoren:

Daß es in Argentinien mit der Rechtsstaatlichkeit nun doch nicht so weit her ist, haben wir in unserem zweiten Artikel zu La Tablada (LN 180) bereits deutlich gemacht. Dies ist ein produktionstechnisches Problem, da ca. zwei Wochen, bevor die LN beim Leser ankommen, bereits der Redaktionsschluß ist. Dieser Zeitfaktor wirkt sich bei der Berichterstattung natürlich insoweit aus, daß uns z.B. beim ersten Artikel lediglich die Informationen der ersten Tage nach dem Überfall zur Verfügung standen. Was den kritischen Journalisten Verbitsky angeht, so zählt er mit Sicherheit zu den bestinformierten in Sachen Militärs. Die im Leserbrief und in LN 180 genannten Informationen über die Folterungen und Erschießungen standen jedoch auch ihm damals noch nicht zur Verfügung. Inzwischen hat auch er in Página/12 ausführlich darüber berichtet.

Argentinien vor der Wahl: Noch führen die Unentschlossenen

Eigentlich müßte das demokratische Argentinien am 14. Mai die Präsidentschaftswahlen groß feiern: Sechs Jahre Präsidentschaft regulär durchzustehen, ohne von Militärs weggeputscht zu werden, hatte vor Raúl Alfonsín in den letzten 60 Jahren nur General Perón geschafft, der 1952 zum zweiten Mal gewählt wurde, bevor auch ihn drei Jahre später das Militär absetzte. Im letzten Amtsjahr von Präsident Alfonsín ist jedoch von der demokratischen Aufbruchstimmung der ersten Jahre nicht mehr viel zu spüren. Die Regierung vermittelt den Eindruck, gegenüber den ökonomischen Problemen - und gegenüber den Militärs - resigniert zu haben.

Seit Dezember wird den Bürgern wegen Energieknappheit täglich für mehrere Stunden der Strom abgeschaltet, die Reallöhne sind seit Dezember 1983 um durchschnittlich 25 % gesunken, nach der Kasernenbesetzung von La Tablada hat man die Militärs wieder für die Innere Sicherheit zuständig gemacht und der Dollarkurs hat sich im Februar und März verdreifacht. UCR-Kandidat Eduardo Angeloz hat Mühe, sich von dem Negativ-Image "seiner" Regierung zu lösen. Seine einzige Hoffnung ist, daß die Skepsis der Wähler gegenüber dem Kandidaten der oppositionellen Peronisten noch größer ist. Deren Kandidat, der Provinz-Caudillo Carlos Menem, liegt bei Meinungsumfragen noch deutlich vor ihm. An erster Stelle liegt jedoch die Gruppe der Unentschlossenen. Zu unattraktiv ist das Angebot (vgl. zu den Kandidaten LN 171 und 174).

WER STEHT ZUR WAHL MIT WELCHEN CHANCEN?

Am 14. Mai müssen 20 Millionen Argentinier in die Wahlkabinen, es herrscht Wahlpflicht. Gewählt wird ein Wahlmännergremium, das drei Monate Zeit hat, sich zu entscheiden. Erreicht dabei keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit, fällt im August das Parlament in gemeinsamer Sitzung von Senat und Abgeordnetenhaus die Entscheidung. Das hört sich formal und langweilig an, beschäftigt aber die Parteistrategen, weil im Parlament die UCR mehr Sitze hat als die Peronisten, weshalb letztere alles daran setzen, schon im Wahlmännergremium eine absolute Mehrheit zu bekommen.

Um ihre Chancen zu erhöhen, ist die peronistische Partido Justicialista (PJ) ein Bündnis mit 10 anderen Parteien eingegangen, einem Gemisch von rechten und linken Gruppen. Man kandidiert als Frente Justicialista de Unidad Popular FREJUPO. Den Bündnispartnern wurde eine Handvoll sicherer Listenplätze fürs Abgeordnetenhaus garantiert. In der linken Partido Intransigente und bei den Christdemokraten

führte die Unterstützung des PJ-Kandidaten Menem allerdings zu Spannungen und Spaltungen, da Menem zwar in Arbeiter- und Armenvierteln populär ist, aber in keiner Weise fortschrittlich genannt werden kann. Genau aus dieser Schicht sind Menem jedoch 40 % der Stimmen durch die Stammwähler der Peronisten sicher. Die Frage ist, wieviele Unentschlossene er noch auf seine Seite ziehen kann.

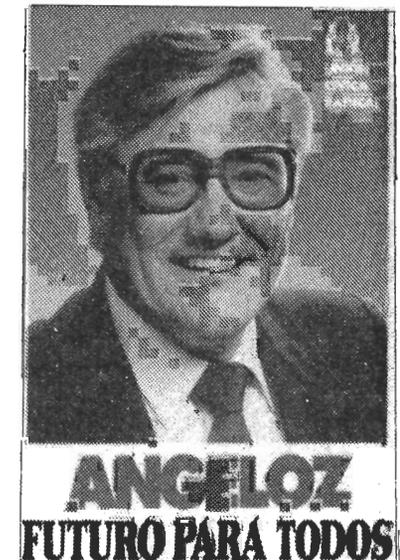
Die Unión Civica Radical UCR tritt ohne Verbündete mit dem Gouverneur der Provinz Córdoba, Eduardo Angeloz, an. Allerdings will eine Gruppe von kleinen Provinzparteien ebenfalls Angeloz im Wahlmännergremium wählen, sie tritt nur mit einer eigenen Kandidatin für die Vizepräsidentschaft an, Cristina Guzman, einer ausgesprochen rechten und militärfreundlichen Provinzpolitikerin aus Jujuy. In Anbetracht der Unbeliebtheit der amtierenden UCR-Regierung wäre es ein Wunder, wenn Angeloz wesentlich über die 37,5 % der Stimmen käme, die 1987 die UCR wählten.

Als drittstärkste Gruppe wird sich voraussichtlich die "Alianza del Centro" herausstellen, deren Kandidat der Vorsitzende der rechten Partei UCeDÉ, Alvaro Alsogaray sein wird. Deren Programm der Privatisierungen sämtlicher Staatsbetriebe und der Liberalisierung des Kapitalverkehrs kommt besonders bei der Ober- und Mittelschicht der Stadt und der Provinz Buenos Aires gut an. Außerdem wird die Allianz von Stimmen profitieren, die den großen Parteien einen Denkkettel verpassen wollen. Landesweit könnten knapp 10 % der Stimmen zusammenkommen.

Anläßlich des Plebiszits in Chile sprach sich UCeDÉ-Mann Alsogaray für das "SI" und damit für Pinochet aus, PJ-Kandidat Menem gratulierte hinterher sowohl dem Kommando für das "SI" als auch dem für



Folgt mir!



Zukunft für alle

das "NO", schließlich habe ganz Chile gewonnen. UCR-Kandidat Angeloz war zwar eindeutig für das "NO", allerdings sind seine guten Kontakte zu Militärs während der letzten Diktatur noch nicht ganz vergessen (vgl. LN 171). Gibt es eigentlich auch Linke in Argentinien? Neben der "Unidad Socialista", die einen Teil der kleinen sozialdemokratisch orientierten Gruppen vertritt und für allenfalls ein bis zwei Abgeordnetensitze gut ist, kandidiert erstmals die "Izquierda Unida", die Vereinigte Linke, gebildet aus der trotzkistischen Movimiento al Socialismo MAS und dem von der kommunistischen Partei dominierten Bündnis FRAL. Immerhin 140.000 Sympathisanten beteiligten sich im Dezember an der Wahl des Präsidentschaftskandidaten der IU, bei der sich Nestor Vicente (FRAL) gegen den MAS-Vorsitzenden Luis Zamora durchsetzte. Dennoch wird die nach der Kasernenbesetzung von La Tablada entfachte Hetzkampagne gegen Linke dafür sorgen, daß die IU landesweit unter 5 % der Stimmen bleiben wird.

"FOLGT MIR"

Der Wahlkampf der Parteien läuft im wesentlichen über Plakate, Fernsehspots und Massenveranstaltungen. Die Begeisterung hält sich jedoch in Grenzen: Der Höhepunkt der Kampagne von Angeloz war bisher eine Veranstaltung mit 80.000 Leuten in Buenos Aires, Menem brachte 120.000 in Córdoba zusammen, immerhin Hochburg seines Gegners. 1983 hatte Alfonsín noch eine Million Argentinier in Buenos Aires auf die Straße gebracht ...

An den Informationsständen werden bunte Bildchen und schnell lesbare Handzettel verteilt; politische Programme, soweit es sie überhaupt gibt, werden nicht unter die Leute gebracht. Von den Wahlplakaten ist nur das zentrale Motiv der Peronisten, das im Gedächtnis bleibt, unter dem Bild von Menem stehen die schlichten Worte "Folgt mir" (Siganme) - eine Parole, die schon Mussolini und die italienischen Faschisten benutzten. Wohin Populist Menem führen will, ist offen.

DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Reizvoll für jede Opposition wäre das Thema der Wirtschaftspolitik, an dem die radikale Regierung völlig gescheitert ist. Seit Beginn der Regierung Alfonsín liegt die kumulierte Inflation bei 110.000 %. Nach den Ereignissen von La Tablada setzte wieder mal eine Flucht der Spekulanten in den Dollar ein, innerhalb von zwei Monaten stieg der Dollarkurs in den Wechselstuben von 17 Australen auf über 50. Wirtschaftsminister Sourouille war schließlich nicht mehr zu halten, er mußte sechs Wochen vor der Wahl noch abdanken. Die Ernennung des Nachfolgers, des 74-jährigen UCR-Veteranen Juan Carlos Pugliese, drückte zwar wieder den Dollarkurs, viel ändern wird er auch nicht mehr können.

Was für Konzepte vertreten die Kandidaten? Die Aussagen Alsogarays und Angeloz' ähneln sich: Staatsausgaben senken, öffentliche Betriebe privatisieren, kurz neoliberale Wirtschaftskonzepte. Und die Peronisten? Wirtschaftsexperte Domingo Cavallo, Anwärter auf das Wirtschaftsministerium: "Die Peronisten reden nicht über Privatisa-

Angeloz: Raúl, dies ist ein Desaster. Die Leute haben keinen Pfennig, der Strom wird weiter abgeschaltet, der Dollar steigt bis in die Wolken, eine Handvoll Militärs wurde verurteilt, und sogar die Wale bringen sich um.

Alfonsín: ...

Angeloz: Wie? Wirst du dazu nichts sagen?

Alfonsín: Uy, was für Probleme wird Menem haben...



tionen, sie führen sie durch. Und zwar in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften." Diese jedoch, ausnahmslos peronistisch, bilden noch den Stolperstein für die parteiübergreifenden Privatisierungsstrategen. Innerhalb des Peronismus streiten sich noch die "Perestroikos", die auf Marktöffnung setzen, mit den sogenannten "Brezhnevianos", die vor allem den Binnenmarkt fördern wollen.

Kandidat Menem verkündet derweil auf seinen Veranstaltungen die "produktive Revolution", den "salariazio" (kräftige Lohnerhöhungen) und einen Sozialpakt zwischen Regierung, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, der den großen Sprung nach vorn möglich machen soll. Nach korporatistischem Konzept soll Wirtschaftsminister ein "Mann der Wirtschaft" und Arbeitsminister ein Gewerkschaftsboß aus der rechten "Gruppe der 15" werden, die parteiintern zu den wichtigsten Unterstützern von Menems Präsidentschaftskandidatur gehört hatten. Auf Vorschlag Menems feiern die Gewerkschaften (linksperonistische wie rechtsperonistische) in diesem Jahr den 1. Mai nicht mit einer Kundgebung, sondern mit einer katholischen Messe. Auslandsschulden? Angeloz will sie bezahlen, Menem verspricht, mit den Gläubigern über ein befristetes Moratorium zu verhandeln - z.Z. eine müßige Diskussion. Wegen ihres chronisch wachsenden Haushaltsdefizits hat die argentinische Regierung bereits im April letzten Jahres die fälligen Zinszahlungen so gut wie eingestellt und liegt mit 2,5 Mrd \$ im Rückstand.

MILITÄR UND MALVINEN

Seit La Tablada konnten die Militärs gegenüber der Regierung wesentliche Ziele durchsetzen. Still und heimlich wird die Doktrin der Nationalen Sicherheit wieder aufpoliert, werden den Militärs wieder Befugnisse auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit zugestanden. Wahlkampfthema ist das nicht. Angeloz spricht sich zwar für die Weiterführung der noch laufenden Menschenrechtsprozesse aus, ist sonst

aber recht schweigsam zu diesem Thema. Menem schwankt noch zwischen der Mehrheit der "Erneuerer" in der Partei um den Vorsitzenden Cafiero, die die Wiedereinführung der Doktrin der Nationalen Sicherheit ablehnt, und rechten Parteifreunden, die dem nationalistischen Anführer der Militärrevolte vom Dezember 88, Mohamed Ali Seineldin nahe stehen.

Seit Februar läßt Carlos Menem auf seinen Kundgebungen das Thema Malvineninseln einfließen. Er beschränkt sich nicht nur auf die Forderung, durch Enteignung britischen Eigentums in Argentinien die Engländer in der Malvinenfrage unter Druck zu setzen (eine Forderung, die auch die Vereinigte Linke erhebt), sondern droht, daß Argentinien auch bereit ist, erneut Blut zu vergießen, wenn es erforderlich sein sollte. Diese Gelegenheit, sich von seinem Gegner zu distanzieren, nutzt Angeloz eifrig aus und verspricht bei jeder Gelegenheit "den argentinischen Müttern, daß sie keine Angst zu haben brauchen, daß wieder Blut fließt". Schließlich setzt sich die Gruppe der Unentschlossenen vor der Wahl mehrheitlich aus Frauen zusammen.

GLAUBEN UND HOFFNUNG

Ein wiedererstarktes und selbstbewußtes Militär, eine immer schwächere Regierung Alfonsín (die noch bis zum Dezember im Amt sein wird), ein voraussichtlich noch blasserer Nachfolger, egal, ob er Menem oder Angeloz heißt - die gegenwärtigen Bedingungen lassen die Zukunft Argentiniens mal wieder nicht besonders rosig erscheinen. Angeloz läßt eine Fortsetzung der Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik der Regierung Alfonsín erwarten, vielleicht noch etwas unsozialer auf ökonomischem Gebiet. Menem läßt gar nichts erwarten, weil unklar ist, welcher Flügel innerhalb der peronistischen Partei sich auf welchem Gebiet durchsetzen wird. Menem läßt nur hoffen oder befürchten. Wenn er sich nicht noch ganz grobe Schnitzer erlaubt, werden am 14. Mai mehr Argentinier ihre Hoffnung in ihn setzen als in Angeloz, der nur den langweiligen Eindruck eines guten Buchhalters vermittelt. Eventuell könnte Angeloz zusammen mit der UCeDé des Diktaturfreundes Alsogaray über 50 % kommen. Vorsichtshalber hat auch Menem schon einem UCeDé-Abgeordneten angeboten, ihn in sein Kabinett aufzunehmen. Vor negativen Überraschungen kann man bei dieser Wahl nicht sicher sein.

Harald Paul

"Große Koalition"

Der Gouverneur der Provinz Buenos Aires und Führer des Erneuererflügels der Peronisten Antonio Cafiero machte den Vorschlag für eine große Koalition zwischen der UCR und den Peronisten in der kommenden Legislaturperiode.

"Ich glaube die nächste Regierung muß eine nationale Koalition sein, denn wenn wir uns

nicht auf ein gemeinsames Wahlprogramm einlassen, gibt es wenig Möglichkeiten, unser Land aus dem Stillstand zu befreien."

Während Cafiero von Eduardo Angeloz großen Beifall erntet, werten die "Menemistas" Cafieros Vorschlag als ein taktisches Manöver gegen die zukünftige Regierung Menems.

ARGENTINIEN / KULTUR

Die Mapuche in Argentinien

Interview mit C.Capellari - Regisseur von Amor América

Der auf den 39. Internationalen Filmfestspielen in Berlin 1989 erstmals gezeigte Film "Amor América" von dem Argentinier Ciro Capellari thematisiert die wenig bekannten Probleme der Urvölker im "Weißen Argentinien".

Als General Roca Mitte des letzten Jahrhunderts Argentinien in einen "zivilisierten Staat" nach europäischem Vorbild verwandeln wollte, leisteten ihm besonders die Mapuche im Süden des Landes erbitterten Widerstand. Dieser durch europäische Geldgeber finanzierte Eroberungsfeldzug tauschte eine autochthone Kultur gegen Großgrundbesitz und Ausbeutung. Die heutigen Probleme der Mapuche resultieren gerade aus diesen Tatsachen: Sie haben sich als Randgruppe, rechtlos und ohne Land der heutigen argentinischen Gesellschaft unterzuordnen. Ihr Leben ist geprägt von harter Arbeit auf schlechten Böden, im Kampf gegen die alltäglichen Ungerechtigkeiten und die Ignoranz der "weißen" Argentinier. Ciro Capellari gibt den Mapuche aus seiner Heimatprovinz Rio Negro die Möglichkeit, durch seinen Film ihre Probleme an eine breite Öffentlichkeit zu tragen. So hat der Consejo Asesor Indígena (Indianerrat) gemeinsam mit dem an der Film- und Fernsehakademie entstandenen Filmkollektiv, die Richtlinien für diesen Film erarbeitet.

"Amor América" gibt uns die Chance der Auseinandersetzung mit einer wenig bekannten Kultur.

Lateinamerika Nachrichten: In dem Film sind die Hauptprobleme der Mapuche thematisiert, das Landproblem, die Rechtlosigkeit etc.. Diese Probleme versucht ja nun der Consejo Asesor Indígena (CAI) zu lösen. Was ist der CAI für eine Organisation?

Ciro Capellari: Der CAI ist 1985 entstanden, zwei Jahre nach der Demokratisierung. Er besteht aus Kooperativen der Mapuche-Indianer. Diese Kooperativen von Kleinbauern hat es immer gegeben, seit ungefähr 20 Jahren, aber sie haben nie richtig funktioniert, weil die wenigsten in diese Kooperativen eingetreten waren. Der CAI ist mehr oder weniger aus der Initiative eines Agronomen entstanden, der für kurze Zeit in der Regierung für Agrar- und Landfragen zuständig war. Er hatte einfach die Idee, eine Organisation zu gründen, die diese Kooperativen zusammenfaßt, nicht mehr als das war die erste Idee.

Als sie dann zu den Mapuche-Indianern kamen, haben die gesagt, wenn ihr uns unterstützt, damit wir eine Hauptorganisation der

Kooperativen machen, dann müssen wir sie selber machen und wir machen eine Mapuche-Organisation, eine Organisation, die verschiedene indianische Gruppen berät. In dieser Diskussion hat sich dann der CAI gebildet und auch diesen Namen bekommen, Indianerrat. Es ging für die Mapuche auch darum, wirklich mehr über ihre Kulturfrage zu diskutieren. Auf der einen Seite hat der CAI diese starke ökonomische Struktur, die an den Kooperativen liegt, und gleichzeitig gibt es diese Versammlungen, wo Diskussionen geführt werden, das gibt den Mapuche eine Wiedererlebung ihrer Kultur, daß die Sprache wieder gesprochen wird, daß die Kultur wieder integriert wird in eine ganz normale Sache, den Alltag, wo auch die Philosophie der Mapuche sehr stark in den Vordergrund gebracht wird. In dem CAI arbeiten auch weiße Leute mit; ein Tierarzt, der in der Versammlung eine lange Rede hält über die Probleme mit den Militärs und zum Beispiel Oscar, der mit dem Auto rumfährt und dort versucht, bei der Gründung neuer Kooperativen zu helfen. Denn der CAI ist keine reine Indianerorganisation. Sie sagen, wir können nicht andere Leute ausschließen, weil sie keine Indianer sind. In den Kooperativen sind also auch Kleinbauern, die keine Indianer sind, nur daß die meisten Kleinbauern Indianer sind, deswegen wird natürlich viel über die indianischen Probleme gesprochen. Sie wehren sich dagegen, so eine rassistische Haltung einzunehmen und zu sagen, das ist nur für Indianer, die anderen, die arbeiten, sollen sich selber darum kümmern. Sie versuchen vielmehr, eine Basisorganisation zu gründen.

Die jungen Leute, die sehr engagiert und bewußt kämpfen, sind die Kraft des CAI, und natürlich gibt es auch diese alten Kämpfer, die diese Kooperativen über viele Jahre getragen haben und sehr wichtig für die Organisation sind. Auch die Frauen spielen eine große Rolle. Sie haben sich zusammengeschlossen und machen Werkstätten, wo sie Webereien herstellen und versuchen, sich auch über die Kooperativen hinaus zu organisieren.

LN: Gibt es eine Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, und welche Rolle spielt dabei die Kirche?

C.C.: Die Kirche ist eigentlich die, die das Geld gibt. Dieses Projekt wurde auch unterstützt von Monsenor Ezeine, dem Bischof vom Rio Negro, der wegen seiner Klage gegen die Menschenrechtsverletzungen der Militärdiktatur bekannt wurde. Er gehört zu der Gruppe der Theologie der Befreiung und die Pfarrer in der Gegend sind auch Anhänger dieser Richtung; die haben natürlich auch alle ein großes soziales Bewußtsein und ein Engagement dafür. Über diesen Teil der Kirche haben sie dann Gelder von Misereor in Deutschland gefordert, die den CAI als Projekt unterstützen. Bis jetzt wird der CAI vorwiegend von Misereor getragen, das ist die wichtige Rolle der Kirche.

Kontakte hat der CAI mit Gewerkschaften, mit der Landarbeitergewerkschaft FATRE, und mit den indianischen Organisationen aus dem Norden haben sie auch einen leichten Kontakt. Außerdem gibt es



Ciro Capellari

Studentenorganisationen, die kommen manchmal um in Gruppen bei der Arbeit zu helfen. Es gibt schon richtig eine kleine Unterstützungsgruppe von Studenten, die eine ermutigende Hilfe leisten. Dieser Austausch ist ganz wichtig. Was der CAI von ihnen verlangt, ist gerade, daß sie Öffentlichkeitsarbeit machen, daß sie Sachen bekannt machen und sich mit der Presse in Verbindung setzen. Das ist gerade eine Arbeit, die die Leute in den Städten machen können. Das ist aber gerade erst im Aufbau, genauso wie mit den anderen Indianergruppen; das ist noch keine konstante Sache, denn der CAI ist heute drei Jahre alt, gerade wie ein neugeborenes Kind, und es muß alles aus der eigenen Kraft gemacht werden ohne die Medien.

LN: Gibt es Verbindungen zu den Mapuche in Chile?

C.C.: Es gibt ganz wenige Verbindungen zu den Chile-Mapuches. Wir hoffen, daß durch diesen Film so'n bißchen eine Brücke geschlagen wird, was möglich ist, weil Mapuche aus Chile auch hier in Berlin mit mir gearbeitet haben und die werden den Film auch in Chile zeigen. Ich werde selber auch hingehen, wenn das möglich ist, mit Leuten vom CAI und vielleicht auch mit der Schauspielerin und wir wollen versuchen, eine stärkere Verbindung herzustellen. Aber bis jetzt gibt es keine guten Verbindungen; das ist leicht zu erklären, denn es gab diese Konflikte zwischen Argentinien und Chile,

und die Mapuche haben eigentlich kein Geld, um zu reisen, denn eine Reise von Argentinien nach Chile ist auch nicht billig. Dieser Kontakt könnte deswegen auch nicht zu häufig werden. Vor drei Jahren gab es einen Besuch von Leuten von der Ad Mapu, der größten Mapuche-Organisation aus Chile, und sie konnten seitdem auch nicht wieder hingehen, das ist wirklich sehr selten.

LN: Gibt es in Argentinien eine übergeordnete Organisation der Indianer?

C.C.: Es gibt eine von der Regierung, aber die wird nicht anerkannt von den Einzelgruppen. In der Provinz Rio Negro gibt es einen indianischen Berater, ein Colla-Indianer. Er sagte zum CAI, er wäre einer von ihnen, aber der CAI sagt, wie kann er einer von uns sein, wenn er bei der Regierung arbeitet. Sie haben ihm gesagt, wenn er bei der Regierung kündigt und in den CAI eintritt, dann würden sie mit ihm reden und arbeiten, aber wenn er so von seinem Stuhl aus als Regierungsvertreter dahinkommt, um zu verhandeln, dann sind sie nicht bereit, mit ihm zu verhandeln, denn dann verhandeln sie nicht auf einer gleichen Ebene, sondern mit einem Regierungsvertreter, und das ist eine ganz andere Haltung.

LN: Wo verlaufen die Konfliktlinien zwischen dem CAI und der Regierung?

Es ist eigentlich so, daß die Regierung unter der Radikalen Bürgerunion einfach nicht versteht, worum der CAI kämpft. Er wird ihnen lästig, denn sie merken, daß der CAI Agrarreformen als Ziel hat, daß der CAI eine Gleichberechtigung verlangt und daß CAI auch eine ganze Menge Verträge und Besitzurkunden in Frage stellt. In der Regierung sitzen die Söhne von den Großgrundbesitzern, und dann sagen die Leute vom CAI, wie können wir diese Regierung akzeptieren, wenn gerade die, die studieren können und die dann auch in diesen Regierungen sitzen, die Söhne von diesen Leuten sind, die uns unterdrücken. Egal ob sie linke Leute sind, denn sie werden immer die sein, die andere Interessen vertreten. Was dann passiert, ist, daß versucht wird, den CAI zu isolieren. Er wird von der Regierung abgelehnt, und es wird gesagt, daß sie eine links-extreme Organisation sind und ein Gouverneur hat ihnen vorgeworfen, daß sie wie der Leuchtende Pfad in Peru sind. So weit geht es sogar, aber das ist normal in Argentinien, daß man Leute, die progressiv arbeiten, vielleicht Demokratie eigentlich praktizieren, als Kommunisten und Extremisten darstellt. Diese Demokratie ist nicht fähig, demokratisch mit so etwas umzugehen, einfach eine Minderheit anzuerkennen und ihre Probleme wahrzunehmen. Eine Struktur des Dialogs gibt es also überhaupt nicht, das ist ein großes Problem.

Aber ich glaube dieser Versuch, den CAI massiv zu attackieren, ist gescheitert. Es gab einen Regierungswechsel in der Provinz und der neue Gouverneur hat eine andere Taktik versucht. Er hat gesagt, O.K., wenn der CAI seine Rechte so stark verlangt, dann

werden wir versuchen zu verhandeln. Und gerade die Phase, die angefangen hatte, als der Film gedreht wurde, war eine Phase von Verhandlungen. Da ist die Regierung zum ersten Mal gekommen und hat gesagt, wir kommen mit einem Projekt und wir wollen euch dieses Projekt in die Hände geben und gucken, was ihr damit macht. Das war überhaupt das erste Mal, denn bis dahin hat die Regierung immer Parallelprojekte gemacht, die dazu gedient haben, dem CAI entgegenzuarbeiten. Aber der CAI ist immer noch mißtrauisch, die Leute sind nicht blöd. Sie wissen, daß es vielleicht eine neue Form der Annäherung ist, aber sie wissen auch, daß sie noch stärker werden müssen, und dann gehen sie mit solchen Sachen natürlich auch sehr vorsichtig um. Aber es ist ein wichtiger Schritt der Regierung.

LN: Wenn nun Vorwürfe an den CAI erhoben werden, er sei links-extrem, wie könntest du dir vorstellen, wirkt sich der Überfall auf die Kaserne von La Tablada auf solche Organisationen wie den CAI aus?

C.C.: Ich glaube, nach La Tablada gibt es eine schwierige Sache, daß alle linke Gruppen jetzt verdächtig sind. Im allgemeinen ist es für die Öffentlichkeit nach so einer Sache wie La Tablada viel einfacher, bestimmte Leute anzugreifen, zum Beispiel Leute, die auch auf dem Land was machen, sie zu diffamieren. Ich glaube, das wird ganz sicher auch gemacht, denn diffamiert wird immer in Argentinien gegenüber solchen progressiven Projekten, die versuchen, eine Auseinandersetzung zu führen. Aber ich glaube, das größte



Problem wird von der Linken selber kommen, so daß diese Organisationen im Moment nicht mehr an die linken Organisationen glauben, besonders die Leute auf dem Land, weil sie Angst haben, die Leute kommen mit solchen Vorstellungen, wie die Leute, die La Tablada angegriffen haben. Eine berechtigte Angst; sie sagen, wenn unsere Jungs da eingebracht werden in eine Arbeitsgruppe und dann bei einem Kasernenüberfall sterben, das ist nicht so lustig, das ist nicht gut für unsere Jungs. Und das ist das Problem genauso in den Slums von Buenos Aires wie auf dem Land. Aber ich glaube, konkret gefährdet von der Regierung und den Repressionskräften, den Militärs, sind Leute, die direkt Kontakt mit Todos por la Patria hatten, und in dieser Gegend war der MTP überhaupt nicht vertreten. Wichtig ist auch, den Unterschied zwischen der Provinz und der Stadt zu kennen. Der Bereich der großen Städte im Norden hat wenig zu tun mit dem Land und wenig Auswirkungen auf den Süden. Patagonien ist eine andere Sache als die Stadt. Wenn es dort wegen La Tablada einen großen Aufruhr gegeben hat, ist in Jacobacci überhaupt nichts, dort läuft das Leben genauso weiter wie vorher. Aber natürlich ist das Inland bei großen Veränderungen auch gefährdet.

LN: Wo würdest du Perspektiven für eine konkrete Solidarität gegenüber dem CAI sehen?

C.C.: Ich versuche, direkt zu unterstützen durch meine Veröffentlichungen und auch bei der Vermittlung von Projekten. Ich glaube, daß wenn die Leute hier wissen, daß Misereor den CAI unterstützt, wäre es, glaube ich, wichtig, daß die Leute an Misereor schreiben und sagen, daß sie es auch wichtig finden, damit Misereor mit dieser Unterstützung nicht aufhört. Denn es gibt nur Verträge über eine gewisse Zeit, und Misereor, die auch ein bißchen konservativ ist, hat auch gemerkt, was der CAI für eine Organisation ist und wollen ihn vielleicht nicht mehr unterstützen. Deswegen sage ich das mit dem Schreiben, denn wenn Misereor merkt, das es hier eine Öffentlichkeit gibt, für dieses Problem, hat Misereor vielleicht eine andere Haltung dazu.

LN: Wie sieht deine weitere Arbeit nach dem Film aus? Wirst du wieder zurückgehen nach Lateinamerika?

C.C.: Ich werde ganz sicher nicht hauptsächlich hier bleiben. Ich glaube, man hat schon Verbindungen und Wurzeln. Ich habe neun Jahre hier gelebt, das ist schon eine ganze Menge, und ich habe meine ganze Filmbildung hier gemacht. Ich denke, ich werde weiter Beziehungen hierher haben, das wird einfach nicht gebrochen, aber ich möchte in Argentinien leben. Ich werde meinen Abschlußfilm für die Akademie wieder in Argentinien drehen. In diesem Film werde ich wieder versuchen, eine Auseinandersetzung in Argentinien zu führen, es geht um Unterdrückung in der Stadt in den Slums, und dann werde ich versuchen, mich mit diesem Film auch in Argentinien niederzulassen, so daß ich eine lange Zeit da sein werde. Es ist nach neun Jahren wirklich notwendig geworden, nicht mehr nur eine Lust, eine Notwendigkeit - wieder auf Spanisch zu denken...

Zeitschriftenschau

Peripherie Nr. 35

Bezug: LN-Vertrieb Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
 Arbeit, Alltag, Feste - Reinhart Köbler: Realität und Mythos gemeinsamer Feste
 E. Wamba-dia-Wamba: Das Palaver als Praxis von Kritik und Selbstkritik; Peter Strack: Karwoche 1987 in San Jose; Juliane Ströbele-Gregor: Fundamentalistische und evangelikale Religionsgemeinschaften in Bolivien; Michaela von Freyhold: Nachdenken über Feste

Entwicklungspolitische Korrespondenz 1/89 (März)

EPK Postfach 2846, 2000 Hamburg 20
 Berausende Profite - Das weltweite Geschäft mit der Droge, Rauschgiftschmuggel korrumpiert ganze Ökonomien in der "3.Welt". Industrieländer prägen Anti-Drogen Politik - Export westlicher Drogenkultur. USA, UNO-Drogenabteilung u. Zimmermann

Blätter des IZ3W, 156, März/April 89

Postfach 5382, 7800 Freiburg
 Schwerpunkt: Südliches Afrika: Entkolonisierung Namibias - Die RENAMO in Mozambik - Kommunalwahlen in Azania. Außerdem: Geschichte der Bevölkerungspolitik - Grenada nach der US-Invasion - Strukturanpassungskredite der Weltbank - Nicaragua
 11a - info 123, März 89, 124 April 89

Heerstr. 205, 5300 Bonn
 Schwerpunkt: Kolumbien - Lucha por la vida. Annäherung an die grausame Realität des "Schmutzigen Krieges", Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Guerilla und sozialen Bewegungen, Bericht Menschenrechtssymposium in Genf
 Schwerpunkt: Die "Neue Rechte" in Lateinamerika. Militärische, klerikale, philosophische, ideologische Konterstrategien: Was ist "LIC"? Santa Fe Nr.II. Vatikan gegen Basiskirche. Autoren u.a. Hinkelammert, Hippler, Kern, Maier, Duchrow.

Inprekorr, 214, April 1989

c/n SoZ-Verl. Aquinostr. 7-11 5000 Köln 1
 Der Charakter des islamischen Fundamentalisten. Palästina: Die Dynamik der Intifada. Frau und Islam: Eine Debatte zwischen Feministinnen und islamischen Frauen. in der Türkei. Kuba: Der Prozeß der "Rectificacion". Kolumbien: A Luchar und die Linke. El Salvador: Die FMLN ergreift die Initiative.

edp- Entwicklungspolitik 6/89

Friedrichstr. 2, 6000 Frankfurt
 Infos: US-Geheimdienst sieht Gefahr in Kommunismus u. Drogen. Arbeitsgruppe der CDU/CSU will absoluten Tropenwaldschutz. Analyse: Entwicklungshilfe mit öko-Prüfung. Firmenporträt: Krauss-Waffel. Dokumentation: 20 Jahre kirchlicher Entwicklungsdienst. Ökologie und Lome IV.

Weltwirtschaft und Entwicklung Nr.0, April 1989

ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt
 EG-Binnenmarkt 1992: Festung gegen die Dritte Welt?, Nach Baker kommt Brady: Neue Schuldenstrategie?, Bundesdeutsche Banken: Softies an der Schulden"front"?, Energiesektorkredit: Weltbank gegen brasilianisches Atomprogramm.

"Schamlos" Münsters Frauenzeitung

Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster
Schwerpunkt: Frauenbewegung einzelner europäischer Staaten und in anderen Kontinenten. U.a. Gioconda Belli, Nicaragua. Chilenische Dichterinnen - Knastlyrik.

Eingegangene Bücher

Maria Seoane/Héctor Ruiz Nunez: **Die Nacht der Bleistifte**, Schmetterling Verlag, ISBN 3-926369-62-0, Stuttgart, 1989.

Stefan Engel: **Peru - die Lunte am Pulverfaß Lateinamerika**, Verl. Neuer Weg ISBN 3-88021-184-1, Düsseldorf, 1989

Julia Ballot: **Postgraduate Training for development**, Nomos, ISBN 3-7890-1653-5 Baden-Baden, 1989.

Lamuv Verlag, Göttingen, 1989:

Einhard, Schmidt-Kallert, **Zum Beispiel Slums**, ISBN 3-88977-190-4

Uwe Britten, **Zum Beispiel Kinder im Krieg**, ISBN 3-88977-189-0

Ekkehard Launer, **Zum Beispiel Zucker**, ISBN 3-88977-171-8

Elke Groß, **Zum Beispiel Babies**, ISBN 3-88977-164-5

Jürgen Lichtenberger, **Zum Beispiel Nahrungsmittelhilfe**, ISBN 3-88977-163-7

Christine Grän, **Zum Beispiel Tellerwäscher**, ISBN 3-88977-162-9

Sistema Radio Venceremos: **tiempo de victoria**, Oktober 1988, 68 min., VHS. Sistema Radio Venceremos, Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60, Tel. 0221 - 765852.

Gilbert Rist/Fabrizio Sabelli, **Das Märchen von der Entwicklung**, rotpunktverlag, ISBN 3-85869-053-8, Zürich, 1989.

René Bascopé Aspiazu, **DIE WEISSE ADER - Coca und Kokain in Bolivien**, rotpunktverlag, ISBN 3-85869-047-3, Zürich, 1989.

Termine**LATEINAMERIKA-TAGE MÜNSTER 1989**

Vom 1.5.-4.6.1989 in Münster. Vorträge, Diskussionen, Filme, Theater und Musik.

Nähere Informationen, Plakat und Programmheft bei:

Vamos e.V. Achtermannstr. 10-12 4400 Münster Tel.0251/45431

"Was tun? - Was tun!"

Workcamp-Programm des Christlichen Friedensdienstes für Sommer 1989.

Das Programm enthält Informationen über Workcamps im In- und Ausland. Anzufordern gegen Rückporto beim: cfd, Rendelerstr.9-11, 6000 Frankfurt 60, Tel.069/459072.

"Desembarcos - Es gibt kein Vergessen"

Argentinien/BRD 1989. Ein Film von Jeanine Meerapfel.

Berlin, Filmbühne am Steinplatz, ab.11.5.1989.

Der Anlaß für diesen Film war ein Regie-Workshop von Jeanine Meerapfel in Buenos Aires. "Es gibt kein Vergessen" ist wie ein Kaleidoskop von Fragen ohne endgültige Antworten. Er zeigt, wie sich die offenen Wunden der argentinischen Gesellschaft im Bewußtsein der jungen Filmemacher widerspiegeln. Auf mehreren Ebenen

dokumentiert Jeanine Meerapfel die Verzweiflung darüber, daß die Vergangenheit sich offensichtlich jederzeit wiederholen könnte.

Arbeitsbrigade in Cuba

Die Deutsch-Cubanische Gesellschaft für Solidarität mit Cuba ruft zur Teilnahme an der Internationalen Arbeitsbrigade José Martí in Cuba auf. Zeit: 10.9.-10.10. 1989, Ort: Campamento ca. 40 km westlich von Havanna, weitere Infos zur Brigade: Jürgen Breuer, Buschestr. 52a, 5800 Hagen 1.

"Ein Ja in einem Saal voller Nein"

Poesia Negra - Schwarze Poesie. Theaterstück auf der Grundlage afrobrasilianischer Lyrik der Gegenwart, inszeniert von Rüdiger Brans (Sezession Bochum), mit Jorge Brunis und Hans Roeder. Samstag, 17.Juni 1989, 20.00 Uhr. Veranstaltung von Dienste in Übersee. Ort: Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, 2075 Ammersbek-Hoisbüttel, Tel.040/6052559.

Wer küßt die Republik ?

Hoffnungen, Illusionen, Wirklichkeiten - 40 Jahre Republikgeschichte
 Ein ganztägiger Kongreß in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg am 6.Mai 1989
 Veranstaltet von: Heinrich-Böll-Stiftung, Gustav-Heinemann-Initiative, Stiftung Die Mitarbeit und der Initiative DEMokratie Entwickeln in Verbindung mit dem 5. Geschichtsfest der Geschichtswerkstätten. Weitere Informationen: Heinrich-Böll-Stiftung, Colmantstr. 18, 5300 Bonn 1, Tel.0228/693840.

LAB
 Latin America Bureau
 London

LAB
 Latin America Bureau
 London

Paraguay Power Game

The European Challenge. Europe's new role in Latin America. Europe's economic and political interests in Latin America have been growing steadily in the past decade. Direct investing is increasing. Latin America has much to offer Europe as a vast potential market and a major source of raw materials. The European Challenge looks at various aspects of Europe's relations with Latin America: transnational investment, the role of the EEC, financial flows, European social democracy, human rights and arms sales.

1982 **DM 14,50**
 Im Buchhandel oder bei:
 LN-Vertrieb Gneisenaustr.2
 1000 Berlin 61

chronicles Paraguay's tragic history and analyzes the nature of the Stroessner regime. It looks critically at the country's explosive economic development, in particular the threat to Paraguayan autonomy from Brasil, and shows how this process is deepening the exploitation and impoverishment of the Paraguayan people. The terms of the Itaipu treaty, which guarantee Brasil cheap electric power at Paraguay's expense, have already become a focus for opposition to Stroessner's iron control of the country, marking the beginning of a new power game in Paraguay.

1980 **DM 5,50**
 Im Buchhandel oder bei:
 LN-Vertrieb Gneisenaustr. 2
 1000 Berlin 61

VIDEOFRONT

Der neue Videokatalog 1989 der Medienwerkstatt Freiburg ist jetzt erschienen. Im Verleih sind neue Dokumentar-Video-Filme zu politischen, sozialen und kulturellen Themen:

Internationale Kämpfe, Lateinamerika, Palästina, Südafrika, Exil; Brennpunkte sozialer Bewegungen, Ökologie, Häuserkampf, Anti-Militarismus, Arbeit; Frauen, Knast, Aids, zur jüngeren und älteren Geschichte der Linken, zu Repression, zur Frage von Macht und Gegenmacht, u.a.

Gegen eine Schutzgebühr von 8,- DM (incl. Porto und MwSt.) ist der Katalog zu beziehen bei der

Medienwerkstatt Freiburg
Konradstr. 20
7800 Freiburg
Tel.: 0761 / 709757

Kleinanzeige

SPANISCH IN ANDALUSIEN

Intensivkurse mit pol. Ausrichtung

Spezialkurse für Frauen

Wohnen mit Spaniern/innen

Escuela Coop. de Idiomas
Conde Cifuentes 11
Granada
Tel. 034 58 / 25 68 75

Nach dem Plebiszit in Chile
eine Grundlage für die Ein-
schätzung der weiteren Ent-
wicklung!

E d i t i o n F D C L 9

ISIDORO BUSTOS



DIE VERFASSUNG DER DIKTATUR

Die Entwicklung der Grundrechte in Chile

FOL

Anhand der Entwicklung der Grundrechte analysiert Isidoro Bustos Geschichte und Grenzen der bürgerlichen Demokratie in Chile. Die neue, von der Diktatur unter General Pinochet erlassene Verfassung ist der Versuch, Wirtschaftsliberalismus und politischen Autoritarismus festzuschreiben und zu legitimieren.

Der Anhang enthält die vollständige Übersetzung der Pinochet-Verfassung von 1980.

Berlin, 1987 286 S.
ISBN 3-923020-06-6 DM 19,80

In Ihrer Buchhandlung oder bei:
LN-Vertrieb, Geisenaustraße 2
1000 Berlin 61

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LÄNGER LINKS LIEGEN LASSEN.

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Weltstraße 11-12, 1000 Berlin 65



Ich teste die taz

- 4 Wochen für 25 Mark
 8 Wochen für 50 Mark

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname:

Straße, Hausnummer:

PLZ / Ort:

Datum, Unterschrift:

Verrechnungsscheck liegt bei Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel)
— bei taz-Abo, Weltstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen.

435

Datum, Unterschrift:

